

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Leben in der Stadt -
Leben auf dem Land

?

MITARBEITER DIESER NUMMER:

Dipl.-Ing. Dieter ANGERBAUER
Architekt
Dr. Horst BOGNER
Magistratsdirektor
Rupert BUCHBERGER
Präsident der Steir. Kammer f. Land- u. Forstwirtschaft, Abgeordneter zum Steir. Landtag
Dr. Erhard BUSEK
Bürgermeisterstellvertreter in Wien
Dipl.-Ing. Dr. Dieter DREIBHOLZ
Architekt
Erwin FASCHING
Sozialarbeiter, Karikaturist
Dipl.-Ing. Dr. Walter FELBER
Raumplaner, selbständiger Gemeinwesenarbeiter
Dr. Christof GASPARI
Journalist, Zukunftsforscher
Alexandra GOBHART
Studentin
Ilse GSCHWEND, Erwachsenenbildnerin
Katholische Bildungswerk
Dipl.-Ing. Franz HASIBA
Bürgermeisterstellvertreter in Graz
Dr. Johannes HAWLIK
Bundesgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung
Hubert HERK
Jungbauer
Dipl.-Ing. Heiner HERZOG
Abteilungsleiter für Bildung in der Steirischen Kammer für Land- und Forstwirtschaft
Ludwig KAPFER
Direktor des Josef-Krainer-Hauses
Simon KOINER
Landesrat
Dipl.-Ing. Dr. Heinz KOPETZ
Direktor der Steirischen Kammer für Land- und Forstwirtschaft
Dr. Josef KRAINER
Landeshauptmann der Steiermark
Franz LANZ
Jungbauer
Herbert MARUSSIG
Student
Max MAYR
Chef vom Dienst, Kleine Zeitung, Graz
Karl MITTLINGER
Direktor des Bildungshauses Mariatrost
Andrea NIEVOLL
Studentin
Franz PATZ
Student
Dipl.-Ing. Werner PEVETZ
Agrarwirtschaftliches Institut, Wien
Dr. Manfred PRISCHING
Univ.-Ass. am Institut für Soziologie der Universität Graz
Dipl.-Ing. Peter PRITZ
Mitbegründer der „Erklärung von Graz“
Dr. Alois PUNTIGAM
Steirischer Bauernbunddirektor
Abgeordneter zum Nationalrat
Dipl.-Ing. Josef RIEGLEK
Österreichischer Bauernbunddirektor
Abgeordneter zum Nationalrat
Dipl.-Ing. Dieter SCHOELLER
Architekt, Geschäftsführer des Steirischen Bildungswerkes
Dipl.-Ing. Helmut STROBL
Architekt, Gemeinderat in Graz
Fred STROHMEIER
Schriftsteller, Kleinbauer,
Chefredakteur d. „Neues Land“
Anton TAMTÖGL
Landesobmann —
Bund Steirisches Landjugend
Univ.-Prof. Dr. Ernst Florian WINTER
Berggärtner in Lienz
Bernd WINTERSTELLER
Student

INHALT:

Josef Krainer	1
Vorwort	
Dieter Schöller	2
Grün? Grau? Bunt!	
Franz Hasiba	3
Leben in der Stadt	
Erhard Busek	4
Gemeinden — die dritte	
Haut des Menschen	5
Johannes Hawlik	
Macht Stadtflucht frei?	5
Helmut Strobl	
Protokoll der Tagung:	7
Leben in der Stadt	
Walter Felber	7
Drei Gedanken zum Leben	
in Gemeinden	9
Ilse Gschwend — Karl Mittlinger	
Kultur und Bildung — oder	11
„Gegen den Tod ist kein	
Kräutlein gewachsen“	
Dieter Angerbauer	13
Nicht gegen, sondern für	
etwas sein!	
Horst Bogner	14
Nicht neue Strukturen,	
sondern neue Inhalte	
Alexandra Göbhart	15
Heribert Marussig	
Bernd Wintersteller	
Jugend in der Stadt	15
Peter Pritz	16
Friede den Hütten	
Alois Puntigam	17
Die agrarpolitische Woche:	
Ein Impuls für Grundsatzarbeit	19
Simon Koiner	
Agrarpolitik für die	20
Steiermark	
Rupert Buchberger	21
Modell Steiermark:	
Vorstellungen für den	
ländlichen Raum	
Josef Riegler	22
Mansholt II oder neue	
bäuerliche Solidarität	
Werner Pevetz	23
Der freie Bauer — Utopie	
oder Wirklichkeit	
Ernst Florian Winter	24
Weltsituation der	
zwei Milliarden Bauern	
Christof Gaspari	25
Ist die Familie noch gefragt?	
Hubert Herk	26
Gedanken zur bäuerlichen	
Familie	
Heinz Kopetz	27
Bäuerlicher Familienbetrieb —	
Mythos oder Leitbild	
Franz Lanz	28
Gemeinschaft im ländlichen	
Raum	
Max Mayr	29
Warum wir jeden Bauernhof	
halten sollten...	
Dieter Dreibholz	30
Aus der Sicht eines	
„Stadtflüchtlings“	
Heiner Herzog	31
Wert und Unwert bäuerlichen	
Lebens	
Andrea Nievoll	32
Leben auf dem Lande	
Anton Tamtögl	33
Morgen bin ich Bauer	
Franz Patz	34
Land und Stadt	
Fred Strohmeier	35
Vom Niedergang der	
Birnbaumkultur	
Erwin Fasching	36
Land und Stadt — Karikaturen	
Ex libris politicis	37

Josef-Krainer-Haus-Schriften



März 1981

Bisher sind erschienen:

- Heft 1 „Politisches Bildung“ (vergriffen)
- Heft 2 „Kommunalpolitik“,
- Heft 3 „Modell Steiermark in Diskussion“
- Heft 4 „Arbeit“ (vergriffen)
- Heft 5 „Hat Österreich seine Vergangenheit bewältigt?“ (vergriffen)
- Heft 6 „Kommunikation und Politik“

In Vorbereitung sind:

- Heft 8 „Kunst“
- Heft 9 „Familie“

Herausgeber: Herwig Hösele, Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Prisching

Redaktion: Ludwig Kapfer

Eigentümer und Verleger: ÖVP Steiermark, für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Kapfer, alle 8045 Graz, Pfeifferhofweg 28

Grafische Gestaltung: Georg Schmid

Druck: Fotosatz + Offsetdruck Klampfer, Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:

Ing. Karl Robausch

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus, Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER,	
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDIK,	
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER,	
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY,	
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL,	
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER,	
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN,	
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER,	
Univ.-Prof. Dr. Stefan SCHLEICHER,	
Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER,	
Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER,	
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER.	

„politicum“ versteht sich als Zeitschrift, die die offene Diskussion pflegt. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen daher nicht mit dem offiziellen Standpunkt der steirischen Volkspartei oder mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen. Sie geben die Auffassung des Autors wieder. Unverlangte Manuskripte werden gerne entgegengenommen, denn „politicum“ lebt von der vielseitigen Diskussion und lädt dazu ein. Wir können für solche Manuskripte, die etwa 3 bis 10 Maschinenschriftenlängen aufweisen sollen, und ihre Rücksendung allerdings keine Gewähr übernehmen.

EDITORIAL



Sehr geehrte Leserin!

Sehr geehrter Leser!

„Leben in der Stadt — Leben auf dem Land“ — diesen Titel trägt das vorliegende „politicum“ Nummer 7, in dem einerseits die Referate und Ergebnisse der Kommunalpolitischen Woche „Leben in der Stadt“ und der agrarpolitischen Studienwoche des Josef-Krainer-Hauses dokumentiert sind und in dem sich andererseits unorthodoxe junge Denker mit diesem Thema beschäftigen. Die grundsatzbezogene Erörterung der mit diesem Themenbereich zusammenhängenden Fragen erscheint mir gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt besonders wichtig. Denn in zunehmendem Maße werden sowohl städtischer Ballungsraum als auch ländlicher Raum in der Diskussion um humane Lebenschancen als Hoffnungs- und Problemgebiet in einem bezeichnet.

Nach einer Welle der „Landflucht“, die mancherorts aufgrund mangelnden Arbeitsplatzangebots im ländlichen Raum noch immer nicht abgeebbt ist, registrieren wir nun auch eine verstärkte Welle der „Stadtflucht“, in der sich die Sehnsucht vieler Städter nach dem Leben im Grünen äußert. Es

gibt Pendler in zweierlei Richtungen — vom Land in die Stadt als „Arbeitsraum“ und von der Stadt auf das Land als „Wohn- und Lebensraum“. Der bekannte Psychoanalytiker und Städteforscher Alexander Mitscherlich hat Mitte der 60er Jahre das Schlagwort von der „Unwirtlichkeit der Städte“ geprägt — von Städten, die zwar über ausreichende Infrastruktur und Erwerbsmöglichkeiten verfügen, aber unüberschaubar und von Verkehrs- und Umweltproblemen geplagt sind, Menschlichkeit und Lebensqualität vermissen lassen. Dem steht ein ländlicher Raum gegenüber, dem es zwar nicht an sinnerfülltem Gemeinschaftsleben, Mitmenschlichkeit und gesunder Umwelt fehlt, der aber mit Arbeitsplatz-, Infrastruktur- und Sozialproblemen kämpft. In einem groben Schema dargestellt: Die Städte haben genug Lebensstandard, aber zu wenig Lebensqualität, der ländliche Raum hat zuwenig Lebensstandard, um genug Lebensqualität aufzuweisen. Dies sind Herausforderungen für die Politik, die positiven Aspekte beider Räume wechselseitig nutzbar zu machen, gemeinsame Probleme in gemeinsame Hoffnungen umzuwandeln. Herausforderungen, die wir mit einer modernen Stadtpolitik — wie sie etwa Franz Hasiba auf Basis des Stadtneuerungskonzeptes in Graz österreichweit beispielgebend gestaltet hat — und mit einer Politik der neuen Lebenschancen im ländlichen Raum in unserer steirischen politischen Arbeit bereits seit Jahren aufgegriffen haben.

Grün ist in unserer grünen Mark mehr als eine Modefarbe. Die grüne und alternative Bewegung hat nur neue wertvolle Impulse gebracht, mit denen wir uns lernbereit und offen auseinandersetzen wollen und die wir in unsere politische Arbeit einbringen werden.

Die vorliegende Nummer des „politicum“ ist ein Kristallisierungspunkt dieses grundsätzlichen Denkens auch mit neuen Ansätzen, bereichert die notwendige verstärkte Diskussion und gibt die einzuenschlagende Richtung an, die sich in folgendem Leitsatz charakterisieren lässt: Stadt und Land müssen gemeinsam die Herausforderung annehmen, damit die Lebenschancen aller Menschen weiter gehoben werden. Sich darum ständig zu bemühen, ist der eigentliche Auftrag der Politik.

Dr. Josef Krainer,
Landeshauptmann der Steiermark

GRÜN? GRAU? BUNT!

Die Krise ist da!" gellt es durch das Land. Der Schrei wird verstärkt durch das Krachen von Konkursbetrieben, durch das Ächzen der Steuerzahler, durch das Klingeln der Kassen in Japan und den OPEC-Ländern. Die Lage scheint hoffnungslos — aber für einige offenbar nicht ernst. Die sitzen da — Literaten, Soziologen, vereinzelt auch Politiker — und reden über Heimat. Haben sie den Alarm verschlafen? Oder lösen sie bereits die Probleme der Zukunft? Ich glaube, Krisenstimmung und Heimatdiskussion hängen zusammen. Dazu ein paar Gedanken.

Alles ist relativ - auch eine **Krise**. Wer drei Schnitzel und vier Krügel am Tag verdrückt hat, panik bei Erdäpfelscharrn. Wer Schulter an Schulter mit dem Herzasperl gearbeitet hat, bekommt bei einem Bildungsurlaub Neurosen. Wer dem siebzehnjährigen Sohn einen Farbfernseher ins Zimmer gestellt hat, weil für ein drittes Auto die Garage zu klein war, dem kommt der Angstschweif bei jugendlichem Anarchismus. Was ich meine, ist: Viele von uns haben auf Kosten unserer Gesundheit, unserer Nachkommen und unserer ärmeren Mitmenschen gut, vielleicht zu gut gelebt. Nicht alle — das ist richtig, aber: Jeder verdient immer um einen Tausender zu wenig. Was wir Krise nennen, ist der Beginn einer Fastenzeit. Fasten ist gesund, wie man weiß, und nur am Anfang etwas mühsam. Später — im gesunden und etwas einfacheren Normalprogramm — wird's leichter werden. Jetzt — in der Fastenzeit nach Jahrzehnten wirtschaftlichen und auch sonstigen Fettansetzen — brauchen wir Hilfe. Was tun im ländlichen Raum mit seinen Pendlerheeren, die immer weitere Strecken pendeln, um am nächsten Ersten die fälligen Raten der aufgenommenen Kredite bezahlen zu können? Sie pendeln stumm — aus Erschöpfung oder aus Angst um den unsicheren Arbeitsplatz.

Was tun in den Städten mit ihren jugendlichen Demonstranten und Hausinstand-Besetzern? Hinter ihrer lockeren Lautstärke verbirgt sich Bitterkeit und Hilflosigkeit. Sie wissen nicht wohin, und sie wollen nicht einmal schneller dort sein.

Was soll angesichts dieser akuten Probleme also das Gerede über Heimat, über das Leben am Land oder in der Stadt? Radikalismus und Apathie liegen nahe beieinander, hat jemand festgestellt. Für beides keine Lösung ist das Vorspielen falscher Tatsachen oder die Verheißung, es werde bald alles wieder so sein wie früher. Einst-

weilen gibt es für die Behauptung noch wenig Mut, daß diese Krise keine vorübergehende sein wird, sondern der Anfang eines Dauerzustandes. Den bisher zu kurz Gekommenen wird man weiterhin helfen, eher stärker als bisher. Aber mit dem Hinweis auf soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen allein wird man die vielen Privilegien nicht halten können. Wir brauchen hier mehr Ehrlichkeit! Verschuldete soziale Aufsteiger würden dann wenigstens keine neuen Kredite aufnehmen, und die Jugend wäre vielleicht einen Schritt näher bei einer Antwort auf ihre Frage nach dem Sinn.

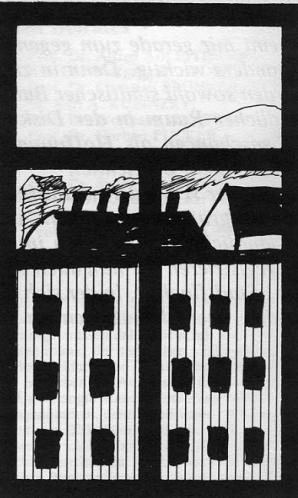
Auch die Auseinandersetzung um die **Heimat**, die Suche nach ihr, ist ein Teil dieser ersten Hilfsaktionen. Schwierige Zeiten übersteht man leichter, wenn einen das Gefühl von Geborgenheit und Vertrautheit stärkt. Bezugspunkte, Standorte, manchmal auch Grenzen werden wichtig. Natürlich erzeugt die Diskussion des Begriffes Heimat noch kein Selbstbewußtsein und noch keinen Gemeinschaftsgeist.

Aber die akademische Diskussion ist wie immer auch hier nur die Spitze des Eisberges: Interessanter und griffiger sind: die Wiederbelebung des Beisels, der eigene Most im Keller, die vertraute Silhouette „meines“ Stadtteiles, sein Geruch, das Gefühl für Dialekt und die Melancholie, die manchmal in ihm mitschwingt, und vieles andere mehr. Ist die Heimat-Welle von uns instinkтив und im Selbsterhaltungstrieb ausgelöst worden? Ich glaube fest daran! Und darum meine ich auch, jeder muß Heimat für sich selbst erfassen, begreifen, erfahren und beschreiben.

Heimat ist kein Konfektionsanzug; wieder als graue Großstadt, noch als grünes Tal. Heimat fordert, daß wir uns ihr scharfsichtig und liebevoll nähern. Das Spektrum der Ansätze ist breit und verlockend: von Woody Allen, dem Filmemacher aus Manhattan bis zum Mundartdichter Erwin Klauber aus St. Ruprecht. Niemand darf warten, bis man ihm etwas vorkaut — schon gar nicht einem unverdaulichen Brei aus Blut und Boden. Nur wer Heimatbewußtsein nicht kennt, glaubt, es verordnen zu müssen. Kantönlgeist und Mir-san-mir-Mentalität darf man getrost vergessen. Die Kenntnis der Welt, das Verständnis für internationale Verflechtungen, nicht einmal die Liebe zum Fremdländischen kann der Zauber von Heimat brechen.

Heimat ist bunt! Während wir fasten, wird's draußen Frühling!

Manfred Friedling



LEBEN IN DER STADT

Vorwort von Franz Hasiba

Woran es bisher fehlt, sind nicht guter Wille oder konkrete Einzelvorschläge, ist nicht einmal das Geld, worauf man sich meistens ausredet, um Bequemlichkeit und Planlosigkeit zu kaschieren.

Was fehlt, ist eine klare Vorstellung von dem, was eine Stadt ist, sein kann und sein sollte."

Diese sehr kritischen Sätze haben wir hier in Graz, in der Einleitung zu unserem **Stadterneuerungskonzept** im Jahre 1972, niedergeschrieben und zugleich den damals für die ÖVP — zumindest in Graz — neuen Anspruch erhoben, Beiträge zu einer grundsätzlichen Programmatik von Kommunalpolitik zu leisten.

Inzwischen wurde auch das kommunalpolitische Grundsatzprogramm der gesamten Österreichischen Volkspartei erstellt und vorgelegt.

Der erwähnte Anspruch auf grundsätzliche Programmatik verpflichtet uns aber auch, ständig daran zu arbeiten, ständig zu erneuern, um für die nicht zu kleinen Probleme, die sich uns in den Städten stellen, entsprechend gerüstet zu sein, um Zukunftsperspektiven

für lebenswerte urbane Räume nicht aus den Augen zu verlieren in der tagtäglichen kommunalpolitischen Knotenarbeit.

So stellt diese Arbeitswoche wieder einmal den Versuch dar, Ansätze zur Erneuerung von neuen Problemlösungen zu erarbeiten und in diese Programmatik einzubringen.

Der Titel „Leben in der Stadt“ und die entsprechenden Untertitel für die einzelnen Tagesschwerpunkte signalisieren die Überzeugung, daß Kommunalpolitik in unseren Städten — und gerade auch von unserer Partei her — auf planungstechnokratische Vorgangsweisen im Geiste von „alles ist planbar und machbar“ zu verzichten hat und im Gegensatz dazu in die Bereiche von — ich zähle das hier nur stichwortartig auf — Heimatgefühl, Identifikation mit selbstgeschaffenen, selbstorganisierten Uraum, sinnerfüllter Freizeit und anderem mehr vordringen muß! In dieser Woche werden einige neue Punkte in dieser Richtung erarbeitet, praxisorientiert und damit verwertbar. Auch wir in Graz sind soeben darangegangen, unser Stadterneuerungskon-

zept aus dem Jahre 1972 zu überarbeiten, und wir greifen die hier vorgelegten Ergebnisse sehr gerne auf und bedanken uns auch herzlich bei den Referenten und Arbeitskreisleitern für ihre wichtigen Beiträge und die gute Arbeit. Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zur Lage der ÖVP in den österreichischen Städten:

Wir waren in letzter Zeit mit einigen nicht gerade erfreulichen Wahlausgängen gesegnet — wenn ich als Beispiel dafür nur Graz oder Linz erwähnen darf.

Die näheren Umstände, die Bedingungen, unter welchen wir in den Städten kommunalpolitisch tätig sind und sein müssen, bereiten uns durchaus Sorge und sind ernsthaft zu überdenken.

All dies darf uns jedoch nicht daran hindern, an jenem zu Beginn erwähnten programmatischen Anspruch unbeirrt festzuhalten.

Mit dem wir Anfang der 70er Jahre in einer Aufbruchsstimmung — Stichworte Graz, Klagenfurt, vor allem Wien mit Erhard Busek und anderen mehr — begonnen haben.

Als Referenten und Moderatoren an der Tagung „Leben in der Stadt“ haben folgende Damen und Herren mitgearbeitet:

Architekt Dipl.-Ing. Dieter ANGERBAUER, Graz

Gemeinderat Josef ARTHOLD, Wien

Vizebürgermeister Gerhardt BACHER, Salzburg

Mag. Dr. Christoph BADELT, Wien

Magistratsdirektor Dr. Horst BOGNER, Graz

Dipl.-Ing. Fritz BREITFUSS, Graz

Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, Wien

Dr. Rainer DANZINGER, Graz

Stadtrat Erich EDEGGER, Graz

Dkfm. Ruth FELDGRILL-ZANKEL, Graz

Arch. Dipl.-Ing. Dr. Walter FELBER, Graz

Bürgermeister Leopold GUGGENBERGER, Klagenfurt

Vizebürgermeister Dipl.-Ing. Franz HASIBA, Graz

Dr. Johannes HAWLIK, Wien (Tagungsleitung)

Gemeinderat Ing. Franz HOFER, Linz

Dipl.-Ing. Manfred HÖNIG, Graz

Vizebürgermeister Dr. Carl HÖDL, Linz

Heribert HÖRMANN, Graz

Dr. Markus JAROSCHKA, Graz

Gemeinderat Mag. Robert KAUER, Wien

Stadtrat Dr. Fritz KÖNIG, Klagenfurt

Landeshauptmann Dr. Josef KRAINER, Graz

Dr. Alf KRAULIZ, Wien

Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA, Wien

Gemeinderat Arthur KUTTENBERG, Linz

Jochen R. KLICKER, Berlin

Gemeinderat Dr. Peter MAYR, Wien

Prof. Sepp MUNDIGLER, Graz

Vizebürgermeister Romuald NIESCHER, Innsbruck

Gemeinderat Bruno OBERLÄUTER, Salzburg

Dipl.-Ing. Herbert PAIERL, Graz

Dr. Rudolf RICHTER, Wien

Dipl.-Ing. Dr. Gerd SAMMER, Graz

Mag. Riki SCHÜCKTANZ, Graz

Dr. Michael STEINER, Graz

Gemeinderat Dipl.-Ing. Helmut STROBL, Graz

(Tagungsleitung)

Gemeinderat Werner STOISER, Graz

Dr. Peter ULRAM, Wien

Dr. Barbara WICHA, Salzburg

Architekt Dipl.-Ing. Henning von WINNING, München

Theatergruppe „Gimpl“, Graz

Wir danken allen an dieser Stelle nochmals sehr herzlich

GEMEINDEN — DIE DRITTE HAUT DES MENSCHEN

In einer Epoche der großräumigen Zusammenhänge, wo uns täglich die Wirklichkeit der großen Welt vorgespielt wird, ist gerade in der nächsten Umwelt des Menschen ein Gefühl der Unsicherheit ausgebrochen. Diese Umwelt des Menschen, seine Gemeinde, ist aber nicht eine Problemstellung nach der jeweils besten Lösung, nach dem technisch richtigen Weg, nach einer sachlichen Entscheidung, sondern ist einfach die Frage nach dem Menschenbild.

Im ersten Satz unseres Salzburger Grundsatzprogramms haben wir verankert, daß alle politischen Entscheidungen grundsätzliche Wertentscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft enthalten. Schon allein deswegen ist Kommunalpolitik Gesellschaftspolitik; schon allein deswegen haben wir als bestimmenden Höchstwert unserer Politik die menschliche Person als Orientierungspunkt unserer politischen Entscheidungen zu wählen; schon allein deswegen ist der Maßstab der Überprüfung und Durchführung unseres politischen Handelns in der Gemeinde der Mensch. Der Mensch ist aber heute abhängig von der Ausstattung der Gemeinde bei der Verwirklichung seiner sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebensziele. Hier entscheidet sich, ob unsere Politik zum Dienst am Menschen wird. Aus dem Ausmaß der Verwirklichung kann man aber die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde ablesen. Die Gemeinden machen daher heute elementar Gesellschaftspolitik. Die Beispiele sind bald gebracht: Unsere Raumordnungs-, Flächenwidmungs- und Wohnungspolitik bestimmt heute, wie unsere Nachbarschaft aussieht; ob Junge und Alte jeweils in ein Ghetto gewiesen werden oder ob eine soziale Integration möglich ist; ob wir die Chance haben, in unserer Freizeit unsere Freizeit zu gestalten oder ob wir in Abhängigkeit von unserer Umwelt leben; ob wir familiengerechte Wohnungen vorfinden, ob Kinder auch spielen können und Alte die Möglichkeit haben, in Gemeinschaft mit anderen Generationen zu leben. Und letztlich entscheidet in den Städten diese Politik auch darüber, ob die Menschen in ihrer Freizeit die Stadt meiden und aufs Land fliehen oder die Stadt wieder in Besitz nehmen.

Die Verkehrspolitik einer Gemeinde entscheidet, ob Begegnung der Menschen oder Flucht voreinander, ob Kontakt oder Aggression Wirklichkeit

wird, ob wir autogerecht oder menschengerecht bauen, ob wir die Menschen auf Trampelpfaden der Völkerwanderung festhalten oder ihnen die Möglichkeit geben, die Natur wieder zu erleben. Die Gestaltung des engsten Raumes entscheidet auch darüber, ob die öffentlichen Einrichtungen nur dem Prestige der Politiker dienen, Marmor- und Betonzeugen für Herrschwillen oder praktische, belebte Einrichtungen der Gemeinschaft sind, ob in einem Kulturzentrum Leben stattfindet oder ob es selbst zum Ausstellungsgegenstand wird. Die Sozialpolitik der Gemeinden entscheidet, ob wir rein materielle Betreuung machen oder das Gefühl der Gemeinschaft wieder entdecken, daß Generationen, ja, daß Menschen füreinander verantwortlich sind. Ob wie in Graz ein neuer sozialer Weg gegangen wird und Hilfe zur Selbsthilfe geboten wird, Menschen aktiviert werden oder weiter passiv bleiben.

Die Wirtschaftspolitik in der Gemeinde entscheidet darüber, ob die Bürger heute weit wandern müssen, um ihren Arbeitsplatz zu finden, ob wir lebendige kleine Gemeinden auch in strukturschwachen Gebieten haben oder ob die Konzentration der Bevölkerung noch weitergeht und die Unwirtlichkeit der Stadtschaften zur Wirklichkeit unserer Landkarte wird. Die Gemeinden sind eigentlich die dritte Haut des Menschen. Neben der natürlichen und der von uns gekauften jene, die wir selbst gestalten. Oder wie es Mitscherlich einmal gesagt hat: Die Gemeinden sind Stätte der Seele, eine Widerspiegelung dessen, wie wir uns selbst sehen. Wenn uns heute in der Politik das Wort von der Qualität des Lebens beherrscht, so wird es in der Gemeinde wohl am ehesten umzusetzen sein. Diese Qualität der Nähe, diese Nachbarschaft, muß wieder in engem Zusammenhang mit dem Menschenbild gesehen werden. Wenn wir den Weg weitgehen, Wohnmaschinen zu errichten, so werden wir die Persönlichkeit der Lebensgestaltung abschreiben müssen. Wenn wir keine Maßnahmen gegen das genormte Freizeitverhalten einer industriellen Massengesellschaft ergreifen, so werden wir die Kritikfähigkeit des Staatsbürgers in der Demokratie mit der Zukunft verlieren. Wenn wir immer größere Einheiten im Staat schaffen, wenn die kleine und mittlere Gemeinde keine Chance mehr neben den großen Verwaltungseinheiten hat, dann werden wir die Übersichtlichkeit

in unserer Gesellschaft verlieren. Wenn wir den Konsumzwang tolerieren, werden politische Aufgaben keine Herausforderung mehr darstellen, wobei die Identifizierung mit der Freiheitsidee der Demokratie nicht mehr möglich sein wird. Wenn wir in der Uniformität der Gesellschaft der Person keine Chance geben, so werden wir weder Chancengleichheit noch Gerechtigkeit verwirklichen können, sondern nur mehr abhängige Masse sein, wie es uns etwa der utopische Roman Georges Orwells mit der magischen Jahreszahl 1984 vor Augen hält.

Die Zunahme der Zuständigkeit des Staates hat dazu geführt, daß das Leben des einzelnen nicht mehr selbstverständlich ist, sondern an die Erringung von Zulassungsschein, Nichtuntersuchungsbescheiden und Erlaubniserteilungen gebunden ist. Fast jede Lebensäußerung bedarf heute schon kommunaler Genehmigung und damit wird die Dienstleistung zur Abhängigkeit. Die logische Konsequenz ist eine Zunahme an anonymen Einrichtungen, wobei die modernen Voraussetzungen der Infrastruktur noch das ihre dazu leisten. Dem Verlangen nach mehr Wettbewerb im Dienst des Staatsbürgers steht die zunehmende Monopolisierung staatlicher Einrichtungen gegenüber, so daß gerade von öffentlicher Machtzentrale im wirtschaftlichen Bereich — bei der Verteilung von Grund und Boden und so weiter — die Rede sein muß.

Hand in Hand mit diesen Entwicklungen kommunaler und damit staatlicher Einrichtungen geht eine gewisse soziale Verarmung des Menschen. Die Selbstverständlichkeit der Nachbarschaft ist verlorengegangen und die Distanz von Menschen, die Tür an Tür wohnen, hat sich zur Ungeheuerlichkeit entwickelt. Die Erhöhung der Renten und Pensionen ist zur Abschlagszahlung für das schlechte Gewissen des einzelnen geworden, daß er nicht mehr bereit ist, sich um Ältere, aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedene, auch noch zu kümmern. Ebenso in der Minderheit sind Kinder, für die oft kein Raum mehr zur Verfügung steht, wie Hausfrauen, denen eine total berufstätige Welt mit Unverständnis begegnet, obwohl sie gerade für das Heranwachsen kommender Generationen von entscheidender Bedeutung sind. Auch die Kontrolleinrichtungen kommunaler Art sehen oft nicht mehr den Menschen im Mittelpunkt. Die Entscheidungsverlagerungen in Ausschüsse, auf verband-

liche Ebene, die eingeschränkten Mitwirkungsmöglichkeiten tun das Ihre dazu. Sicher kann manches an der Bürgerinitiative problematisch sein, doch eines zeigt es gewiß: daß nicht genügend politische Betätigungs möglichkeiten, Anhörungsrechte und Chancen zur Initiative gegeben sind. Wer den Menschen im Mittelpunkt sehen will, kann Volksbegehren und Volksbefragungen nicht leichthin abtun und durch die eigene Partei ersetzen wollen; wer das Regime der „Dorfpa schas“ kritisiert, wie das von sozialistischer Seite getan wurde, soll zunächst vor der Tür der „Stadt sultane“ kehren.

Die Bürger werden nicht in das Leben der Gemeinde einbezogen. Ein abgekapseltes Eigenleben ergänzt die zunehmende Abhängigkeit von kommunalen Einrichtungen. Damit sind wir aber in der Fragestellung über die Funktion des Dienstes der Kommunalpolitik hinaus zur Entscheidungsfrage gelangt.

Gerade in der Kommunalpolitik werden wir sehen, ob die Partizipation, die Teilnahme der Menschen am politischen Geschehen gelingt. Wir müssen gerade hier die neuen Formen von Freiheit finden, von demokratischer Beteiligung, die Verwirklichung einer Menschlichkeit, die die Zukunft lebenswert macht. Hier wird sich entscheiden, ob Politik nackte Machtausübung ist, die nur wenige begreifen und die von wenigen gehandhabt wird, oder ob sie im Dienst des Menschen Mitvollzug wird. Daher hört die Politik nicht in den Gemeinden auf, sondern fängt hier an. Die Gemeinden machen heute mehr denn je Gesellschaftspolitik. Die Gemeinde kann der Ort des Leidens und der Trauer oder der Freude und der Hoffnung sein. Wenn die ÖVP die Chance der Kommunalpolitik begreift, so haben wir auch die Chance, die Entwicklung zu steuern, wenn wir uns dazu entschließen. Wir haben es durch die von uns vorgeschlagene und vertretbare Kommunalpolitik in der Hand, ob der Mensch seine Existenz in der Gemeinde erlebt oder erleidet.

Johannes Hawlik

MACHT STADTFLUCHT FREI?

Bevor ihr in eure Zweitwohnungen fahrt, macht ihr doch alles dicht in der Stadt, schließt die Türen, läßt die Rolläden herunter, so daß am Wochenende nichts los ist. Wenn wir dann Musik machen wollen auf der Straße, sagt man uns, wir sollen Rücksicht nehmen auf die Bewohner. Die sitzen aber irgendwo draußen und sind gar nicht da.“

Diese verbitterte Stellungnahme eines Jugendlichen aus Wien charakterisiert die Situation: das städtische Leben endet am Freitag und setzt erst am Montag wieder ein. Die Stadtflucht vor Smog, Lärm und Altstadtrott leert die Straßen und hinterläßt Einsamkeit für viele und ein kulturelles Vakuum.

Progressive Urbanisierung

Man kann Stadtflucht allgemein als eine Abstimmung über die Lebens- und Wohnverhältnisse in der Stadt mit dem Möbelwagen bezeichnen: die hohe Wohn- und Arbeitsdichte in den Städten, die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz und die Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes führen zu einer extrem hohen Verkehrs dichte und damit zu starker Lärmbelästigung und Luftverschmutzung. Die öffentlichen Verkehrs einrichtungen sind den Anforderungen in den Ballungsgebieten immer weniger gewachsen. Banken, Versicherungen und sonstige Dienstleistungsbetriebe breiten sich in den Innen städten aus und verdrängen die Wohnbevölkerung in die Randbezirke oder in das Stadtumland. Steigende Bodenpreise in der Innenstadt lassen fast nur noch eine gewerbliche Nutzung des Bodens zu. Naherholungs flächen und Grünanlagen in den Innen städten sind rar.

60 Prozent der Wiener geben als Motiv der Abwanderung schlechte Wohnverhältnisse an und von den ca. 260.000 erfaßten Zweitwohnungen in Österreich liegen mehr als zwei Drittel in einem Stadtumland — in der Nähe zum Hauptwohnsitz oder Arbeitsplatz.

Der zunehmende Lebensstandard der Bevölkerung nährte den Wunsch nach einer besseren Wohnung, das heißt auch einer größeren und besser ausgestatteten, dennoch nicht zu teuren und möglichst eigenen Wohnung in ange nehmer Wohn umgebung. Für einen Teil der Bevölkerung ist dieser Wunsch nach den eigenen vier Wänden finanziell realisierbar geworden. Somit stehen zwei gegenläufige Ent

wicklungstendenzen (Verschlechterung der großstädtischen Wohn attraktivität einerseits und wachsende Ansprüche der Bevölkerung an Wohnkomfort und Wohn umwelt andererseits) gegenüber und determinieren im wesentlichen Umfang, Tempo und Richtung der Wanderungsbewegung.

Folgen der Stadtflucht

Je größer die Städte sind, desto mehr scheinen sie vom Prozeß der inneren Erosion bedroht. Prognosen sagen, daß die Städte in den nächsten Jahren einen Bevölkerungs rückgang erleben, der im Einzelfall zwischen 5 und 20 Prozent geschätzt wird, wenn die Entwicklung ungesteuert fortläuft. Das bedeutet aber nicht einen natürlichen Bevölkerungsverlust, den die Städte erleben, sondern die Tatsache, daß die Städte immer mehr Einwohner an das Umland verlieren und die Verdich tungsgebiete immer weiter in das Umland hineinwachsen, obwohl die Zahl der Bevölkerung insgesamt höchstens stagniert.

Nun gab es Wanderungen der Bevölkerung zu allen Zeiten. Außerdem hängt die Qualität einer Stadt nicht von ihrer Einwohnerzahl ab. Besorgnis erregend allerdings ist die Tatsache, daß fast nur jüngere, gut verdienende Bevölkerung aus der Stadt hinaus zieht, die sich diesen Schritt leisten kann, während in der Stadt sozial schwächere Gruppen aller Art verbleiben: die Alten, Gastarbeiter, Jugendliche, die noch in Ausbildung stehen oder am Anfang des Berufslebens, kinderreiche Familien etc.

Diese Gruppen können aber für sich allein die Stadt nicht tragen.

Die Umschichtung der Alters- und Sozial struktur hat aber auch Konsequenzen für Art und Umfang der Nachfrage nach Infrastrukturleistungen. Während vorhandene Infrastruktur in den Städten automatisch geringer genutzt wird — wobei die Betriebskosten in voller Höhe weiterlaufen — steigt in den Zuzugsgemeinden der Infrastrukturbedarf unverhältnismäßig an. Vor handene städtische Infrastruktur bleibt ungenutzt, während neue Infrastruktur auf dem Lande an die Grenzen der Finanzierbarkeit stößt. Jede Berechnung ergibt, daß die Verbesserung der innerstädtischen Lebenssituation weit billiger käme.

Während die Stadtzentren langsam an ihrem eigenen wirtschaftlichen Erfolg

zugrunde gehen, nimmt die Zersiedlung des städtischen Umlaufs ihren Lauf. Die Verstädterung hat nicht nur verheerende Wirkungen auf die Landschaft, womit die ökologische Ausgleichsfunktion des Umlandes verloren zu gehen droht, sondern zerstört auch Kulturtradition der dörflichen Gemeinschaft.

Politik für eine menschliche Stadt

Betrachtet man Stadtflycht als einen Ausdruck der Stadtkritik, so stellt sich die Frage nach Problemlösungsmodellen.

Hier möchte ich **drei Grundsätze** her vorheben:

■ Die Fortschreibung von Wachstumsräten und die einseitige Ausrichtung auf materielle Bedürfnisse kann nicht Ziel der Politik sein. Zum einen ist so gut wie sicher, daß ökonomisches Wachstum nicht mehr in gleichen Umfang möglich sein wird wie bisher. Überdies hat die Aussicht auf materielle Verbesserung in dem Maß ihre Faszination verloren, indem man merkte, daß wachsender Lebensstandard allein kein sicherer Weg zu vermehrtem Lebensglück ist. Die Vision einer Gesellschaft, in der alles auf das Materielle reduziert ist, in der die Menschen den Beruf als das Leben und das Leben als den Beruf ansehen, in der eine immer

stärkere Arbeitsteilung die Möglichkeiten der Selbstverwirklichung immer mehr eingrenzt, in der die Technik nicht dem Menschen, sondern der Mensch der Technik dient, in der die Ökonomie nicht Instrument ist, sondern Ziel — diese Vision hat keine Zukunft mehr.

Vielmehr müssen wir uns zur Erkenntnis durchringen, daß das wichtigste menschliche Bedürfnis nicht darin besteht, mehr zu verdienen oder Karriere zu machen, sondern darin, sich selber achten zu können, von anderen geachtet zu werden, Erfolgsergebnisse zu haben, also in der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit Fortschritte zu beobachten, einen Standort im Leben zu gewinnen und sich dadurch zu befreien von der Furcht vor der Zukunft und vor anderen Menschen.

■ Die ökonomisch begründete Unter teilung unserer Gesellschaft in Klassen von Kapital und Arbeit taugt nicht zur Erklärung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es sind andere soziale Konflikte, die einer Lösung harren. Hier gilt es, Ungleichheiten zu erkennen z. B. zwischen Greißler und Supermarkt, zwischen Bürger und Bürokratie, zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, zwischen Fußgängern und Autofahrern, zwischen Nichtorganisierten und Verbänden usw. und sich für die Schwachen stark zu machen.

■ Entscheidend jedoch wird sein, in

welchem Ausmaß man die Bewohner der Städte selbst dazu bringt, Eigeninitiative und Einsatzwillen für ihre Wohnumgebung zu entwickeln. Denn initiative Bürger sind für die Attraktivität einer Stadt als Lebensraum von entscheidender Bedeutung. Hier steht die (Volks)kulturpolitik in den Städten vor einer großen Aufgabe. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen über eine wesentlich breitere Bildung verfügen, als sie diese im Beruf brauchen und in der eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr ausschließlich durch den Beruf ausgefüllt wird, sondern über viel Freizeit verfügt, entsteht ein großes Bedürfnis nach sozialer Kultur.

Je mehr Mitwirkungs- und Mitbeteiligungs möglichkeiten der Bürger in der Stadt vorfinden, desto mehr wird er sich hier zuhause fühlen.

Leben in der Stadt ist kein Unheil

Durch ungeheure Schneefälle wurde heuer im Winter Lech am Arlberg derart eingeschneit, daß der Ort von der Umwelt völlig abgeschnitten war und niemand hinaus oder hinein konnte. Wie mag die Situation aussehen, wenn aus Graz oder aus Wien die Menschen nicht mehr mit dem Auto fahren können, weil Benzin so teuer geworden ist? Was muß eine Stadt dann anzubieten haben, wie muß sie aussehen?

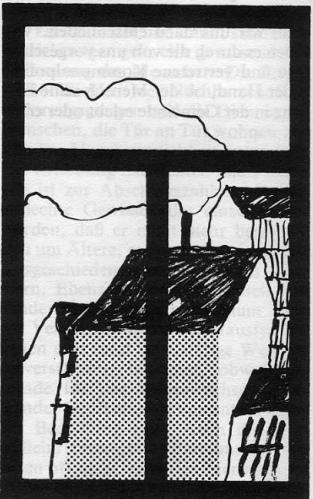
Keinesfalls wird am Wochenende alles geschlossen sein. Wenn die Mehrheit der Bürger in der Stadt bleibt, werden die Lokale offen haben und vielleicht sogar die Geschäfte. Flexible Arbeitszeiten werden es ermöglichen, daß auch berufstätige Frauen am Abend einkaufen können. Aber auch am Wochenende werden die Geschäfte offen halten, wie das an den Adventssonntagen vor Weihnachten auch möglich ist. Weil in der Stadt was los ist, wird es auch nicht zu jugendlichem „Freizeit terrorismus“ kommen. Jugendgruppen werden von der Gemeinde eine Art „Risikokapital“ bekommen: das heißt, man stellt ihnen einen gewissen Betrag zur Verfügung, mit dem sie selber Lokale einrichten und Veranstaltungen durchführen sollen. Dieser Betrag wird geringer sein, als die jährlichen Summen, die im Budget der Städte vorgesehen werden müssen zur Wiederherstellung mutwilliger Zerstörungen in Jugendzentren.

Die Bürger werden sich dagegen wehren, daß Wohnungen leerstehen oder als Spekulationsobjekt dienen. Und sie werden Wohnungen bzw. Häuser in Eigeninitiative selber sanieren. Diese Revitalisierung alter Stadtteile wird überhaupt nur mit Privatinitiative möglich sein, weil es die Kosten der öffentlichen Hand weit übersteigt.

Es wird Grünanlagen geben, die nicht nur für die Augen geschaffen sind, sondern in denen Kinder spielen dürfen.

Es wird darüberhinaus ein vielfältiges Kulturangebot geben, von der Strafenmusik zum Kinderfest, vom Konzertcafe zum Kulturwanderweg im Bezirk, vom Ideenmarkt zum Grätzlfest. Durch diese kulturellen Veranstaltungen wird städtische Anonymität überwunden, Menschen kommen einander näher, tauschen Erfahrungen aus und planen gemeinsam einen Spielplatz für ihre Kinder in der nächsten Wohn umgebung.

Kommunalpolitik wird sich von den großen Leistungsbilanzen verabschieden müssen. Noch mehr Wohnungen, noch mehr Straßen, noch mehr Schulen werden weder finanziell sein, noch wird man sie benötigen. Kommunalpolitik muß entscheidend das Klima einer Stadt bestimmen, ein Klima, das so aussehen muß, daß die Bewohner ihre Stadt nicht verlassen. Denn sonst macht Stadtflycht frei — aber nur die Städte von ihren Bewohnern.



PROTOKOLL DER TAGUNG: „LEBEN IN DER STADT“

1. TAG

Politiker, Verwaltung, Bürger — reden die miteinander? und wie?

Miteinander reden verstanden als Frage des Demokratiefortschrittes.

Zu oft wird die Gesprächsbereitschaft beim anderen gesucht, vom anderen verlangt.

Undurchschaubarkeit von Entscheidungsvorgängen vermittelt dem Bürger das Gefühl von Machtlosigkeit — Politikern und Beamten soll's ab und zu auch so gehen?

Aber es gibt auch bloß quantitative Probleme, zum Beispiel das mit der Zeit, die nötig ist, um wirklich miteinander reden zu können.

Viele können sich auch gegenüber Politik und Verwaltung nicht artikulieren — Schwellenangst.

Institutionen an sich — weniger deren „Insassen“ — sind eher gesprächsfeindlich in ihrer Wirkung.

Vom Bürger wird verlangt, alles zu wissen — Unwissenheit schützt vor Strafe nicht — die Verwaltung kann es sich leisten, sektorale zu arbeiten, allein das benachteiligt die Ausgangsposition für den Bürger — wenn „miteinander reden“ stattfinden soll — immens.

Die Voraussetzungen für ein vernünftiges, demokratisches Miteinanderreden müssen verbessert werden:

Öffentliche (!) Entscheidungsprozesse sollten in — für den Bürger überschaubare — Räume und Problembereiche dezentralisiert, besser: lokalisiert werden. Informationshilfen müssen — sollen sie den Einstieg in den Meinungsbildungsvorgang erleichtern — lesbar sein. Politiker und Beamte sollen dorthin gehen, wo die Bürger sind und nicht hinter dem Schreibtisch auf sie und ihre Probleme warten und zu dem sollten sie ihre Gesprächs- und Zuhörfähigkeit trainieren.

Möglichst alle Planungsprozesse sollten offen sein für Mitarbeit und Mitreden, und sollten öffentlich stattfinden. Konsens über den Gegenstand des Gesprächs ist wesentliche Voraussetzung für dessen zielführenden Ablauf.

Die vorhandenen plebisizitären Demokratielemente innerhalb repräsentativer Demokratie sind noch weiter auszubauen und besser zu nutzen.

Aber: Bürgerbeteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen kann und darf nicht zur verordneten Pflicht gemacht werden. Es liegt im freien Ermessens des betroffenen Bürgers, ob er

die Möglichkeit mitzureden wahrnimmt, die ihm allerdings jedenfalls zu eröffnen ist. Mitreden und mitarbeiten als Angebot.

Politiker sollten wieder mehr Aufgaben und mehr Verantwortung an die Verwaltung delegieren.

Politiker können auch bei diesem Themenkreis Beiträge zur Wiedergewinnung von Glaubwürdigkeit leisten, indem sie

— auch von sich aus das Gespräch suchen

— sich von selbst über Probleme informieren

— zuhören können und eine verständliche Sprache finden

— zur Bürgerbeteiligung nicht bloß in Sonntagsreden auffordern, sondern diesen Anspruch auch innerhalb der Verwaltung etablieren

— offen für Änderungen bleiben

Demokratie ist sehr anstrengend, zeitaufwendig...

gentrend. Er ist zu nutzen und vorantreiben mit dem Ziel: Eingliederung in Familie und Arbeitswelt.

Lösungsansätze wären: Kleine Einheiten; Nähe von Wohn- und Arbeitsplatz; Vorsorge und Früherkennung; Vermeidung von Rückfällen (Durchbrechen des circulus vitiosus „Fall — Anstalt — Rückfall“; Kostenminde rung.)

Weiters auch die Kontinuität der persönlichen Betreuung, Betreuerteams um den ganzen Menschen betreuen zu können.

Aber auch: Die verminderde Integrationsfähigkeit der Familien macht zur Zeit „Ersatzfamilien“ notwendig — geschützte und therapeutisches Milieu müßte angeboten werden können.

Politisches Schlagwort wäre da kurzum: Es gibt ein Recht auf Wohnung (Familie, Geborgenheit) und Arbeit (Selbstbestätigung, nicht von Almosen abhängig sein müssen...) — auch für Randgruppen.

Und weitere Fragestellungen oder Forderungen:

— „Funktionieren“ die Jugendzentren? Da sollten Politik und Verwaltung auch mal was riskieren!

— Soll freiwillige Nachbarschaftshilfe bezahlt werden? Sicher nicht grundsätzlich oder als Ziel — aber immer noch besser als gar keine!

— Bauliche Behinderungen abbauen; Betroffene — auch hier bei der Planung beteiligen (oder: wer hat mehr Erfahrung?)

— Vorbildhaltung — auch ganz persönliche — der Politiker und der Verwaltung (geschützte Arbeitsplätze usw.).

— Wo immer möglich: Integration bereits im Bildungsweg.

— Anregung, Ermöglichung und Förderung von Freiwilligkeit, bürokratische Behinderung abbauen. Freiwilligkeit als Ergänzung und Korrektiv der hauptamtlichen Sozialarbeit und -hilfe.

— Verlässliche Nachbarschaften „installieren“.

3. TAG

Können wir noch „miteinander spielen“?

Freizeit wird zunehmend verorganisiert und nur mehr konsumiert, aber: So wie Freiheit nicht organisiert und konsumiert werden kann, sondern nur gewährt und geschützt, kann Frei-

zeit nur animiert und strukturiert werden — um die Politik und Verwaltung hier auch einmal grundsätzlich abzuziehen.

Kultur wird heutzutage von Profis — zumindest Halbprofis — gemacht, von den Politikern „vorgezeigt“, womit dokumentiert werden soll, daß Kultur (Politik) für alle oder zumindest viele versucht wird.

Anzustreben wäre aber: Kultur durch alle.

Die Art und Weise, wie heute Breiten- oder Spitzen-Sport betrieben wird, leidet zunehmend am Verlust des spielerisch-kulturellen Elementes, durch Leistungzwang und Disziplinierung.

Im Gegenzug sollten wieder Sorglosigkeit, Spontaneität und Spielcharakter im Sport ermöglicht und gepflogen werden.

Nochmal zur Kultur durch alle:

— Die Künste sollten dorthin gebracht werden, wo die Leute sind — nicht umgekehrt irgendwo warten, bis wenige zu ihnen kommen. Zudem sollten sie viel mehr Anregung sein — auch zur Auseinandersetzung — als passiv „konsumierte“ Herzeigangebote.

— Profis sollten nicht bloß als Produzenten, auch als Animateure zum „Selber tun“ tätig sein; dazu bedarfs wohl auch des Trainierens derartiger zusätzlicher Aufgaben.

— Kulturpolitik kann aber auch — und tut noch kaum — als Mittler für eine stärkere Sensibilisierung im Bereich der Gebrauchs- und Verbrauchskultur. Beispiel für die gängige Unkultur in diesen Dingen: Wie grauslich — und trotzdem teuer — sind ein Großteil der Möbel, die wir produzieren und auch kaufen.

Nochmal zum Sport:

— Nicht Breiten- oder Leistungssport heißt die Devise, wie sie noch immer dort und da heftig diskutiert wird, sondern gegenseitige Ergänzung und Anregung.

— Auch nicht Vereins- oder Breitensport, sondern beides, in Ergänzung und gegenseitiger Anregung; auch nicht beziehungslos nebeneinander!

— Und: bessere Nutzung in großer Zahl vorhandener Räume und Möglichkeiten.

Freizeit, Kultur, Sport usw. bedürfen — wie soziales Zusammenleben und Verhalten überhaupt — der Nachbarschaft im engeren und weiteren Wohnbereich, um sich entsprechend entwickeln zu können, um entsprechend „genutzt“ zu werden.

Nachbarschaft als Spielraum und als Grundprinzip bürgernaher Kulturpolitik!

4. TAG

Sich in der Stadt wieder frei bewegen können

Die Straßen und Plätze unserer Städte sind als Bewegungsräume von einander konkurrierenden Verkehrsarten besetzt, als Wohnumfeld zunehmend nicht mehr brauchbar, laut, verschmutzt.

Die nach wie vor zunehmende Automobilität verdrängt die anderen Arten der Mobilität.

Die wohlgemeinte und angestrebte Freiheit der Mobilität wird so zur Zwangsmobilität.

Die Probleme der Finanzierbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs — als eine der zu fördernden Alternativen — sind nicht gelöst, ja verstärken sich.

Ziele und Lösungsansätze

Verkehrsberuhigung:

— Die Festschreibung einer Straßenhierarchie nach sozialer Brauchbarkeit; vom übergeordneten Straßensystem bis zur reinen Wohnstraße.

— Geschlossene Rad- und Fußwege netze, wobei der kürzestmögliche Weg jeweils gefunden werden muß — ansonsten wird dieses Angebot nicht wahrgenommen!

— Verkehrsberuhigung nur allmählich einführen, Anpassungsschritte setzen, die Verkehrsteilnehmer müssen sich eingewöhnen können.

— Erste Erfahrungen brachten eine Überraschung: Die Gestaltung verkehrsberuhigter Zonen bzw. überhaupt verkehrsberuhigender Maßnahmen ist um einiges wirksamer als Regelungen (zum Beispiel sind bloße Geschwindigkeitsbeschränkungstafeln in kurzer Zeit wirkungslos!).

Zudem stellt sich heraus:

— Verkehrsberuhigung harmoniert mit anderen gesellschaftlichen Zielen und Entwicklungen — Beispiel: Nachbarschaft.

— Verkehrsberuhigung ist in ihrer gesamten Wirkung letztlich nicht restriktiv; sie eröffnet mehr Möglichkeiten des „Sich-frei-bewegen-könnens“ als sie dieses einschränkt.

— Verkehrsberuhigung ist (politisch) machbar: Es geht vorwiegend um öffentliches Gut; die Maßnahmen gestalten sich vergleichsweise unaufwendig; Erfolge stellen sich kurzfristig ein.

Die Stichworte (ohne Konsens) zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs:

Nahverkehrsmilliarden; Nahverkehrsabgabe bzw. Bereitstellungsgebühr; Pendler- bzw. Entfernungspauschalrechnung; Nahverkehrsmilliarden; Nahverkehrsabgabe bzw. Bereitstellungsgebühr; Pendler- bzw. Entfernungspauschalrechnung nicht bloß für KFZ.

Und weitere Anmerkungen:

— Modellversuche und Werbung für alternative Verkehrsarten

— Wenn jeder zehnte KFZ-Fahrer ei-

nen zweiten mitnimmt, reduziert sich der Individualverkehr um 10%!

— Appelle von Seiten der Politik sind nur wirksam auf der Basis beispielgebenden Verhaltens!

— Für die Fachleute: Es ist ein Unterschied zwischen Geschwindigkeits- und Leistungs(auto)bahnen zu machen — bei der Planung!

5. TAG

Sich selbst verwalten — als Gruppe, Organisation, auch als Stadt und vor allem wie, um nicht total verwaltet zu werden.

Sicher ist unbestritten, daß nicht alle Bedürfnisse durch eigennütziges Verhalten des bzw. der Individuen — als extreme Alternative zu jeder Verwaltungsorganisation — befriedigt werden können oder sollen. Das kann aber nicht umgekehrt heißen, daß der Staat, die Stadtgemeinde usw. für alle kollektiven Bedürfnisse verantwortlich ist oder sein soll!

Nachdem zur Zeit eher eine Entwicklung in Richtung totale Verwaltung aller Lebensbereiche zu beobachten ist — wohl auch zum Teil ideologisch motiviert — sollten im Gegenzug all jene kleineren Selbstorganisationsformen, die zum Teil schon entwickelt sind, noch stärker forciert werden.

Voraussetzungen dafür sind:

— Anreize geben, indem nicht alles durch Politik und Verwaltung „besetzt“ wird.

— Nicht alle Sorgen den Bürgern abnehmen wollen, da der Entmündigungsprozeß unaufhaltsam mitmarschiert.

— Auch hier wieder die Ermöglichung von Nachbarschaft, Identifikation mit dem Wohnumfeld, Heimatgefühl als Basis für Selbstbestimmungs- und Selbstorganisationsfähigkeit und -bedürfnis.

— Und verwaltungsintern die Hierarchienketten verkürzen, den Informationsfluß verbessern — das natürlich auch nach außen.

— Öffnung der Verwaltung hin zur Möglichkeit zum Mitreden und Mitarbeiten der zumindest in Fragen des Alltags kompetenten Bürger und für die Kontrolle durch die Bürger.

— Abgehen von der Unart, wie zur Zeit Gesetze „gemacht“ werden, nämlich bis ins letzte Detail alles festgeschrieben zu wollen mit der Folge, daß die Verwaltung entmündigt wird, nur mehr sektorale ohne Eigenverantwortung gearbeitet wird, usw.

Als Probleme stechen besonders ins Auge:

— Der Kommunikationsknick zwischen Politikern und Beamten — nicht überall anzutreffen, aber zu oft.

— Positive Entscheidungen werden politisch „verkauft“, hingegen bleiben negative Entscheidungen anonym —

man redet sich auf Gremien, Gesetze, Vorschriften u.ä.m. aus.

— Verwaltung beschäftigt sich zu sehr mit inneren Organisationsproblemen, ohne dabei effektive Reformansätze zu produzieren.

— Die zunehmende Verrechtlichung — siehe exponentielles Wachstum der Gesetze und Gesetzesexte — führt zur Entmenschlichung des Verwaltungshandelns.

Ein paar Ansätze zu deren Lösung:

— Mehr Delegation durch Politiker = höhere Verantwortung der Beamten, das muß allerdings erst wieder trainiert werden.

— Die Führungsstile von Politikern und leitenden Beamten sollten verbessert werden.

— Positive Leistungsanreize müssen innerhalb der Verwaltung geschaffen werden.

— Die Beamtenaus- und vor allem -fortbildung muß sich verstärkt nach neueren Erkenntnissen orientieren.

Walter Felber

DREI GEDANKEN ZUM LEBEN IN GEMEINDEN

1

In allen Gesellschaften entstehen Konflikte und Veränderungen aus dem Spannungshältnis alter Paradigmata, zu denen neue in Konkurrenz treten. Auf technisch-zivilisatorischem Gebiet spricht man von der Neuerungsseite als Innovation und ihren verschiedenen Stadien von Intensität und räumlicher Ausdehnung.

In der Stadt bauen sich unzählige derartiger Spannungsfelder immer wieder von neuem auf. Oft visuell erkennbar, unleugbar dann aber von Statistiken erhellte, lassen sich die Veränderungen kausal verhältnismäßig einfach erklären:

- a) Durch die extreme Arbeitsteiligkeit des städtischen Lebens an sich entstehen unzählige Zweige einer eigenen Lebenskultur deutlicher Ausprägung, wie sie in Landgemeinden durch interne Regelungen und weitgehend informelle Strukturen sichtbar unterbleibt (alte Menschen im Familienverband — alte Menschen im Pensionistenheim),
- b) durch die räumliche Distanz wird Kommunikation erschwert, wenn nicht überhaupt verhindert,
- c) durch die unterschiedlichen Einkommensgruppen und sozialen Gruppen, die den gesamten städtischen Raum unterschiedlich und laufend neu „bewerten“ und auf ihn reagieren. (Man könnte die Liste der Besonderheiten der Stadt beliebig fortsetzen).

Weniger leicht erkläbar ist schon, warum in einzelnen Stadtvierteln Erscheinungen gehäuft und immer stärker auftreten, dagegen in anderen nie die Rede **davon**, aber von einer anderen Erscheinung umso häufiger ist. Erscheinungen solcher Art „wandern“, auch in der Geschichte einer Stadt, wobei die laufenden Neubewertungen der Wohnsituation und die ergo folgenden innerstädtischen Umzüge — vorrangig, wie man heute durch Motivforschung weiß, durch die Wohnumfeldsituation bedingt — zu Rückkopplungen in der kausalen Kette (Aufpreisen der Neuerung — Bewertung — Alternativwahl — neue Aktivitäten — neue Strukturen) führen.

Merkmal allseitig dynamischen Prinzips: Die Motive und ihre Reaktionsketten wirken untereinander und aufeinander ein.

Erfolgt in Ergebnissumme aller Motivketten ein einseitiger Verlauf, so ergeben die Ausweichreaktionen der inner-

städtischen Wanderung im negativen Bereich „Verslumung“, im positiven Sinn Aufwertung.

Was liegt also näher, als die ernste Herausforderung an die Stadtpolitik anzunehmen, **Ausstattung und Wohnumfeld möglichst gleichartig** anzubieten, um nicht einen unerwünschten Wandlungsprozeß mit vielleicht einseitig verlaufender Wirkung auszulösen?

Haben Sie das schon einmal überlegt?

2.

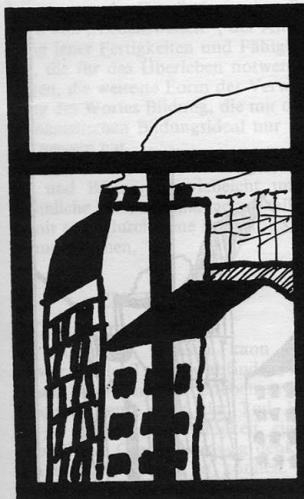
Ein deutscher Kommunalpolitiker behauptete einmal, es würden so manche, aus heiterem Himmel „abgestürzte“ Landes- und Bundespolitiker in der Kommunalpolitik erst gar nicht aufgestiegen sein.

Ungleich mehr als in jeder anderen Gebietskörperschaft ist in der Kommunalpolitik an der Einlösung von Programmen die Fähigkeit oder Unfähigkeit von Politikern messbar. Die Kontrollierbarkeit des unmittelbaren Ereignisses oder Nicht-Ereignisses erlaubt, mit Show-Effekten und Gesten weniger großzügig um sich zu werfen, als anderswo.

Und nichts wird von Informierten und Engagierten mit heftigerer Kritik honoriert als in der Kommunalpolitik A zu sagen und B zu tun, selbst dann, wenn die völlige Einschaubarkeit eine Zeit lang verhindert und Absichtserklärung anfängliche Untätigkeit katharisieren kann.

Nur: Das Hauptproblem für den Politiker in den Kommunen aber bleibt zurück: Durch den Vormarsch populistischer Verkaufszwänge in den beiden politischen Großparteien Österreichs sind sie gezwungen, Volksparteien zu sein und latent der Versuchung ausgesetzt, ausgleichsorientiert innerhalb ihrer eigenen Parteien zu handeln. (Insidert der italienischer Politik spötteln da gerne mit der Wahrheit: „In Italien kann nichts weitergehen, weil ein Drittel der politischen Kräfte ausgeschlossen ist, ein weiteres Drittel Steigbügelperhalter wider Willen und die Democristiani aus mindestens 4 Flügeln bestehen, die sich gegenseitig paralysieren!“).

Die österreichischen Großparteien mit ihren Verbänden und Bünden etc. (parteiinterne und Vorfeldorganisationen) und dem hohen Organisationsgrad als Mitgliederparteien verhalten sich durch die numerische Macht der insgesamt als „Flügel“ erscheinenden,



parteiinternen Gruppierungen in der Kommunalpolitik bei Kandidatenrekrutierung, als seien sie Bundespolitiker mit ständestaatlichen Resteinflüssen. Veruntreute Gemeinde? Verkaufte Bürger?

Ja, selbst wenn sie wollen, können unsere Kommunalpolitiker nicht. Längst sind Fehler oder Neuerungen bekannt, bevor Unsinns oder Wert zugegeben, geschweige denn danach gehandelt wird, denn immer noch beherrschen die institutionalisierten Machtkanäle die Realität.

Der horizontale Interessenausgleich der unseligen, nicht transparenten täglichen Zerreißprobe heißt im politischen Volksmund „Packeln“, „Alle sind eingekauft“, „korrupt“ usf. Der Soziologe L. Festinger hat vom **Phänomen der kognitiven Dissonanz** gesprochen, in der Politik noch manifester als beim Mann von der Straße zutage treten.

Kommunalpolitik aber, die lebendige Szene ist, transparent und durch hohe Beteiligung gekennzeichnet ist, kann für dieses Phänomen gar keinen Platz kennen. Voraussetzung ist neben einer „Szene“ die politische Handlungsfähigkeit der Gemeindemitglieder zwischen den Urnengängen, die Beeinflussung jedweder Art von Vorentscheidungsfeldern durch den Bürger.

Was können wir mehr tun, als dazu beizutragen, daß kognitive Dissonanz bei unseren Gemeindepolitikern so wenig als möglich auftreten kann, indem wir uns selbst als Teil des ganzen demokratischen Prozesses verstehen, nicht selbst der Dissonanz unterliegen, weil Pflichten zu aufwendig sind? Seien wir also als Voraussetzung wirklichen Lebens in den Gemeinden in lieboller Beziehung zu unseren politischen Parteien jedem Kommunalpolitiker gegenüber lästig!

3.

Das politische System — auch einer so begrenzten Gebietskörperschaft wie der Gemeinde — erhält seine Leistungsfähigkeit durch ein jeweiliges Optimum an Integration, Stabilität und Innovation (als Spiegel von „Leistung“), (s. a. Gerlich, 1972).

Wenn die oben beschriebene kognitive Dissonanz Bürger und Politiker als kontrollierenden Souverän und regierenden Akteur plagt, was liegt dann näher, als den politischen Schritt der Chance für Realisierung von Innovationen selbst zu setzen, dem einen mehr Befriedigung politischen Gemeindelebens, dem anderen einen „fire escape“ aus innerparteilichem Dauerbrand zwischen Könen und Nichtdürfen und dem tendenziellen Abgedrängt-werden in politische Unglaublichkeit dem Bürger gegenüber ohne Lichtblick ermögelchend?

Diese politische Strategie mag von Franco-Anhängern und Zentralisten

unserer partitokratischen Politik Subkultur verworfen werden. Aber sie ist eine Stellenwertverschiebung im Stil, Transition von monarchischem Zelbrieren zum permanenten, demokratiewürdigen Diskussionsprozeß — zuvorderst in den Gemeinden selbst. Willige dürfen sich dahin retten. Hort:

,CLUB INNOVATIVER BÜRGERMEISTER’

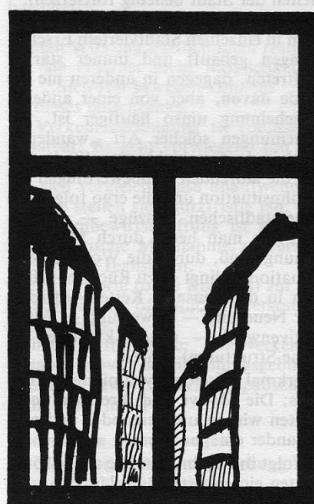
Internat:

Jedes Bundesland für sich, keine Bundeszentrale. Der C.I.B. nominiert ein gemischtes Aktionskomitee, das aufgrund seiner Erfahrungen aus der jeweiligen fachlichen Sparte mögliche Pilotprojekte gemeinsam diskutiert, nominiert und mit den zur Innovation auf Gemeindegrund bereiten Bürgermeistern und lokalen Spitzenpolitikern erörtert.

Die Projekte müssen mit interessierter Gemeindebevölkerung ausreichend erörtert und diese maximal in den Prozeß eingebunden werden. Thematisch ohne Grenzen. Als Quasi-Prämie genießt die jeweilige Gemeinde/Interkommunaler Zweckverband die bevorzugte Aufmerksamkeit der jeweiligen politischen Partei und der Landeshauptmann und diese bemühen sich um die besondere Zurverfügungstellung und den Einsatz aller Ressourcen hierfür.

Nach Abschluß der Realisierung erhält der Bürgermeister/Gemeindeverbandsverantwortliche etc. die Ehrenmitgliedschaft im C.I.B. und eine Auszeichnung immaterieller Art. Das Projekt wird von nun an laufend beobachtet und sein Fortgang dokumentiert (Forschungsaspekt).

Ansonsten: Steirer voran!



KULTUR UND BILDUNG — ODER „GEGEN DEN TOD IST KEIN KRÄUTLEIN GEWACHSEN“

Vorbemerkungen zum Kultur- und Bildungsbegriff.

Die erste und wichtigste Aufgabe der Menschen bestand zu allen Zeiten in der Sicherung des Überlebens der einzelnen und der Menschheit insgesamt.

Die Ablösung der Instinkt- und Triebleitung durch die Ausbildung des Großhirns erwies sich neben der starken Familien- und Gruppenbindung als wesentlicher Vorteil gegenüber der Tierwelt.

Diese „Kultivierung“ des Instinkt- und Trieblebens kann als die wichtigste Kulturleistung des Menschen gelten.

In der Verwendung des Begriffes „kultivieren“ für die Aufbereitung des Ackerbodens, für die Gestaltung der Natur, schwingt noch ein Kulturbegriff, der in einer Kulturdiskussion kaum verwendet wird.

Die Rede von einem „kultivierten“ Menschen, der sich in Gesellschaft zu bewegen weiß, der gute Umgangsformen hat, der einen Gefühlsausbruch in der Öffentlichkeit als höchst unschicklich erachtet, bringt schließlich einen uns viel vertrauter Kulturbegriff nahe, der in die Nähe der „Hochkultur“ rückt, in der Mahler, Mann, Morre, Mörke, Mozart und Musil zu Hause sind — für wenige von Bedeutung.

In gleicher Weise steht hinter dem Hineinwachsen in das Wert- und Einstellungssystem der Gesellschaft, dem Erwerb von „Lebenswissen“, der Aneignung jener Fertigkeiten und Fähigkeiten, die für das Überleben notwendig waren, die weiteste Form der Verwendung des Wortes Bildung, die mit dem humanistischen Bildungsideal nur wenig gemein hat.

Es ist die Absicht dieses Beitrages, Kultur und Bildung in vielleicht ungewöhnliche Zusammenhänge zu stellen, damit sie dadurch neue Bedeutung gewinnen können.

ZUSTÄNDE:

1. Grenzüberschreitungen.

Der denkende Mensch kann sich schwer mit der Tatsache abfinden, daß all sein Streben nach Überleben an eine absolute Grenze stößt, den Tod. Ihm ist ja die seltsame Fähigkeit eigen, „über“ alle Grenzen hinweg denken, phantasieren, sinnen zu können. Es liegt nahe, sich wenigstens in Taten

und Werken „über den Tod hinweg retten“ zu wollen.

So ist die Erkenntnis, daß „gegen den Tod kein Kräutlein gewachsen sei“, ein wesentlicher Motor des menschlichen Kulturschaffens.

Die Gotteserfahrung ist für den durch Geburt und Tod, Anfang und Ende festgelegten Menschen Antrieb und Möglichkeit, dem Leben Sinn in der Begrenztheit zu geben, „mit seinem Gott springt er über die Mauer“, im Kult erlebt er Grenzenlosigkeit, ahnt er Unsterblichkeit. Kult und Kultur haben den gleichen Ursprung. Und Gottesverehrung ist eine weitere Wurzel des Kulturschaffens.

Weitere Überschreitungen, Ausbrüche aus dem Alltag, aus der Banalität sind Ekstase und Versenkung. Ganz aus sich herauszugehen, alle Fesseln und Regeln abzuschütteln, sich ganz seinen uraltmülichen Antrieben zu überlassen, „übernatürliche“ Kräfte zu versprühen, sich anderen Schichten des Bewußtseins zu öffnen, sich im Sinnestaumel zu verlieren. Oder ganz in sich zu gehen. Sich von allen äußeren Einflüssen abzuwenden, dem Wesen des Daseins nachzuspüren, in die Mitte vorzudringen, den Sinn des Daseins zu begreifen.

2. Kreislauf- und Fortschrittsdenken.

Tag und Nacht, Mondphasen und Jahreszeiten gaben dem Menschen einen Rhythmus vor, in dem Werden und Vergehen als natürliche Abläufe erlebt wurden. Das Eingebettsein in der Natur, die Abhängigkeit von Wittringsbedingungen, Bodenbeschaffenheit und Tierwelt setzten der Ausbreitung des Menschen Grenzen. Die Überwindung dieses ewigen Kreislaufs, die Entwicklung des Fortschrittsgedankens, das „Untertan-machen“ der Erde setzte den verstärkten Gebrauch von Energie voraus. Der Tag konnte verlängert, unwirkliche Gegenden konnten besiedelt werden. Die schrittweise Entdeckung der Naturgesetze, die Erfindung der Schrift, des Geldes, die Entwicklung der Arbeitsteilung, Handel und Verkehr, die erfolgreiche Bekämpfung der großen Seuchen, die technischen Errungenschaften lösten im Menschen Gefühle der Allmacht aus. Alles erscheint machbar, alles lösbar. Die Idee, durch die Beherrschung der Natur, durch die bewußte Steue-

rung der Lebensvorgänge, durch den Einsatz des Wissens eine neue, bessere Welt zu schaffen, gewinnt vor allem im „Abendland“ zentrale Bedeutung. Im Hintergrund steht der Gedanke, durch den Ausbruch aus der Natur auch Not, Leid, Krankheit und schließlich auch den Tod zu überwinden.

Eigen ist der Fortschrittsidee die einseitige Betonung der menschlichen Vernunft. Bildung wird mit Wissenserweiterung gleichgesetzt. Gefühlswerte werden eher vernachlässigt. Unaufhebbare Zusammenhänge und Abhängigkeiten werden nicht beachtet. Die Ausbeutung der Rohstoffe, die Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt, weltweite Bedrohung durch mögliche Umkippen großer Lebensgefüge gefährden die Erde.

Mit dem sich immer höher entwickelnden Wirtschaftssystem geht ein auf Gütererwerb und -verzehr ausgerichtetes Streben nach materiellen Werten und Luxus einher — ohne auf eine weltweite gerechte Verteilung der Güter Bedacht zu nehmen. Die Gegensätze werden immer krasser, die Anhäufung von Waffen und Militärgerät und die gleichzeitige Aufschaukelung der aggressiven Antriebe zwischen den Völkern lassen das Gelingen der Fortschrittsidee hin zu einer menschlicheren Welt fragwürdig erscheinen.

Der Anspruch, kulturelle Werte zu schaffen, bleibt auf kleine Gruppen beschränkt. Der Großteil der Menschen verzehrt in seiner Freizeit die von der Kulturindustrie vorgefertigten Massenangebote wie den aufgetauten Kuchen aus dem Gefrierschrank.

3. Bilder und Gestalten.

Ganz tief im Menschen drinnen — weil uralt und durch immer neue Fähigkeiten und Erfahrungen überlagert — ruhen die großen Sehnsüchte des Menschen: Geborgen zu sein wie im Mutterschoß und dahin zurückkehren zu können, das verlorene Paradies, Atlantis, Eldorado, das Schlaraffenland zu finden, heil und gut zu sein, versöhnt zu sein mit Gott, Mensch und Tier, alle Entfremdung und Verstörung aufgehoben zu wissen, unendliches Glück zu erleben.

Die großen Bilder und Gestalten leuchten auf wie Sterne am inneren Himmelsgewölbe des Menschen. Der taghelle Verstand kann sie nicht ausneh-

men, ihm leuchten sie nicht. Mutter Erde, Teufel, Drache, weise Frau, der Fährmann am Strom zwischen Leben und Tod, der Todesengel, der sprechende Fisch, der heilige Stier, der himmlische Bräutigam...

In Märchen und Sagen, in Religion und Kunst dürfen sie aus dem Strom des scheinbar Vergessenen auftauchen.

4. Aufgabe der Eigenständigkeit.

Hand in Hand mit der Fortschrittsidee geht die Abgabe wichtiger Lebensvollzüge und Funktionen an eigens dafür geschaffene Einrichtungen, Institutionen. Dahinter steckt der Gedanke der Spezialisierung, nach der Fachleute aufgrund ihres Wissens bestimmte Aufgaben besser und schneller erfüllen können.

Der religiöse Vollzug, der Kult, wird dem Priester, die Sorge um die Gesundheit dem Arzt, die Ausbildung dem Lehrer, die Verwaltung der Gerechtigkeit dem Richter, die Ordnungsfunktion, die Sorge für Schwache, Alte und Aufenseiter dem Staat, das Kulturschaffen dem Künstler, das Nachdenken über den Sinn den Philosophen — um nur einige wichtige zu nennen — übertragen. Die Folgen sind „mehr Staat“, das Anwachsen der Bürokratie, Entfremdung und Verselbständigung der Institutionen.

Was als Vorteil erschien, erweist sich zunehmend als Mangel und Nachteil.

12 Das Leben verarmt, denn für jeden Bereich, für jede Krise wird Hilfe von außen benötigt. Es ergibt sich die paradoxe Situation, daß von Institutionen bereits „Hilfen zur Selbsthilfe“ angeboten werden müssen.

Die schöpferischen Kräfte liegen brach, denn an jede kulturelle Betätigung werden Maßstäbe gelegt, die von hauptberuflichen Künstlern vorgegeben werden. Versuche scheitern an der Angst, als lächerlicher Dilettant eingestuft zu werden.

So zeigt sich aus diesen kurzen Bemerkungen und Andeutungen das Bild von einem Menschen, der mit sich selbst wenig anzufangen weiß, der Antworten auf seine Fragen auf Gebieten sucht, wo sie wahrscheinlich nicht zu finden sind.

AUSWEGE

1. Auf sich selbst horchen lernen

Es gilt, „den „Mühlstein an den Schwingen des Geistes“, den großen Unbekannten, den so oft verachteten Körper neu kennenzulernen. Auf seine Bedürfnisse zu reagieren, die leisen Signale zu hören, seinen Drang nach Bewegung zu erspüren, die Mißhandlung durch ungeeignete NahrungsmitTEL, Giftstoffe und ständige Reizüberflutung abzustellen, seine Phasen der Aktivität und Ruhe zu beachten, die „Jahreszeiten des Lebens“ mit den ih-

nen zugehörenden Erfahrungen anzunehmen.

Frauen haben sich weit stärker als Männer diese Fähigkeit bewahrt. Der Kreislauf, das regelmäßige Schwingen, Geburt und Tod, Annehmen und Hergeben sind ihnen vertrauter geblieben. Vielleicht haben sie sich deshalb nie so stark in den geradlinigen Fortschrittsprozeß eingliedern lassen.

Es soll hier keinem romantischen „Zurück zur Natur“ das Wort geredet werden, aber schon „Ferien vom Fortschritt“ können ein Heilbad für den ganzen Menschen werden.

2. Sich ausdrücken lernen.

Erlebte Wirklichkeit, das Wesen der Dinge, die übermächtige Bedrückung, die aus der Tiefe steigenden Bilder, die erahnte Zukunft, notwendiges Mahnen zur Veränderung beschreiben, verdichten, zum Klingen bringen. Geist, Seele und Körper zum Schwingen bringen, die Harmonie und Schönheit des Echten darstellen, nachbilden, spielen. Der Ideen Gestalt verleihen, Begegnung, Krise, Befreiung offenbar werden lassen.

Fest und Feier als verbindende, einigende, Vereinsamung aufhebende Zeiten menschlichen Lebens sind für das seelische Gleichgewicht von besonderer Bedeutung. Die fortschreitende Zeit steht still, die „alten Sehnstüchte“, Liebe und Haß, Streit und Versöhnung, Geburt und Tod werden nachvollzogen. Ganz aus sich herauszugehen, ganz in sich zu gehen, um sich selbst zu finden.

Freude als Zeichen der Übereinstimmung, der Identität mit sich und der Umwelt zu erleben.

Zeichen, Gesten, Bräuche, die „Gewohnheiten“, all die ritualisierten Formen, der immer wiederkehrende Stillstand im Fluß der Zeit bringen Gemeinschaft, Verbindung und Verständigung. In ihnen drückt sich Kultur aus, Verbindung im Trennenden. Und sie wird sichtbar in den bleibenden Formen, in Haus, Hof, Fabrik, Dorf, Landschaft und Stadt.

3. Die eigenen Fähigkeiten zurückgewinnen.

Es gilt, die dem Menschen eigenen Fähigkeiten, die im Laufe der Geschichte abgegeben wurden, wiederzugewinnen.

Von den Ärzten die Fähigkeit zu heilen, den Körper und seine Signale zu kennen und zu beurteilen, was ihm guttut und was nicht. Von den Priestern die Fähigkeit, mit Transzendenz, Kult, Tod, Trauer umzugehen. Von den Richtern das Gerechtigkeitsgefühl, von den Lehrern die Sorge um das Hineinwachsen der nächsten Generation in die Gesellschaft, von den Erwachsenenbildnern die Fähigkeit, sich weiterzubilden, vom Staat den Sinn für Ordnung und gerechte Verteilung der

Güter, von den Künstlern die Fähigkeit, sich in Wort, Bild, Spiel, Architektur... auszudrücken, von den Philosophen schließlich das Streben nach Weiterklärung.

4. Beziehungen aufbauen und beleben.

Den „Dingen“ Leben einhauchen, zur Sprache bringen, wenn Sprachlosigkeit als Schicksal erscheint, in den Lebensfluß alle diejenigen ziehen, die an den Rand gespült wurden, das scheinbar Sinnlose, das Paradoxe bestehen lassen und damit leben.

Es gilt, den Kulturwerken der Vergangenheit den Geruch des Museumhaften, des Erstarnten und Festgelegten zu nehmen. Ihre Botschaften zu hören, Leid, Not und Freude, erahnte Harmonie zu spüren. Dort aber, wo das Bewahrte in den Dienst der eigenen Sache gestellt wird, als Begründung, als Vorbild, ist Vorsicht am Platze. Faschistische, nationale, gewalttätige Machtsysteme berufen sich gerne auf Geschichtsideen und vergangene Kulturleistungen. Überall, wo die Idee, die „reine Lehre“ über den Menschen und seine Bedürfnisse gestellt wird, wo Menschen in den Dienst der großen Sache gestellt werden, ist Unmenschlichkeit und Grausamkeit möglich.

5. Gesellschaft und Welt gestalten.

Die notwendigen Kulturleistungen hängen noch immer mit der Sicherung des Überlebens zusammen.

Friede ist gefährdet durch wahnwitzige Waffenarsenale. Konflikte werden immer noch durch das Recht des Stärkeren gelöst. Friedenssicherung ist die erste Aufgabe.

Das Verhältnis von Mann und Frau ist von Unterdrückung, kaltem Krieg und Misstrauen geprägt. Der Zweispielt zwischen aktiv und passiv, Verstand und Gefühl, Geben und Nehmen, den jeder Mensch in sich verspürt, wird noch immer nach außen getragen, im anderen Geschlecht absolut gesetzt und bekämpft. Sich in Schwäche und Stärke anzunehmen, dem anderen beiden zugestehen: eine Aufgabe, die ansteht. Versöhnung mit der Natur. Nicht ausbeuten, zerstören, gefährden — sondern pflegen, die innewohnenden Kräfte stärken, stabiles Gleichgewicht herstellen, sich selbstregulierende Systeme finden.

Anregungen, Gedanken zu „Kultur und Bildung“. Es ist der Versuch, Verengungen auszuweiten, Zusammenhänge herzustellen.

Denn Entfremdung, Krisen, Konflikte sind überall dort anzutreffen, wo Isolation, Einseitigkeit, gestörtes Gleichgewicht festgestellt werden können. Die Überwindung derselben ist die ständig geforderte Kultur- und Bildungsarbeit.

NICHT GEGEN, SONDERN FÜR ETWAS SEIN!

Politiker sind Menschen, die auf den Staat bezogen planen und handeln sollten, um Macht, Sicherheit, Frieden, Gerechtigkeit, Wohlfahrt, Kultur u. v. a., zu verwirklichen" (aus Brockhaus).

Der Politiker hat demnach den Auftrag, ganz gleich ob als Bundespolitiker oder als Stadtpolitiker, das Leben in der Stadt in jeder Weise auf dem demokratischen Wege zu gestalten und zu verwirklichen.

Der Bürger als vollberechtigter Einwohner dieser Stadt könnte also beruhigt in die Zukunft schauen, denn alles wird ja von oben gerichtet und geordnet.

Ist es wirklich so?

Die Verwirklichung des politischen Denkens und Handelns liegt meiner Meinung nach auf der Ebene des „Miteinander“ und „Füreinander“. Das Leben in der Stadt muß in Wechselwirkung Bürger – Planer – Politiker geplant und verwirklicht werden.

Die Auseinandersetzung mit den Problemen im eigenen Wohnbezirk gaben uns Anlaß darüber nachzudenken.

In unserer Bürgerinitiative, der AGFA (Aktionsgemeinschaft für Andritz), mache ich die Erfahrung, wie Zusammenarbeit zwischen Bürger und Politiker funktioniert.

Nicht gegen, sondern für etwas sein!

Unter BI versteht ein Großteil unserer Bewohner „dagegen zu sein“. Nämlich unangenehme Entscheidungen der Behörden oder Institutionen abzulehnen, vielleicht aus Egoismus oder Selbstzweck oder auch deshalb, weil ausreichende Information fehlt.

Wir haben versucht, als überparteiliche Aktionsgemeinschaft Initiativen und Aktivitäten zu setzen, die allen Bewohnern unseres Wohnbereichs nützlich sein könnten. Das sahen wir auch als Chance für das menschliche Zusammenleben in unserer Stadt und unserem Bezirk.

Die Grundidee, eine AGFA zu gründen, geht auf die Pfarrgemeinde von Andritz und ihr Pfarrblatt-Team zurück. Schulwegsicherung, ein fehlendes Bezirksbad, die Hochwassersicherung, die rasch zunehmenden Verbauung (eher planlos) sowie der Mangel an Spiel- und Erholungsflächen waren vor fünf Jahren die großen Probleme.

Gemeinsam mit dem Kath. Bildungswerk Andritz veranstalteten wir die 1. Andritzer Bürgerversammlung.

Die Vertreter der Stadt und des Bezirkes fanden natürlich an diesem Abend

auch kein Konzept, wie man die umfangreichen Mißstände anpacken oder lösen könnte.

Durch die spontane Initiative eines Bürgers wurde eine sogenannte Aktivbürgerliste aufgelegt, in die sich auch tatsächlich 30 Mitarbeiter eintrugen. Diese Gruppe war es dann auch, die durch wöchentliche Arbeitsgespräche diese Bezirksprobleme bearbeitete.

Die ersten erfolgreichen Aktionen der Aktivbürger waren die Reduzierung der Verbauung der letzten freien Wiese im dichtesten Wohngebiet von Andritz und der Gewinn einer ca. 4000 m² großen Spielfläche für Kinder und Jugendliche, 1000 Unterschriften der Anrainer und der unermüdliche Einsatz der Aktivbürger hatten diesen Erfolg erbracht.

Entscheidend dafür waren nicht zuletzt der ständige Kontakt zwischen der Bevölkerung und den Aktivbürgern sowie die fast wöchentlichen Besprechungen zwischen den Wohnbauträgern, den politischen Referenten der Stadtplanung und den Baubehörden.

Weiters stellten die Aktivbürger in einer Ausstellung ihre Arbeiten und Konzepte über den Bezirk der Andritzer Bevölkerung vor. Auf Fragebögen wurde die Meinung der Andritzer aufgezeichnet und später analysiert. Nicht ohne Stolz waren wir, als die Bürgermeister aller 3 Parteien der Stadt Graz diese Ausstellung besuchten.

Danach, 1977, entstand das **1. Andritzer Entwicklungskonzept** mit dem Titel „Was Andritz braucht“.

Eine von der Stadtplanung in Auftrag gegebene Bebauungsstudie über Andritz folgte. Die Mappe „Was Andritz braucht“ und die Bebauungsstudie waren auch später Grundlage für die Stellungnahme des Ende 1978 entstandenen Stadtentwicklungskonzeptes. Hier wurden Flächenänderungen, Soziales, Sport, Kultur, Verkehr-, Umwelt- und Naturschutz sowie Ver- und Entsorgung und die Bezirksverwaltung festgelegt.

In der Folge versuchten wir, die Geschehnisse im Bezirk nach diesem Konzept zu beobachten.

Warum ist der Bezirksvorsteher als Verantwortlicher des Bezirkes noch nicht erwähnt worden?

Bei den Aktionen und Gesprächen half er zwar mit, doch der Einsatz der Bürger war meist erfolgreicher. Die Parteidistanz und der vorgesehene Amtsweg, den er zu gehen hatte, verhinderten oft jedes rasche Reagieren auf die anfallenden Probleme.

Außerdem hatten die eher überparteilich

chen Aktivbürger eine große Gruppe der Bevölkerung hinter sich und vermittelten ihre Probleme viel hautnaher.

Nochmals möchte ich sagen, daß die Bezirkspolitiker benachteiligt waren, weil sie oft Opfer dieser direkten Demokratie waren. Die Frage nach Zusammenarbeit und weniger Parteidistanz stand oft im Raum.

Außen der AGFA entstanden auch viele Einzelinitiativen. Die Bewohner des Bezirkes hatten erkannt, was man erreichen kann. So kam es, daß durch die Bemühung einer einzigen Person 3000 Bewohner von Andritz durch ihre Unterschriften für die Wiedererrichtung der Wachstube erfolgreich eingetreten sind. Aktionen und Erfolge in Sachen Errichtung von Spielplätzen, Erhaltung von Wanderwegen, Neubau eines Kindergartens, Kanal- und Wasserversorgung, ein Naturschutz für den Riedteich, Fuß- und Radwegenetz wurden verzeichnet.

Durch diese Aktionen kamen sich Bürger und Politiker näher. Der Politiker erkannte auch, daß konstruktive Zusammenarbeit mit den betroffenen Menschen nützlich sein muß und beschloß deshalb auch, daß Herren des Stadtsenates mit der AGFA halbjährlich Arbeitssitzungen durchführen sollen.

Abschließend möchte ich noch sagen, daß wir nicht als lautest Schreiende Erfolge hatten, sondern vielmehr dadurch, daß konstruktiv an der Gestaltung unseres Bezirkes in Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen gearbeitet wurde und daß das auch den Politikern bewußt wurde.

Laut, im Sinne „von sich reden machen“ wurden wir dann, wenn trotz oftmaligen Interventionen bei der Behörde nichts geschah. Hier suchten wir dann den Weg über die Zeitungen und hatten dabei den gewünschten Erfolg. Welche Erfahrungen machten wir noch?

Die Aktivbürger wurden mit der zunehmenden Arbeit in ihrer Freizeit überfordert. Sie wurden meistens zur Drehscheibe der Initiativen vieler Andritzer (Ombudsmannrolle)

Wir glauben, daß es notwendig wäre, die Verwaltungsfunktionen für den Bezirk neu zu überdenken.

Vorausschauendes Planen und Handeln, als ursächliche Aufgabe der Politiker, wurde in Andritz in den letzten fünf Jahren von den Bürgern selbst mit Erfolg versucht.

NICHT NEUE STRUKTUREN, SONDERN NEUE INHALTE!

Als mich die Einladung erreichte, in diesem Medium zum Thema „Verwaltung“ einen schriftlichen Beitrag zu leisten, drängten sich mir spontan ausschließlich negativ besetzte Begriffe auf. Adjektiva wie bürokratisch, unbeweglich, wirklichkeitsfremd, unnahbar, intolerant, unwirtschaftlich, korrupt begleiteten die erste gedankliche Auseinandersetzung mit der gestellten Aufgabe. Läßt sich mein Empfinden verallgemeinern? Ich fürchte, hier mit einem Ja antworten zu müssen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: die Auseinandersetzung mit dem Thema hat mein primäres Empfinden letztlich nicht bestätigt. Aber gerade als selbst seit beinahe 25 Jahren in der öffentlichen Verwaltung tätiger Mensch scheint mir das Ergebnis des beschriebenen Ersteindrucks ein Signal für eine allgemein bestehende Unzufriedenheit zu sein. Schlagworte wie Demokratieverdrossenheit, Parkinsonismus, Vertrauensschwund in die Politik versuchen, ein latentes Unbehagen zu definieren, dem die Erkenntnis des einzelnen zugrunde liegt, daß die notwendige Regelung der gemeinschaftlichen Lebensbeziehungen in ihrer Praxis nicht mehr stimmt.

Die Notwendigkeit, Verwaltung zu üben, ist untrennbar mit der Existenz des Menschen als sozialbezogenes Wesen verbunden. Die Gesellschaft bedarf zur Bewältigung ihrer gemeinsamen Anliegen einer Ordnung, die sie sich in der bestehenden Verwaltung selbst gegeben hat. Um ihrer Zielsetzung zu entsprechen, haben sich die Organisationsformen der Verwaltung einem Zweck unterzuordnen, sie haben einem gemeinsamen Anliegen zu dienen. Wenn die Verwaltung jedoch die Tendenz zeigt, ihre internen Probleme zum Hauptanliegen ihres Wirkens zu machen, wenn sie die Bewältigung der ihr ursprünglich gestellten Aufgabe den Prämissen ihres Selbstverständnisses unterzuordnen beginnt, wird sie zum Selbstzweck. Zur dienenden Funktion gesellt sich ein die Gemeinschaft belastendes Moment. Aber nicht nur die entstehenden Eigenschaftlichkeiten der Verwaltungsstrukturen, sondern auch die Ansprüche an die Verwaltung sowie die bereits überhöhten und dennoch weiterwachsenden Erwartungen gegenüber den anonymen staatlichen Allgewalt sind für das Entstehen immer komplexerer Organisationsstrukturen, für das Entstehen einer immer größer werdenden

Abhängigkeit von unpersönlichen Apparaten, für die Leistung eines immer höher und daher drückender werden den finanziellen Einsatzes verantwortlich.

Parallel damit verläuft eine nicht unproblematische Entwicklung: Die Übernahme verkaufspychologischer Methoden zur Umsetzung parteipolitischer Anliegen zwingt den Politiker als weisungsbefugtes und daher dominierendes Verwaltungsorgan durch den gegebenen Erfolgszwang in immer untergeordnetere Entscheidungsbereiche. Mit der daraus resultierenden Überforderung des Politikers paart sich der Effekt, daß der die Vollziehungsaufgaben vorbereitende weisungsabhängige Beamte eines persönlichen Engagements in der Erledigung der Dinge entwöhnt wird. Durch die damit verbundenen Erfahrungen beschleunigt sich der aufgezeigte Prozeß.

Besinnung tut not! Es sollen die Leistungen der öffentlichen Hand durch die hier angestellte Betrachtungsweise nicht in Abrede gestellt werden. Diese sind unbestritten gewaltig und ließen sich in beachtlicher Länge auflisten. Gleichfalls gilt es aber auch zu vermeiden, einer fortschreitenden Verkümmерung des Gefühls für die Subsidiarität der öffentlichen Verwaltung Vorschub zu leisten. Die Inanspruchnahme der öffentlichen Hand soll erst dort als gerechtfertigt erachtet werden, wo die Leistungsfähigkeit des einzelnen ihre Grenze gefunden hat. Dem einzelnen bietet sich ein breites Spektrum an Möglichkeiten, hier seinen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten. Aus der Sicht des Verwaltungskonsumenten beginnt dies beim Verzicht auf die Inanspruchnahme grundsätzlich gegebener Leistungsangebote in jenen Fällen, wo eigene Leistungsmöglichkeit noch gegeben ist, und endet beim zumutbaren Dienst am Mitmenschen, bei der Nachbarschaftshilfe. Für den im Verwaltungsgeschehen Stehenden bedeutet dies Bereitschaft zum Machtverzicht und zur Einräumung größerer Entscheidungsfreiraume für nachgeordnete Organe. Wesentliche Bedeutung kommt auch der Bereitschaft zur Übernahme **persönlicher** Verantwortung für die zu treffenden Entscheidungen sowie Bereitschaft zur Identifikation mit der übertragenen Aufgabe zu. Es ist kein Zufall, wenn das Entstehen der großen Korruptionsaffären der letzten Monate auch auf das nach und nach verloren gegangene natürliche Gefühl für Anstand, ethische Werte,

Verantwortungsbewußtsein und Ordnung zurückgeführt wird.

Lassen wir das Suchen nach neuen Verwaltungsstrukturen, durch die wir ein Heil erhoffen, ohne unser (Fehl-) Verhalten ändern zu müssen. Widmen wir in unserer Einstellung dem Subsidiaritätsgedanken breiteren Raum, entwickeln wir eine größere Bereitschaft, unser Wollen auf seine Berechtigung hin abzuwägen. Fühlen wir uns nicht für mehr verantwortlich, als in unserer Einflußmöglichkeit liegt, nehmen wir diesen Bereich aber ernst. Es muß dem vielschichtigen Vertrauensschwund von den Politikern zu den Beamten und umgekehrt, in Politikerkreisen selbst in gleicher Weise wie in Beamtenkreisen und natürlich auch in der Wechselbeziehung Verwaltung und Bevölkerung etwas entgegengesetzt werden. Es gilt, die Anonymität der Verwaltungsapparate zu beseitigen und an deren Stelle Menschlichkeit und ehemals vorhanden gewesene Maßstäbe für Individualität wiederzugewinnen. Das ist ein Hauptanliegen für die Zukunft, dem nachfolgende Forderungen als Schwerpunkte zugrundeliegen könnten:

— Selbstverständliche Pflichterfüllung, Verantwortungsfreude und Mut zum Eingeständnis fundierter Meinungsbildung sollen Passivität und Bequemlichkeit verdrängen.

— Der Beamtenchaft soll der Zugang zu größeren Entscheidungsfreiraumen geöffnet werden unter gleichzeitiger Begründung persönlicher Verantwortung.

Die persönliche Haftung für getroffene Entscheidungen zwingt den Beamten zur offensiven Durchbrechung der Anonymität. Das bedeutet für den Politiker Machtverzicht, für den Beamten größere Rechenschaftspflicht.

— Das Selbstverständnis des Berufsbeamten soll wieder verstärkt darin bestehen, daß sich der entscheidende Beamte in vollem Umfang der zu regelnden Sache verantwortlich fühlen kann (und muß). Die Wiederbelebung der Begriffe Beamtenethic, Anständigkeit und Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit ist damit verbunden.

JUGEND IN DER STADT

Jugend in einer Stadt — was ist sie? Notwendiger Nachwuchs oder anregender Partner? Mitglied einer Gemeinschaft oder Außensteiner einer ganz anders orientierten Gesellschaft? Mit wem lebt — redet — spielt sie? Wird ihr schöpferisches Potential genützt oder wird es von Schule und Elternhaus systematisch vergraben? Wird die Jugend gebraucht oder nur gepflegt? Kann sie sich frei bewegen oder werden ihre Eigeninitiativen durch eine lächerliche Verwaltung und Gesetzgebung erschwert? Wendet sich der weltweite Protest der Jugend gegen eine verfehlte Jugendpolitik oder entsteht er aus ganz anders gearteten Aggressionen?

In den großen Städten, in denen der Blick durch Häuserquadrate eingeengt und die Reibungsflächen größer sind, hat es eine Jugend schwer, ihre Heimat zu sehen. Wenn es nach der Schule oder Arbeit keine Möglichkeiten gibt, sich zusammenzufinden, wenn es womöglich gar nicht genug Ausbildungssätze oder angemessene Arbeitsplätze gibt, die von den Jugendlichen auch als sinnvoll empfunden werden können, wenn sie ihre Freizeit in zu kleinen Wohnungen mit einer verständnislosen älteren Generation verbringen müssen und auch das kulturelle Angebot einer Stadt eher auf eine andere Altersgruppe ausgerichtet ist, wenn musicale Be-tätigung durch Verwaltungsmaßnahmen erschwert oder verhindert wird, dann findet sich eine städtische Jugend in einer Sackgasse wieder.

Ein großes Problem der Jugendlichen liegt darin, daß sie, obwohl keine Minderheit, doch zu jenen Randgruppierungen zu zählen sind, die von einer direkten Einflußnahme ihrer Umgebung bzw. Situation ausgeschlossen sind. Es genügt also nicht, Jugendliche nur mit Information zu versorgen, welche meistens auch noch ausschließlich auf (Problem-)Bereiche des betreffenden Informanten bezogen sind, sondern es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die die Teilnahme von Jugendlichen an Entscheidungsprozessen verbessern. Als Konsequenz zwingt sich daher weiters eine verstärkte Zusammenarbeit all jener Organisationen auf, die sich mit Jugendarbeit bzw. Stellung des Jugendlichen in der Gesellschaft beschäftigen. Die Einbeziehung der Jugendlichen in politische Miterantwortung muß also eine aktive Form sein, die damit auch dem natürlichen Leistungsbedürfnis des, wenn man so will, jungen Erwachsenen entspricht. Die Schwierigkeiten Jugendlicher, das Fremdbild, das sie in Erwachsenen sehen, abzubauen, liegen

sicherlich auch darin begründet, daß ihnen Werte vorgelebt werden, die keine Gültigkeit für sinnvolle Lebensführung haben.

Der Erwachsene weiß auch selbst ganz genau, daß seine Form zu leben, d. h. Freizeit zu konsumieren und zu gestalten, seine Stellung am Arbeitsplatz und seine eigene Familiensituation nicht so sind, wie er sie gern hätte. Auch er könnte sich diese gewiß anders und befriedigender vorstellen. Bloß ist sein Denken und sind seine Gewohnheiten bereits dermaßen etabliert, daß er sich selbst nicht mehr massiv dagegen auflehnt, ja er sich gar nicht mehr dagegen auflehnen kann, weil er nicht Gefahr laufen will, am Arbeitsplatz etwas zu riskieren bzw. überhaupt, als derjenige, der seinen Platz in der Gesellschaft für seine Umgebung bereits unabänderbar eingenommen hat, als Außensteiner dazustehen. Für ihn bleibt aber die Verbitterung und Frustration ob seiner Situation ebenso bestehen, wie der Jugendliche sie empfindet, nur ist er wegen seiner Erfahrungen und negativen Erlebnisse bereits ganz anders abgestumpft als der Jugendliche.

Und hier setzt die Jugend ihre Signale. Aufgrund ihres unerschöpflichen Potentials an Spontaneität und Kreativität und ihres unschüchterlichen Glaubens, Bestehendes besser gestalten zu können, hat sie begonnen, eigene Wege zu gehen.

Der Protest der Jugend gegen eine Welt, in der sie alle ihre Kraft aufwenden muß, um nur den Normen zu genügen, hat sich seit Mai 68 verändert. Eine Generation der Aussteiger ist herangewachsen, die die Erfahrung gemacht hat, daß politische Strukturen kaum veränderbar sind. Sie hat sich in sich selbst zurückgezogen, sie vermeidet das Gespräch mit den Vertretern der Macht, hält es für sinnlos. Sie handelt. Eine eigene Jugendgesellschaft ist entstanden, eine Subkultur außerhalb der Tradition — vielleicht einmal ein Staat im Staate. Die Auflehnung ist keine intellektuelle, sondern eine physische. Es geht auch gar nicht mehr um das Aufwerfen von Fragen und die Diskussion um Autorität und Mitbestimmung, es geht ganz konkret darum, wie unsere Welt in einigen Jahren aussehen wird, es geht um Umweltschutz und die Verhinderung von Atomkraftwerken, um „Instandbesetzung“ von Häusern und sinnvolle Verwendung von Steuergeldern, um Selbsthilfeorganisation und Menschenrechte. Die jugendliche Bereitschaft zu Engagement ist groß, der Trend zum Aktionismus unverkennbar, da dem Politiker seine eigentliche Funktion,

nämlich die Problemlöserfunktion, nicht mehr geglaubt wird. Die politische Alltagspraxis mit ihrer Sowohl-auch-Haltung wird von einer Jugend, die es sich noch leisten kann und will, einseitig zu sein, nicht mehr akzeptiert. Politikerreden fehlt es oft nicht an Stil aber meist an Inhalt. So wird das Aussteigen schließlich zur einzigen Möglichkeit, sich selbst zu finden, sich selbst treu zu bleiben.

Stößt ihr starkes emotionales Engagement aber auf „erwachsenes“ Unverständnis und gesellschaftliche Behinderung, dann wird auch verständlich sein, daß sie sich manchmal in den Methoden vergreift, d. h. gewaltsam wird. Dies ist übrigens etwas, was ihr von Erwachsenen, nur natürlich in wesentlich größerem Ausmaß, genauso vorgelebt wird wie anderes auch. Deswegen darf man Jugendkrawalle, wie sie kürzlich passierten, nicht in der biligen Form abtun, wie dies über die Massenmedien gelauft ist. Hier wurde nur verständnislos mit Rowdytum und anderem negativ behaftetem Vokabular operiert, hilflos das Problem dieser Jugend wunschdenkmäßig auf ausländische „Verführer“ abgewälzt und die Situation überhaupt so dargestellt, als wären die Jugendlichen eine besondere Art von Kriminellen und Feinde der Gesellschaft.

Die jugendlichen Aussteiger haben keine Chance in unseren Städten aus Hirn und Beton, die Angst der (Spieß-)Bürger ist unbegründet. Man steigt ja nicht aus mit dem Kopf, man wandert aus mit dem Gefühl. Das Verhalten dieser Jugend sollte als ein Signal gewertet werden, daß Dinge in unseren Städten nicht richtig laufen; ihr noch unverbrauchtes Gespür für sinnvolles und freudvolleres Leben sollten die Erwachsenen als Angebot sehen, ihr eigenes Unbehagen zu überdenken und vielleicht auch ihr Leben schöner und besser zu gestalten.

FRIEDE DEN HÜTTEN?

Nach den Vorstellungen der Götter des Krainerhauses hätte ich was über Umwelt schreiben sollen. Mir ist nichts Rechtes eingefallen dazu. Das Thema ist zu allgemein und lässt den Fantasieapparat nicht anspringen. Während „Züri bränt“, Berlin seine 100. Hausbesetzung feiert, in Amsterdam einige Monate vor den Wahlen die Caterpillar in die besetzten Häuser hineinfahren, soll ich einen schönen Aufsatz über das „Leben in der Stadt“ fabrizieren? Ich schreibe lieber etwas über die Gewalt, über die Gewalttätigkeit, die in den Städten liegt und die jetzt herauskommt. Nachdem das ein Thema ist, das leicht zu ideologischen Starrkämpfen führen kann, vorweg ein paar literarische Lockerungsübungen.

Zum Aufwärmen eine kurze Passage aus der Rede des Häuptlings Chief Seattle vom Stämme der Duwamish, anno domini 1855:

Der Anblick Eurer Städte schmerzt die Augen des roten Mannes. Vielleicht, weil der rote Mann ein Wilder ist und nicht versteht. Es gibt keine Stille in den Städten der Weißen, keinen Ort, um das Entfalten der Blätter im Frühling zu hören oder das Summen der Insekten. Das Geklapper scheint unsere Ohren zu beleidigen. Was gibt es schon im Leben, wenn man nicht den einsamen Schrei des Ziegenmelkervogels hören kann oder das Gestreite der Frösche am Teich bei Nacht. Ich bin ein roter Mann und verstehe nicht. Der Indianer mag das sanfte Geräusch des Windes, der über eine Teichfläche streicht und den Geruch des Windes, gereinigt vom Mittagsregen oder schwer vom Duft der Kiefern. Die Luft ist kostbar für den roten Mann, denn alle Dinge teilen denselben Atem — das Tier, der Baum, der Mensch.

Der weiße Mann scheint die Luft, die er atmet, nicht zu bemerken, wie ein Mann, der seit vielen Tagen stirbt, ist er abgestumpft gegen den Gestank.

In der Klage des „Wilden“, der beim Anblick der Städte eine körperliche Pein verspürt, kommt bereits der ungeheure gewalttätige Charakter dieser Artifakten des Industriesystems zum Ausdruck. Die im Zuge der großen Akkumulation förmlich explosionsartig entstandenen und gewachsenen Städte sind zu Architektur geronnenen Gewaltstruktur: Sie sind das Milieu, in dem die Disziplinierung des aus den feudalen Strukturen entlassenen, noch mit anarchistischen Elementen behafteten Landbewohners zum Industriearbeiter stattfindet, jene Leistung, auf der unser technischer Fortschritt und

Zivilisation beruht. Der an Arbeitsdisziplin gewohnte Industriearbeiter, zum homo oeconomicus und homo consumens domestiziert, ist der Archetyp der modernen Industriegesellschaft. Ein außerordentlich sublimes Sozialisationsprogramm gewährleistet, daß dieser Sozialcharakter ständig neu reproduziert wird. Solange dieses Programm funktioniert, funktionieren auch die Städte. Aber es scheint, daß in letzter Zeit Sand ins Getriebe der Megamaschine geraten ist.

Kommen wir nun zur zweiten Lockerungsübung, bei der wir uns schon ein wenig erhitzten dürfen:

Wir befinden uns in Ökotopia und schreiben das Jahr 1999. William Weston, ein Top-Reporter aus der alten Welt, hat eine sechswöchige Reise nach Ökotopia unternommen und bekommt dort erstaunliche Dinge zu Gesicht...

Der erste Schock traf mich sofort, als ich die Straße betrat. Über allem lag eine eigenartige Ruhe. Ich hatte erwartet, wenigstens ein bisschen von der erregenden Geschäftigkeit unserer Städte vorzufinden — hupende Autos, heranbrausende Taxis, Menschenmassen, die sich in der Hast des Stadtlebens drängten. Als sich meine Überraschung über die Stille gelegt hatte, mußte ich feststellen, daß sich die Market Street — einst eine belebte Geschäftsstraße, die durch die Stadt bis hinunter ans Meer führte — in eine Promenade mit Tausenden von Bäumen verwandelt hat. Die »Straße« selbst, auf der elektrische Taxis, Kleinbusse und Lieferwagen entlangsumsinn, ist zu einer zweispurigen Winzigkeit zusammengezrumpft. Den verbleibenden riesigen Raum nehmen Radfahrwege, Brunnen, Skulpturen, Kioske und kuriöse, mit Bänken umstellte Gärten ein. Die fast unheimliche Stille wird nur vom Surren der Fahrräder und dem Geschrei von Kindern durchbrochen. Gelegentlich hört man sogar Vogelgesang — und das auf der Hauptstraße der Landesmetropole!

Diese Busse kriechen mit einer Geschwindigkeit von knapp zwanzig Stundenkilometern dahin, verkehren aber etwa alle fünf Minuten. Ein Fahrpreis wird nicht erhoben. Die ländliche Atmosphäre des neuen San Francisco zeigt sich vielleicht am deutlichsten darin, daß sich an der Market Street wie auch an einigen anderen Straßen kleine Flußläufe entlangziehen, die man früher — wie in Städten üblich — mit erheblichem Kostenaufwand in riesige unterirdische Kanalisationsanlagen geleitet hatte. Die Ökotopianer ga-

ben noch mehr Geld aus, um sie wieder ans Tageslicht zu bringen. So sieht man nun an dieser Hauptstraße eine reizende Folge kleiner plätschernder und gurgelnder Wasserfälle und Kanäle, die von Felsen, Bäumen, Bambus und Farnkräutern gesäumt werden. Es gibt viele Bummier, Gaffer und Faulzener — Leute ohne eine erkennbare Beschäftigung, für die die Straße einfach ein einziges großes Wohnzimmer ist. Aber trotz so vieler Herumtreiber findet man auf den ökotopianischen Straßen lächerlicherweise weder Sicherheitstüren noch Pförtner, weder Wachposten noch andere Vorkehrungen gegen Verbrecher und Verbrechen. Und niemand scheint das bei uns so ausgeprägte Bedürfnis zu teilen, im Schutz eines Automobils durch die Stadt zu fahren.

Für den, der kräftige, vorwärtsdrängende, utopisierende Träume mag, ist die Lektüre des ganzen Buches empfehlenswert.

Wie würden sich wohl ökotopianische Stadtväter verhalten, wenn sie vor der Entscheidung stünden, die Tarife für die maroden Verkehrsbetriebe zu erhöhen, die Hauptstraße mit zwanzig Millionen zu verplastern und die Oper mit dem zehnfachen Aufwand zu sanieren? Ich denke, sie würden für Erste geschlossen zurücktreten. Denn der Zorn des Volkes wäre schrecklich. Aber in Graz...

Lockersübung Nr. 3: Zum Kochen und Überschäumen.

Zitat aus „Eisbrecher“, dem Unorgan der Zürcher Jugendbewegung:

Aber all diese Leute spielen mit dem Feuer. Sie sind dumm und verantwortungslos. Zum Brüllen, dieser Rechtsstaat. Wir haben die beste Lektion in Staatskunde erhalten und haben keine Zweifel: diese Lehre wird ihre Früchte tragen.

Wir sind wieder allein.

Moralisch gesehen haben wir das Recht, alles zu machen. Wir waren aber zu naiv, zu meinen, wir kämpften gegen Packeis. In Wirklichkeit ist das, was uns gegenübersteht, ein feiger Misthaufen. Dies ist keine Beleidigung, aber ein moralisches Urteil.

Eisbrecher gegen das Packeis. Was könnte die psychologische Situation der revoltierenden Jugend besser beschreiben, als diese von ihr selbst gewählten Symbole? Packeis, das turmhoch auf den menschlichen Beziehungen lastet, Packeis, das auch ein saturday night fever nicht zum Schmelzen bringen kann, glasklares Schaufensterpackeis, das wie eine fata morgana Beherrlichkeiten erzeugt, die niemals er-

letzten Jahren mehrmals entscheidend zur Verbesserung der Markt-, Absatz- und Preissituation bei Vieh beigetragen.

Sehr wichtig ist, daß wir Produktionsalternativen entwickeln und nützen. Jetzt schon ist die Vielseitigkeit ein besonderes Kennzeichen der steirischen Landwirtschaft; ihre Produkte reichen vom hochwertigen Zucht-, Nutz- und Mastvieh bis zur breiten Palette der pfanzlichen Produkte, wie Mais, Obst, Kren, Ölkürbis, Tabak, Hopfen, Mutterkorn und Heilkräuter. Die Entwicklung solcher Produktionsalternativen ist uns weiterhin ein besonderes Anliegen, an denen die Landesversuchsanlagen Haidegg und Wies gezielt arbeiten. Notwendig ist allerdings die handelspolitische Absicherung dieser Produkte gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Ein von den steirischen Landwirtschaftskammern ausformulierter Gesetzesentwurf, der diesen Schutz bringen würde, liegt dem Parlament vor.

Wir meinen, daß Produktion und Veredelung nicht weit auseinander liegen sollen. Wir wollen unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als Rohware exportieren, sondern möglichst weitgehend veredeln. Die Verarbeitung für den Konsumenten soll aber verstärkt in jenen Gebieten erfolgen, wo die Produkte erzeugt werden. Auch das sichert und schafft Arbeitsplätze.

Von Bedeutung für die Land- und Forstwirtschaft ist auch der Ausbau der Infrastruktur. Leider gibt es noch immer rund 5000 Betriebe, deren Erschließung den heutigen Anforderungen in keiner Weise entspricht. Die Verbesserung der Infrastruktur durch Wegebau und Telefonausbau ist aber eine wichtige Voraussetzung für das Fortbestehen vieler Höfe. Wir wollen daher — vor allem auch durch die Verstärkung der Grenzlandförderung — den bestehenden Nachholbedarf so rasch wie möglich abbauen.

Schließlich müssen wir alle neuen Entwicklungen aufmerksam verfolgen, um Chancen für interessante Produkte rechtzeitig ergreifen zu können. Im besonderen trifft das auf die Energieversorgung zu. Sobald die laufenden Versuche mit Energie aus Biomasse (z. B. Holzschnitzel, Stroh, Jauche und Mist) verlässliche Ergebnisse für die Praxis bringen, wird es notwendig sein, diese neuen Formen der Energieerzeugung zu fördern.

Mit diesem Maßnahmenbündel wollen wir der steirischen Bauernschaft eine gute Entwicklung sichern. Wir wissen, daß dies auch im Interesse der Allgemeinheit ist. Denn nur der Bauernstand garantiert die Pflege und Erhaltung unserer Kultur- und Erholungslandschaft, die für das Wohl der Gesamtbevölkerung zunehmend von Bedeutung ist.

Rupert Buchberger

MODELL STEIERMARK: VORSTELLUNGEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

In erfolgreiches, politisches Handeln setzt voraus, daß die Hauptverantwortlichen in einer Zeit des raschen Wandels nüchtern den Standort bestimmen, nach festen Grundsätzen handeln und klare Zielvorstellungen haben. Die Steirische Volkspartei hat gemeinsam mit dem Steirischen Bauernbund und mit Menschen aus anderen Berufen, die Interesse an entsprechender Weiterentwicklung des Landes haben, die Probleme und die Zielvorstellungen des Landes erhoben, diskutiert und schließlich in einem eigenen Punkt im Modell Steiermark festgehalten. Das Kapitel heißt: „Ländlicher Raum“ und geht über die unmittelbaren Bereiche der Land- und Forstwirtschaft hinaus. Dies ist gut so, denn ein Blick in die Praxis zeigt, daß im gesellschaftlichen Sinn eine klare Abgrenzung zwischen ländlichem Raum und städtischem Raum nicht mehr möglich ist. Die Lebensformen greifen zunehmend ineinander. Eine harmonische Entwicklung ist nur dann möglich, wenn die ländlichen Gebiete den gleichen Rang haben wie Städte und Ballungszentren. Die bürgerlichen Betriebe garantieren in einem hohen Maß die Besiedlungsdichte, die Erhaltung der Infrastruktur und die Sicherung einer intakten Erholungslandschaft. Die Bauern können diese Aufgaben allerdings nicht mehr allein bewältigen. Tatsache ist, daß es ohne Bauern langfristig keinen funktionsfähigen ländlichen Raum geben würde und die Bauern nicht ohne intakte ländlichen Raum existieren können. Diese Wechselbeziehung soll die Basis für alle Maßnahmen sein.

In Österreich leben 45 Prozent der Wohnbevölkerung im ländlichen Raum. Dieser macht 90 Prozent des Bundesgebietes aus. In der Steiermark sind 93 Prozent von 16.000 km² ländlicher Raum. Dort leben 60 Prozent der gesamten Bevölkerung der Steiermark.

Hauptsorge: Außer- und innerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze

Wir müssen in Zukunft mit größeren Arbeitsmarktproblemen rechnen.

Nach einer Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen wäre in Österreich bis zur Mitte der 80er Jahre ein kaum erzielbares Wirtschafts-

wachstum von 3,5 Prozent notwendig, damit alle Arbeitssuchenden Arbeitsplätze finden.

Dazu kommt eine unterschiedliche regionale Entwicklung. In den Ballungszentren ist in den nächsten Jahren mit einem Überangebot an Arbeitsplätzen zu rechnen. In ländlichen Gebieten werden demgegenüber bis 1985 rund 200.000 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze fehlen.

In dieser Situation kann auf die Beschäftigungswirkungen der Land- und Forstwirtschaft nicht verzichtet werden. Die Land- und Forstwirtschaft ist in den ländlichen Gebieten nach wie vor der stärkste Wirtschaftszweig. Welche arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft aber letztlich zukommt, wird neben den natürlichen und wirtschaftlichen auch von den agrarpolitischen Rahmenbedingungen bestimmt. Sie sind derzeit noch nicht so gesetzt, daß davon ein besonderer Impuls auf die Beschäftigungswirkung der Land- und Forstwirtschaft ausgeht.

Die bäuerliche Interessenvertretung versteht sich mit als ein Anwalt für den ländlichen Raum, weil er der Lebens- und Wirtschaftsraum der bäuerlichen Bevölkerung ist.

Aus unmittelbarer interessenpolitischer Sicht geht es der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft darum:

- die Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft zu sichern;
- die Interessen jenes Teiles der bäuerlichen Bevölkerung zu wahren, der durch die zunehmend schlechtere Beschäftigungslage besonders betroffen ist. Dazu zählen viele Nebenerwerbslandwirte, deren außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplatz unsicher wird. Dazu gehören aber auch viele bäuerliche Jugendliche, die keine außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze finden. Diese verdeckte, zurückgestaute Arbeitslosigkeit belastet die wirtschaftliche und soziale Situation der Land- und Forstwirtschaft.

Lösungsmöglichkeiten im außerlandwirtschaftlichen Bereich sind nach unserer Ansicht:

- Kurzfristig sollen politische Entscheidungen so gefällt und mittel- bis langfristig ordnungspolitische Rahmenbedingungen so gesetzt werden, daß dem ländlichen Raum bessere Chancen im Wettbewerb um Wirt-

schaftspotentiale und Förderung eingräumt werden.

■ Die Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum soll sowohl auf die Ansiedlung neuer Betriebe als auch auf das Wachstum bereits ansässiger Unternehmen ausgerichtet sein. Ich bin mir darüber bewußt, daß dies eine sehr schwere Aufgabe ist.

■ Das Förderinstrumentarium soll die Entwicklung neuer Produkte und die Erschließung neuer Märkte für die Betriebe im ländlichen Raum unterstützen.

Lösungsmöglichkeiten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft liegen nach unserer Ansicht:

■ in der Erschließung von Wertschöpfungsmöglichkeiten

— über den agrarischen Außenhandel, der in den letzten Jahren ein Defizit von 12 bis 14 Milliarden Schilling verzeichnete sowie

— über die Einführung von Produktionsalternativen, wozu wir mit der Förderung der Spezialkulturen längst den richtigen Weg eingeschlagen haben. Außerdem hat die Bauernvertretung ein Ölsaatenprojekt, ein Obst- und Gemüsegesetz, das den berechtigten Schutz vor übermächtiger ausländischer Konkurrenz bieten soll, sowie ein grünes Energieprogramm ausgearbeitet. Wesentlich sind nun die entsprechenden Schritte auf Bundesebene.

■ in der verstärkten Verarbeitung von land- und forstwirtschaftlichen Produkten, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohwaren zu konsumfertigen Erzeugnissen in den ländlichen Gebieten der Steiermark.

und Ausland als Beispiel gegolten und Nachahmung gefunden hat. Besonders zu nennen sind die Besitzfestigungsaktion, der Bau von Hofzufahrtswegen sowie die Wegeinstandhaltung, die Almwirtschafts- und Forstwirtschaftsförderung, die Förderung des Rinderabsetzes und schließlich die Einführung von Bergbauerausgleichszahlungen des Landes auf Grund des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes vom Jahre 1976.

Damit sollen zum Teil die erschweren Produktionsbedingungen abgegolten werden. Viele steirische Bergbauern und viele Regionen brauchen aber auch in Hinkunft genauso jene Unterstützung wie bisher, wenn die Höfe bestehen und die Landwirtschaft offen bleiben soll.

Der zweite Schwerpunkt der steirischen Agrarförderung gilt dem Grenzland. Ein besonderes Merkmal des steirischen Grenzlandes ist die bäuerliche Kleinstruktur. Dies geht allein aus zwei Zahlen hervor: Nach einer Betriebszählung im Jahr 1980 gibt es in allen obersteirischen Bezirken zusammen 13.075 Bauernhöfe. Im Gegensatz dazu wurden allein in den Bezirken Feldbach und Radkersburg zusammen 12.800 gezählt. Rund zwei Drittel der Höfe im Grenzland haben weniger als 10 Hektar Nutzfläche. Grundzukauf und Pacht sind meist nicht möglich. Viele Landwirte sind auf Grund der geringen Betriebsgröße daher gezwungen, einem außerlandwirtschaftlichen Haupterwerb nachzugehen. Allerdings fehlt es vielfach an industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen, und auch die „Pendlerfernern“ sind oft unzumutbar weit.

Unter diesen Gesichtspunkten ist es notwendig und zweckmäßig, der „innerbetrieblichen Betriebsaufstockung“ größtes Augenmerk zuzuwenden. Eine Reihe von Spezialkulturen bietet sich hierfür an. Sie sind zwar arbeitsintensiv, aber gleichzeitig einkommensstark. Man kann mit ihnen von kleiner Fläche gleich viel erwirtschaften wie in doppelter oder dreifacher Betriebsgröße bei Rinderhaltung oder Getreidebau und ähnlichem.

— „Mach aus einem Hektar zwei!“ — Derzeit helfen die Sonderkulturen rund 12.000 Familien die Existenz zur Gänze oder zum Teil sichern. Derzeit gibt es im steirischen Grenzland etwa 17.500 ha hohertrags- und arbeitsintensive Spezialkulturen. Es könnten noch mehr sein, wenn der entsprechende, berechtigte Außenhandelsschutz gegeben wäre.

len auch:

- der Ausbau des ländlichen Schulwesens sowie der Bildungshäuser und anderer kultureller Einrichtungen;
- die Erhaltung der Landschule und der Pfarrzentren;
- die kommunalpolitischen Maßnahmen entsprechend dem Raumordnungsgesetz;
- die Bemühungen um ein landschaftsgerechtes Bauen;
- die Verbesserung der sozialen Situation;
- die Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs, wozu mir die Kooperation des Gewerbes und der Bauernschaft besonders wichtig erscheint;
- die Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere des Wege-, Straßen- und des Telefonnetzes sowie
- die Förderung der örtlichen Vereine.

Zusammengefaßt ist eines besonders erfreulich: Die Menschen in den Städten und Ballungszentren haben weitgehend erkannt, daß sie den ländlichen Raum als Ausgleich brauchen. Damit besteht auch berechtigte Hoffnung, daß das Verständnis für die Förderung des ländlichen Raumes und insbesondere auch der Land- und Forstwirtschaft wächst. Die klaren Zielvorstellungen sind im Modell Steiermark zusammengefaßt.

Zwei Sonderaufgaben

Bei der Politik für den ländlichen Raum und die Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zeichnen sich zwei ganz besondere Aufgaben ab: Die Maßnahmen und die Arbeit für die Berggebiete und für das Grenzland. Laut einer Betriebszählung der Kammer gab es im Jahr 1980 in der Steiermark rund 65.000 Bauernhöfe. Davon sind mehr als 30.000 im Bereich des steirischen Grenzlandes und rund 20.000 als Bergbauernbetriebe einzustufen.

75% Berg- oder Grenzlandbauern

Grob gesehen sind drei Viertel aller steirischen Bauern Berg- oder Grenzlandbauern. Die Steiermark hat seit langem der Bergbauernförderung besondere Bedeutung zugemessen. 48 Prozent des steirischen Rinderbestandes, das sind 220.000 Stück, stehen in Bergbauernbetrieben; 53 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden von Bergbauern bewirtschaftet. Ich erinnere an die Schaffung der Umstellungskontrolle Anfang der 50er Jahre, die im In-

Bildung — Dorf — Infrastruktur

Zu wesentlichen Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raumes, wie sie auch im Modell Steiermark im einzelnen zusammengefaßt sind, zäh-



MANSHOLT II ODER NEUE BÄUERLICHE SOLIDARITÄT?

Die Veröffentlichung des sogenannten „Mansholt-Planes“ im Jahr 1968 stellte den Gipelpunkt einer bestimmten Richtung der agrarpolitischen Vorstellungen in den Sechziger-Jahren dar. Ziel dieser agrarpolitischen Richtung war:

- „Gesundschrumpfen“ der Landwirtschaft;
- Rationalisierung durch Einsatz von Technik und Vergrößerung der Betriebe;
- Industrialisierung auch der landwirtschaftlichen Produktion.

Man sprach damals sehr viel vom Diktat der Technik und der Notwendigkeit wirtschaftlicher Konzentration. Die bäuerliche Landwirtschaft wurde gerne als konservativ und überholt apostrophiert. Diese Denksätze sind auch in verschiedenen Papieren, z. B. der Arbeiterkammer oder des SPO-Wirtschaftsprogrammes von 1968 erkennbar.

Bei Bekanntwerden des Mansholt-Planes sagte der damalige Präsident des Österreichischen Bauernbundes und steirische Kammerpräsident Josef Wallner ein sehr klares Wort: „Mansholt ist kein Prophet“.

Dieses Wort wurde von Sicco Mansholt selbst sehr bald bestätigt: Bereits 1972 erklärte er selbst, daß es gefährlich wäre, die Landwirtschaft nur nach ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten.

Nach wie vor geistern jedoch jene Ideen, die seinerzeit zum Mansholt-Plan geführt haben, durch die agrarpolitische Diskussion. Agrartechnokraten der EG lassen noch manchmal verlauten, daß in Westeuropa einige Millionen Hektar aus der Produktion genommen werden müßten und eine radikale Vergrößerung der Betriebe notwendig wäre. Aber auch bei der in Österreich geführten Diskussion über eine Begrenzung der Massentierhaltung war vor allem von Vertretern der Arbeiterkammer und des ÖGB zu hören, daß der Trend zur industriellen Produktion im Interesse einer billigstmöglichen Versorgung nicht gebremst werden dürfe.

Neue Denksätze in den Siebzigerjahren

Gegenüber dem einseitigen Wachstumsdenken der Sechzigerjahre traten in den Siebzigerjahren eine Reihe neuer Denksätze stärker in den Vordergrund.

Das stärkste Signal in dieser Richtung

brachten die Aussagen des „Club of Rome“ über die „Grenzen des Wachstums“.

Durch den Energieschock des Jahres 1973 wurden die abstrakten Überlegungen der Professoren in der rauen Wirklichkeit der Wirtschaftspolitik deutlich unterstrichen.

Die Bewegung der sogenannten „Grünen“ stellte im Laufe der Jahre die Problematik des Umweltschutzes sehr stark in den Vordergrund bis hin zu den vorwiegend emotional und irrational geführten Auseinandersetzungen um die Atomenergie.

Im Zusammenhang mit diesen neuen geistigen Strömungen werden aber auch die Fragen nach dem Ziel und Sinn des Lebens bzw. des Wirtschafts wieder deutlicher und radikaler gestellt.

Steigende Widersprüche

Vor allem die weltweite Entwicklung ist durch immer größer werdende Unsicherheiten und Gegensätze gekennzeichnet. Nicht nur innerhalb des sogenannten Nord-Süd-Dialogs, sondern auf verschiedenen Ebenen werden die Fragen einer neuen weltweiten Umverteilung diskutiert. Neue Machtstrukturen — nicht nur im Zusammenhang mit den erdölproduzierenden Staaten — zeichnen sich ab. Einige dieser Entwicklungen haben zumindest etwas längerfristig auch eine unmittelbare Bedeutung für die österreichische Landwirtschaft.

Steigender Widerspruch zwischen Hunger und Überfluss

Während die EG allein über den gemeinsam finanzierten Ausgleichs- und Garantiefonds umgerechnet etwa 240 Milliarden Schilling vorwiegend für die Absatzfinanzierung im Bereich des Agrarmarktes aufwendet, stelle der Generaldirektor der FAO Saouma im November 1980 wörtlich folgendes fest: „Nur wenn die Landwirte die Anbaufläche auf das Höchstmaß ausweiten, wenn die Witterung günstig ausfällt, wenn die Ernten gut sind, sich die Fracht- und Transportengpasse auflösen und die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stehen, werden wir in der Lage sein, 1981/82 eine Welternährungskrise von besorgniserregenden Ausmaßen abzuwenden“. Die europäische Landwirtschaftsorganisation CEA sprach daher bei ihrer Generalversammlung im Herbst 1980 in Innsbruck mit Recht davon, daß

„die schrillsten Gegensätze im Auseinanderlaufen zwischen Hunger und Überschuß“ festzustellen sind.

Nach Schätzungen der Weltbank wird 1990 bei den unversorgten Staaten allein bei Getreide ein Importbedarf in Höhe von 100 bis 130 Millionen Tonnen Brotgetreide bestehen, was etwa dem 200 bis 250-fachen Jahresbedarf Österreichs am Brotgetreide entspricht. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß durch die natürlichen und gesellschaftlichen Begrenzungen der Produktionsmöglichkeiten in den tropischen und subtropischen Zonen die Versorgung der Menschheit mit Nahrungsmitteln nur durch eine volle Produktionsleistung der gemäßigten Zonen gewährleisten werden kann. Praktisch formuliert heißt das: Die seinerzeitige Vorstellung einer Arbeitsteilung zwischen Industriestaaten einerseits und der Agrarproduktion in den sogenannten Entwicklungsländern andererseits ist irreale. Wir brauchen im Gegen teil die volle agrarische Produktionsleistung der Industriestaaten.

Die Konsequenz für Österreich:

Die hohe Bedeutung einer möglichst großen Unabhängigkeit und Selbständigkeit in der Versorgung mit Nahrungsmitteln aus der einheimischen Landwirtschaft sollte endlich von allen Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik nicht nur erkannt, sondern auch respektiert werden. Die Gefahr des Weiterwirkens falscher Denkschablonen in Richtung der schon skizzierten Arbeitsteilung, hic Industriestataaten, da Agrarländer, ist in unserem Land leider sowohl bei Publizisten wie auch bei wirtschaftlichen und politischen Verantwortungsträgern nach wie vor vorhanden.

Steigender Widerspruch zwischen „Ökonomie“ und „Ökologie“

Wir bekennen uns zur Notwendigkeit des produktionstechnischen Fortschritts in der Landwirtschaft und sollten nicht übersehen, daß diese Entscheidung sowohl für die Bauern wie vor allem für die Konsumenten positive Auswirkungen gebracht hat. Die Leistungen der österreichischen Landwirtschaft innerhalb der vergangenen 3 Jahrzehnte sind überaus beachtlich. Zwischen 1951 und 1979 ist die Zahl der Haupterwerbstätigten in der Land- und Forstwirtschaft von 1 Millionen auf etwa 300.000 zurückgegangen. Während ein österreichischer Landwirt

im Jahr 1951 die Nahrungsmittel für 4 Konsumenten erzeugte, waren es 1978 21 Konsumenten und wird 1 österreichischer Bauer 1985 voraussichtlich 28 Konsumenten versorgen können.

Während zwischen 1964 und 1978 die Arbeitsproduktivität in der gesamten österreichischen Wirtschaft um etwa 76 Prozent gestiegen ist, betrug die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft etwa 135 Prozent. Die Erträge in der Landwirtschaft wurden seit 1950 ungefähr verdoppelt.

Was wir vor allem sehen müssen, ist die Tatsache, daß die gewaltige Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und für den steigenden Wohlstand der gesamten österreichischen Bevölkerung darstellt.

Aus Versuchsergebnissen wissen wir, daß nach wie vor beachtliche Produktionsreserven in der Landwirtschaft vorhanden sind.

Ein Vergleich zwischen derzeitigen Erträgen und Ergebnissen von Feldversuchen ergibt z. B. folgendes Bild:

■ Getreide: Durchschnittserträge 1978 35 Zentner, Feldversuche 80 bis 110 Zentner.

■ Körnermais: Durchschnittserträge 1978 70 Zentner, Feldversuche 150 bis 250 Zentner.

■ Kartoffel: Durchschnittserträge 1978 240 Zentner, Feldversuche 700 bis 900 Zentner.

Ohne Überbewertung dieser Versuchsergebnisse ergibt sich daraus die Tatsache, daß der gewaltigen Möglichkeit weiterer Ertragssteigerungen eine im wesentlichen stagnierende Inlandsnachfrage gegenübersteht und daher die Probleme des Überangebotes an Agrarprodukten weiterhin zunehmen werden.

Andererseits werden aber die Probleme des produktionstechnischen Fortschrittes in der Landwirtschaft heute deutlicher bewußt:

■ Verringerung der Bodenfruchtbarkeit;

■ sinkender Humusgehalt;

■ Resistenz von Schädlingen und Krankheiten;

■ Beeinträchtigung der Artenvielfalt;

■ Probleme der Qualität.

Ganz allgemein ist eine gewisse steigende Skepsis gegenüber Technik und Chemie erkennbar und vor allem eine enorme Unsicherheit innerhalb der Konsumentenschaft.

Es gibt auf der anderen Seite die extremen Ansätze des sogenannten „alternativen Landbaus“, welcher das Rad des produktionstechnischen Fortschrittes wieder zur Gänze zurückdrehen möchte. Auch das kann nicht der Weg sein, sondern bestenfalls als „Spezialität“ für die Erfüllung einer bestimmten sehr eng begrenzten Nachfrage zutreffen.

Im Österreichischen Bauernbund be-

kennen wir uns ganz ausdrücklich dazu, daß die Wirtschaftspolitik die Aufgabe hat, gestaltend in die Entwicklung einzugreifen und Entwicklungen zu verhindern, die wir sowohl im Interesse der Bauern wie auch im Interesse der Konsumenten nicht haben wollen. Ich habe mich in dieser Frage persönlich stark exponiert und werde es auch weiterhin tun.

Unser Ziel ist eine gewisse Akzentverschiebung von der steigenden Massenproduktion hin zu einer verstärkten Verbesserung der Qualität. Wir glauben, daß dieses Ziel im Einklang mit den steigenden Ansprüchen und der steigenden Kaufkraft der Konsumenten steht. Im Klartext heißt dies, daß eine hohe Sicherheit hinsichtlich der Qualität nicht zu Billigpreisen möglich ist. Hier gilt es, vor allem auch die offenen Flanken bezüglich der Importe besser als bisher zu schließen.

Die Konsequenz für die österreichische Agrarpolitik aus dieser Entwicklung sehen wir darin, daß sich für die bäuerliche Form der Landwirtschaft neue Chancen ergeben, weil sie den Vorteil der

- Überschaubarkeit
- persönlichen Verantwortung
- Nachhaltigkeit in der Bewirtschaftung
- persönlichen Bindung zur Natur aufzuweisen hat.

Ein aktueller Versuch der Leistungsfähigkeit der bäuerlich strukturierten österreichischen Landwirtschaft mit der beispielweise groß strukturierten Landwirtschaft in den Oststaaten fällt mehr als deutlich aus.

Strukturwandel in der österreichischen Landwirtschaft

Einer sehr starken Abnahme der Befruchtungen in der Landwirtschaft steht eine fast gleichbleibende Zahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe gegenüber. Das heißt, die Auswirkungen des Strukturwandels haben sich vor allem in eine Änderung der Erwerbsstruktur niedergeschlagen: Während der Anteil an Nebenerwerbsbetrieben in der österreichischen Landwirtschaft 1970 bei etwa 40 Prozent gelegen war, dürfte er nun schon über 60 Prozent betragen.

Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang eine sehr bedenkliche Verschiebung innerhalb der Altersstruktur, wodurch die Schärfe des Strukturwandels in einem hohen Maß verschleiert wird. Während zum Beispiel in der Steiermark zwischen 1970 und 1976 die Zahl der hauptberuflich oder überwiegend in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten insgesamt um 22% zurückging, betrug der Rückgang im gleichen Zeitraum bei den unter 35-jährigen 41 Prozent! Die gesamtösterreichische Entwicklung verlief ähnlich. Das heißt, die Abwanderung ist in Wirklichkeit wesentlich stärker als das in-

folge der Generationsverschiebung derzeit erkennbar ist.

Neue wirtschaftliche Situation erfordert Umdenken gegenüber der Landwirtschaft

Während die derzeit in Österreich herrschenden Kräfte gegenüber der Landwirtschaft nach wie vor auf dem Standpunkt stehen:

Viel importieren, damit die Preise niedrig bleiben;
die Abwanderung aus der Landwirtschaft gehört zu einem modernen Industriestaat;
haben wir seit 1975 eine geänderte wirtschaftliche Situation.

■ Die Gefährdung der Arbeitsplätze ist in Bereichen der Industrie am größten,

■ daher ein verstärkter Druck auf den Arbeitsmarkt

■ die Handelsbilanz hat sich in einem besorgniserregendem Ausmaß verschlechtert.

Für die ländlichen Regionen ergibt sich aus dieser Entwicklung eine zusätzliche Gefahr: Gerade die wirtschaftlich schwächeren ländlichen Gebiete werden von den Problemen auf dem Arbeitsmarkt besonders nachteilig betroffen. Während zum Beispiel im Jahr 1975 in den Ballungsgebieten 200 Arbeitslose auf 100 offene Stellen kamen, waren es in den „Agrargebieten“ 500 Arbeitslose je 100 offene Stellen. Aktuelle wirtschaftspolitische Entscheidungen, wie die Milliarden für General Motors oder das geplante Konferenzzentrum in Wien verschärfen diese Entwicklung.

Für die Landwirtschaft ergibt sich daraus die große Gefahr, daß ein Rückstau von Arbeitskräften eintritt, ohne daß zusätzliche Einkommensmöglichkeiten in der Landwirtschaft geschaffen werden. Das muß dann zu weiteren Einkommensverlusten je Kopf führen.

Die positiven Möglichkeiten in der Landwirtschaft ausnutzen

Es sollte von den Verantwortlichen der Wirtschaftspolitik endlich erkannt werden, daß sich in der Land- und Forstwirtschaft eine Reihe positiver Möglichkeiten zur Bewältigung der aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme anbieten:

■ Positive Arbeitsplatzpolitik in der Landwirtschaft, vor allem durch den Ausbau der Spezialkulturen und der Verarbeitung.

■ Verbesserung der Handelsbilanz durch den Ersatz von Nahrungsmittelinführungen und eine zieltreibige Exportpolitik:

Ausbau des Ölsaatenanbaus, Sicherung des Anbaues bei Obst, Gemüse und Spezialkulturen, Ersatz der Einführungen bei Eiern und Eiprodukten, Geflügel und Kalbfleisch, Aufbau einer österreichischen Verarbeitungsindustrie bei Nahrungsmittel, Sicherung

der notwendigen Exporte bei Vieh, Milchprodukten, Getreide, Wein usw.

■ Energieproduktion aus land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffen:

Nachdrückliche Förderung der verschiedenen Möglichkeiten zur Energiegewinnung aus land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffen.

Es wäre angebracht, daß der Landwirtschaftsminister weniger über Möglichkeiten der Extensivierung und der Produktionsbegrenzung nachdenkt, sondern sich mehr über neue Möglichkeiten den Kopf zerbricht.

Neue bäuerliche Solidarität

Der Schwerpunkt für die künftige Entwicklung muß in der Förderung der Eigeninitiative und der verschiedenen Formen der Zusammenarbeit liegen. Die Bewältigung der Zukunftsaufgaben kann sicher nicht durch ein immer stärkeres Abschieben auf den Staat und damit eine Vermehrung der Staatsausgaben erfolgen.

Wir sehen daher folgende politische Alternativen als notwendig an:

- Förderung der Eigenständigkeit und Eigenverantwortung.
- Unterstützung aller Initiativen auf einer möglichst breiten Ebene.
- Förderung neuer Ideen, Suche nach neuen Möglichkeiten.

Das ist auch das vorrangige Ziel der Aktion: „Lebenschancen im ländlichen Raum“, die vom Österreichischen Bauernbund gestartet wurde. Etwa 300 Mitarbeiter, eine Mischung aus Politikern, Fachleuten und Praktikern wirken in 9 Arbeitskreisen mit. Es geht darum, die Vielfalt der Probleme möglichst genau zu erfassen, die vorhandenen positiven Beispiele, zu deren Bewältigung von der Privatiniziative über die verschiedenen Gemeinschaftsformen bis zur Gemeinde und Landespolitik möglichst breit bewußt zu machen und letztlich auch die notwendigen bundespolitischen Aufgaben genau und konkret festzulegen.

Wie steht es mit der Solidarität innerhalb der Bauernschaft?

Die Arbeitsteilung und Spezialisierung hat zumindest vordergründig in der Landwirtschaft eher zu einer Aufsplitterung der Interessen geführt. Diese Tatsache wird von der SPÖ politisch durchaus geschickt geschaert, das Spiel mit den Neidkomplexen gehört zur Taktik der SPÖ.

Die Bewältigung der Zukunftsaufgaben erfordert aber unbedingt mehr und neue Formen der Solidarität, der Gemeinschaft, des Zusammenhalts innerhalb der Bauernschaft und darüber hinaus innerhalb der gesamten ländlichen Bevölkerung.

- Die wichtigste Form der bäuerlichen Solidarität ist und bleibt unser landwirtschaftliches Genossenschaftswesen. Wir müssen alles dazu beitragen, daß die breite Verankerung unse-

res Genossenschaftswesens erhalten bleibt und das Verständnis zwischen den Bauern und ihren genossenschaftlichen Einrichtungen weiter gefördert wird.

■ Die Entwicklung und die verschiedenen Anforderungen im Bereich der Technik, der Erzeugung und der Vermarktung wie der Arbeitsbelastung machen es notwendig, auch immer wieder nach neuen Gemeinschaftsformen zur Bewältigung der Probleme Ausschau zu halten. Der Initiative und der Phantasie soll hier breiter Raum gegeben sein.

■ Solidarität im ländlichen Raum: Viele Probleme berühren alle am Land wohnenden Menschen in ähnlicher Weise (Arbeitsplätze, Schulen, ärztliche Versorgung, Versorgung mit Dienstleistungen usw.). Es ist daher notwendig, neue Formen der Gemeinschaftsbildung innerhalb der Landbevölkerung anzustreben und andererseits auch nach Formen der Zusammenarbeit oder zumindest der Verständigung zwischen Stadt und Land Ausschau zu halten.

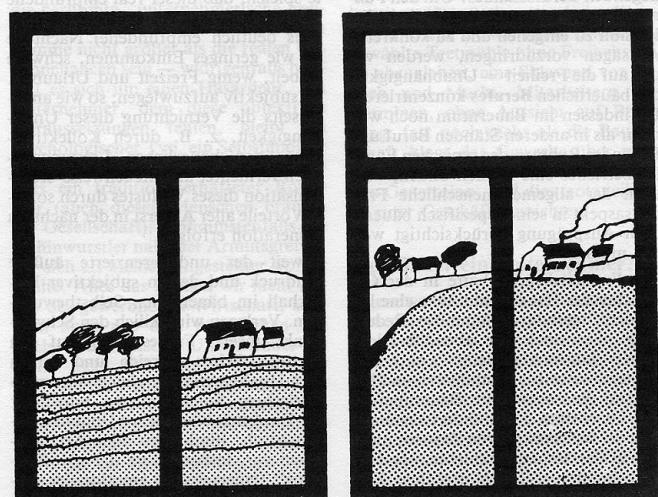
Der bäuerlichen Landwirtschaft sind für die Zukunft echte Chancen gegeben:

- Durch ihre Überlegenheit im Leistungswillen und in der Leistungsfähigkeit;
- durch die starke persönliche Verantwortung;
- dadurch, daß sie den neuen Anforderungen nach Umweltbewußtsein, Nachhaltigkeit und Sicherheit besser entspricht.

Eine Voraussetzung dafür, um diese Chancen nutzen zu können, liegt jedoch darin, die strukturellen Nachteile hinsichtlich der Technik und des Marktes durch Gemeinschaftsbildung

und organisatorische Maßnahmen auszugleichen.

Daher ein JA zur neuen bäuerlichen Solidarität!



DER FREIE BAUER — UTOPIE ODER WIRKLICHKEIT?

Die Ideologie der Bauernfreiheit

Freiheit" ist ein unendlich facettenreiches, schier unerschöpfliches Thema der Philosophie, einer jener „überwertigen“ Begriffe (wie etwa auch „Gleichheit“ oder „Gerechtigkeit“), bei denen die letzte Einsicht wohl darin besteht, daß eine eindeutige, universell anwendbare Weisensbestimmung wohl unmöglich ist. Praktisch läßt sich Freiheit oder deren Mangel immer nur von Fall zu Fall sowie in bezug auf bestimmte Freiheitsbereiche feststellen, mit dem ernüchternen Ergebnis, daß sich Freiheit und Unfreiheit in der Lebenswirklichkeit immer als etwas relatives, bedingtes, partielles darstellen: Freiheit wie Unfreiheit verwirklichen sich somit graduell und bereichsmäßig, sie erweisen sich als teilbar, und das ist gut so: denn sonst müßten die Menschen angesichts der Nichtrealisierbarkeit totaler Freiheit in totaler Knechtschaft leben...

26 Doch nun zu unserem viel spezielleren Thema: der Freiheit des **Bauern**. Gleich erhebt sich die Frage: von welchem bürgerlichen Freiheitsaspekt soll gesprochen werden — von der allgemeinen persönlichen Freiheit des bürgerlichen Menschen, oder von der **spezifischen** Freiheit des Bauern als Vertreter eines bestimmten, einer Vielzahl konkreter Sonderbedingungen unterliegenden Berufsstandes? Um den Fußangeln der allgemeinen Freiheitsdiskussion zu entgehen und zu konkreten Aussagen vorzudringen, werden wir uns auf die Freiheit = Unabhängigkeit des bürgerlichen **Berufes** konzentrieren. Da indessen im Bauerntum noch weit mehr als in anderen Ständen Beruf und Leben im Rahmen des typischen Familienbetriebes eine Einheit bilden, wird auch der allgemeinmenschliche Freiheitsaspekt in seiner spezifisch bürgerlichen Ausprägung berücksichtigt werden müssen.

Der Freiheitsbegriff hatte in der Geschichte des Bauerntums stets eine besondere, geradezu numinose Bedeutung: war doch der abendländische Bauer jahrhundertlang „unfreier“ Hintersasse seines Grundherrn und bedeutete die sogenannte Bauernbefreiung im vorigen Jahrhundert demnach eine der ausgeprägtesten Zäsuren nicht nur in der Bauergeschichte, sondern auch in der realen bürgerlichen Existenz. Wieweit diese typisch liberalisti-

sche „Befreiung“ ihren Namen wirklich verdiente oder insofern Ideologie war, als sie nur alte, persönlichkeitsnahe Abhängigkeiten mit neuen, persönlichkeitsernen vertauschte, sei hier nicht näher untersucht — denn das wäre ein Thema für sich. Tatsache ist, daß der Bauer auch heute noch „physiognomisch“, von außen und aus der Ferne gesehen, vielen als Inbegriff von Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erscheint — „Herrn auf eigener Scholle“, in Mitteleuropa tatsächlich eher als andernorts: denn in ausgeprägtem Gegensatz etwa zu mediterranen oder gar asiatischen und lateinamerikanischen Verhältnissen überwiegt bei uns der bürgerliche Eigenbesitz, der Landwirt bewirtschaftet eigenen Boden, eigenes Kapital, ist keinem Grund- oder Pachttherrn untertan und dessen Willkür ausgeliefert, sondern sein eigener Herr — im ganzen ambivalenten Sinne von „Herrschaft“. Das Gut eines mitteleuropäischen Bauern ist als solches, in seiner konkreten Überschaubarkeit, tatsächlich voll in seiner Verfügungsgewalt (oder umgekehrt: der Bauer als alleinige Arbeitskraft in der reinen Verfügungsgewalt seines Gutes — doch davon später), und tatsächlich haben soziologische Erhebungen in den verschiedensten Ländern mit bürgerlicher Agrarverfassung gezeigt, daß „Unabhängigkeit“, „selbstbestimmtes Arbeitsleben“ im und für das bürgerliche Selbstwertgefühl eine zentrale Rolle spielen, daß dieser real empfundene Wert in der Lage ist, zahlreiche (ebenfalls deutlich empfundene) Nachteile — wie geringes Einkommen, schwere Arbeit, wenig Freizeit und Urlaub... — subjektiv aufzuwiegen; so wie andererseits die Vernichtung dieser Unabhängigkeit, z. B. durch Kollektivierung, den bürgerlichen Leistungsstandard vernichtet und die teilweise Kompenstation dieses Verlustes durch soziale Vorteile aller Art erst in der nächsten Generation erfolgt.

Soweit der undifferenzierte äußere Eindruck und dessen subjektiver Wiederhall im bürgerlichen Selbstbewußtsein. Verlegen wir freilich den Schwerpunkt unserer Fragestellung auf den **wirtschaftlichen** Bereich und setzen hier Unabhängigkeit gleich **unternehmerischem** Spielraum, so schwindet der Eindruck bürgerlicher Unabhängigkeit rasch: Bindungen aller Art herrschen vor, insbesondere die „Hofbindung“ (einerseits ein emotionaler, andererseits aber ein höchst konkreter

Tatbestand — wenn etwa das gesamte Vermögen „im Hof“ steckt und man außerdem einen Schuldenberg hat!), ferner die Standortbindung — gegen Boden und Klima zu wirtschaften führt sicher in die ökonomische Katastrophe —, die biologischen Bindungen durch die nur in Grenzen manipulierbare Eigengesetzlichkeit von Tier und Pflanze (nur einmal täglich zu melken, ist allenfalls möglich, aber nur jeden zweiten Tag zu melken, ist ausgeschlossen!), Bindungen durch marktwirtschaftliche und agrarpolitische Rahmenbedingungen (z. B. ein starres Hofkontingent) — usw. Alle diese Bedingungen mögen subjektiv nicht allzu fühlbar werden, solang man sich ohne besondere Ambitionen in ihren vorgegebenen Rahmen beschiedet, wozu bürgerliches Traditionsgefühl ja vielfach neigt; sie treten indessen sogleich massiv hervor, sobald man sie zu sprengen sucht: das ist wahrscheinlich eines der stärksten Erlebnisse eines initiativen jungen Hofübernehmers, der neue Wege beschreiten möchte. Die „Angst-Bindung“ durch die soziale Kontrolle, die im Dorf auch heute noch sehr stark ist und keineswegs jede Abweichung von der ortsüblichen „Norm“ wohlwollend toleriert, habe ich noch gar nicht erwähnt.

Diese Zusammenhänge werden von Außenstehenden selten deutlich erkannt, doch tragen sie insgesamt zu jenem widersprüchlichen Bild des Bauern in der Öffentlichkeit bei, dem wir so oft begegnen:

Der Bauer als „Unternehmer“: Unter dem starken Eindruck der oftmals imposanten technischen Ausstattung von Bauernhöfen und der formalen Selbstständigkeit des „freien Bauern auf eigener Scholle“ wird der „Landwirt“ einem gewerblich-industriellen Unternehmer gleichgesetzt, dem bei entsprechender Tüchtigkeit unbegrenzte Marktchancen offenstehen.

Der Bauer als bewahrernder **Pfleger** der Natur, als romantisches Gegenbild zur Hektik, Künstlichkeit und Wider natur der Industriegesellschaft, als Repräsentant und Erhalter einer heilen Welt, der sich den ewigen Naturgesetzen dienend unterordnet.

Der Bauer als „Subventionsempfänger“, als träge, abhängiger Staatspfründner, der kaum Eigeninitiativen entfaltet, sondern lediglich die Hand aufhält...

Jedes dieser Klischees ist, für sich allein betrachtet, natürlich ein wirklich-

keitsfremdes Zerrbild, doch das berühmte Wahrheitskorn ist dennoch enthalten: der Bauer zwar als verfüigungsmächtiger Herr seines Besitzes, doch vielfältig gebunden durch Natur, Markt und Staat und zutiefst abhängig von allen dreien, ob er will oder nicht.

Sicherheit und Freiheit vereinbar?

Bevor wir etwas Klarheit in die sich öffnende Begriffsverwirrung über „Bauernfreiheit“ zu bringen versuchen, seien einige Reflexionen über die Beziehungen zwischen Sicherheit und Freiheit (siehe Unabhängigkeit) vorausgeschickt:

eine politisch-ideologische Grundfrage mit direktem Bezug zu unserem Thema.

Wäre Freiheit unteilbar, d. h. entweder total oder nicht vorhanden, müßte sie gleichzeitig und in identischer Weise auf alle Lebensbereiche und Persönlichkeitsdimensionen erstrecken, so bedeuten Sicherheit und Freiheit allerdings eine Unvereinbarkeit, einen unauflosbaren Widerspruch. Das wäre freilich schlimm für jeden von uns, denn der Mensch braucht beides: Freiheit und Sicherheit. Es läßt sich in der Tat beides in gewissem Ausmaß sowie in nicht konkurrierenden Aspekten oder Bereichen vereinbaren, denn Freiheit wie Sicherheit sind teilbar, sie stellen keine absoluten Größen dar und sie können auf verschiedenen existentiellen Ebenen nebeneinander bestehen, ja einander sogar fördern: Grundsicherheit in elementaren Lebensbereichen (z. B. Gesundheit oder eine befriedigende Partnerbeziehung) macht „frei“ zu unternehmerischer Initiative, elementare Unsicherheit andererseits lähmt. Der unternehmerische Mensch ist risikofreudig, nicht aber der verunsicherte Mensch. Sicherheit schenkt Freiheitsgefühl und Mut, Unsicherheit dagegen beklemmt, entmutigt. Ganz allgemein und aus durchaus einsehbaren Gründen wächst die unternehmerische Initiative ceteris paribus (d. h. insofern sie nicht von spezifischen Persönlichkeitsmerkmalen abhängt) mit dem Grad der wirtschaftlichen Fundierung — der Arme kann sich einfach keine „Sprünge“ leisten, sein materielles Fundament ist zu schmal zur Risikofähigkeit. (Andererseits lähmt natürlich auch die Saturierung der unternehmerischen Initiative.) — Sicherheit und Freiheit stehen also, richtig gesehen, zueinander nicht in Widerspruch, sondern in einem vielschichtigen Komplementaritätsverhältnis; es ist Demagogie, sie gegeneinander auszuspielen, vielmehr sind beide legitime politische und agrarpolitische Ziele, ja es ist sogar wichtig, sie gleichzeitig, mit Blick auf einander, zu verfolgen, um Exzesse in beiden Richtungen (extremer Liberalismus bzw. totaler Versorgungsstaat) zu vermeiden. Gerade für die

wirtschaftliche und soziale Existenz des Bauern spielt Freiheit in Sicherheit eine zentrale Rolle.

Zum Begriff des „Unternehmers“

Nun zur Klärung einiger Begriffe: Unternehmertum, Selbständigkeit, Unabhängigkeit, Wirtschaftsfreiheit... werden allzuoft in **einem** Atemzug ausgesprochen, so als handle es sich dabei nur um verschiedene Bezeichnungen ein und desselben Sachverhaltes; doch trifft dies keineswegs zu.

Der Unternehmer ist der risikofreudige und risikofähige Mensch — dieser Begriff hat also eine subjektive und eine objektive Dimension, die es auseinanderzuhalten gilt. Subjektiv, psychologisch gesehen, ist Unternehmertum eine nicht allzu häufige Persönlichkeitsqualität, die mit dem Willen zu selbstständigem Handeln, zu unabhängigen Entscheiden, mit Initiative, Tatendrang, Risikofreude zusammenhängt. Derartige „unternehmerische“ Persönlichkeiten finden sich in allen sozialen Schichten (so mancher erfolgreiche „Pfuscher“) ist ein echter Kleinunternehmer auf eigene Faust! und ist keineswegs an formale Selbständigkeit bzw. berufliche Unabhängigkeit gebunden; Unternehmer sind unter „Selbständigen“ möglicherweise nicht einmal häufiger als unter Unselbständigen. (Eine Ausnahme bilden sicher jene, die sich erst neuerdings selbstständig gemacht haben: in dieser Gruppe dürften echte Unternehmereigenschaften konzentriert auftreten.)

Objektiv, also unabhängig von der Person, setzt Unternehmertum jedenfalls Verfügungsmacht über Ressourcen (und sei's nur über die eigene Arbeitskraft), Wahlmöglichkeiten im Einsatz derselben sowie damit eben einigen **Entscheidungsspielraum** voraus: die berühmte „unternehmerische Freiheit“. Auch darf die Risikohöhe in Summe nicht größer als die realen Gewinnchancen sein — widrigfalls handelt es sich um einen Hasardeur. Ein Unternehmer, dem diese objektiven Voraussetzungen fehlen, bleibt ein psychologischer Typ, ein Selbständiger ohne Unternehmerpsychologie bestensfalls ein traditionsverhafteter Routinier (auch diesen Menschen braucht die Gesellschaft), schlimmstenfalls ein Dahnwurstler nahe der Armutsgrenze, der sich als kleiner Angestellter wohler fühlte. Alles das kennen wir nicht nur aus der gewerblichen Wirtschaft, sondern auch aus dem bürgerlichen Bereich. Der typische Unternehmer ist heute nicht autonomer „Selbständiger“, sondern leitender Angestellter, also formal unselbständig = materiell absichert, dabei jedoch mit beträchtlicher Unabhängigkeit und mit einem hohen Maß an Entscheidungsspielraum und -kompetenz ausgestattet.

Jeder Unternehmer benötigt eben zu

seiner Entfaltung subjektiv wie objektiv ein Mindestmaß an Unabhängigkeit — also eine Form von „Freiheit“, Unabhängigkeit von Personen und Faktoren. Völlige unternehmerische Unabhängigkeit ist jedoch undenkbar: der gute Unternehmer setzt sich nicht realitätsblind über Notwendigkeiten hinweg, sondern trägt diesen geschickt Rechnung, versucht, sie für sich arbeiten zu lassen: er unterwirft sich nicht a priori der Umwelt, in der er zu arbeiten hat, sondern sucht sie in seinem Sinne (mit)zugestalten, er erweitert also seinen Freiheitsraum. Und noch eines ist wesentlich: der Unternehmer arbeitet zwar grundsätzlich unter Unsicherheitsbedingungen, doch sind diese nicht sein Ideal, vielmehr ist er ständig bemüht, seine Sicherheitsbasis zu verbreitern. (Die totale Sicherheit führt dann freilich zum Immobilismus, wie man ihn bei Großunternehmen oft antrifft.)

Der **Selbständige** dagegen — nun nicht als psychologischer Typ, sondern im Sinne der üblichen Einteilung der Erwerbstätigen ist zunächst einfach ein Mensch, der selbst verantwortlich ist für seinen Betrieb und seine Existenz. Er kann gleichzeitig ein Unternehmer sein — häufig ist er es aber nicht, aus subjektiven wie aus objektiven Gründen. Ihm kann es daher zustoßen, daß ihn alle Nachteile der Selbständigkeit treffen, die im Bereich „Unsicherheit“ angesiedelt sind, wie fehlende Einkommens- und Freizeitgarantie, 27 Arbeits- und Sozialschutz usw., aber kaum einer ihrer Vorteile aus dem Bereich „Freiheit“, wie echte Entscheidungsmöglichkeiten, eigenständige Lebensgestaltung oder Ausschöpfung von Gewinnchancen. Was bleibt, ist die „selbstbestimmte“ Arbeit, sicherlich ein hoher Wert, der manchen Einkommensteil aufwiegt, die aber unter heutigen Umständen gerade im Kleinbetrieb oft in Gefahr ist, in eine selbstgewöhnte Tretmühle ohne Freiheitsgrade abzugleiten, eine Sklaverei von Betrieb und Markt, Mitarbeitern und Terminen, ohne Aussicht auf Besserung: fast noch mehr als die Bauernschaft klagt das Gewerbe über mangelnde Nachfolgebereitschaft der jungen Generation, und dies trotz teilweise guter Geschäftsaussichten.

Der Bauer ein Unternehmer?

Irgendwo dazwischen ist der **Bauer** angesiedelt. Ein „Selbständiger“ im formalen Sinne ist er sicherlich, insofern ihm kein Chef seine Arbeit anschafft und sein Einkommen, seine Freizeit usw. garantiert. Eben deshalb ist aber der Bauer noch lange kein Unternehmer, aus subjektiven und objektiven Gründen nicht. Die subjektive Voraussetzung hierzu, die Unternehmerpersönlichkeit, ist sozusagen nach dem

Zerfall der Natur über die gesamte Bevölkerung verteilt und im Bauerntum sicherlich nicht deswegen angereichert, weil der Anteil der objektiv Selbständigen in dieser Bevölkerungsgruppe so deutlich überwiegt; ich halte diese Überlegung für praktisch bedeutsam, denn oft wird „gefordert“, der Bauer solle sich endlich unternehmerisch verhalten, ohne daß dabei die notwendigen Voraussetzungen für solches Verhalten bedacht würden.¹⁾ Die gegenteilige Vermutung, der Bauerstand sei durch die ständige Abwanderung seiner initiativsten Söhne an unternehmerischen Persönlichkeiten verarmt, ist meines Wissens nie bewiesen worden. Die objektiven Voraussetzungen für landwirtschaftliches Unternehmertum hängen einerseits ab von der Ressourcencausstattung, andererseits von den begrenzenden Rahmenbedingungen. Der von der Ressourcencausstattung her gebotene Spielraum unternehmerischen Handelns ist im wesentlichen abhängig von natürlicher und ökonomischer Standortgunst, Betriebsgröße und Qualifikation der Arbeitskraft, also in Anbetracht der Vielfalt agrarischer Standorte, Betriebsformen und -größen sowie der Vielfalt der Menschen auf den Höfen sehr variabel. Der Starrheitsgrad der begrenzenden Rahmenbedingungen ist einerseits betriebsunabhängig verankert in Agrarpolitik, Marktordnung, Wirtschaftsverfassung, Außenhandelsregime, andererseits ebenfalls wieder standortsabhängig — z. B. bei einem auf Milcherzeugung angewiesenen Standort aus bekannten Gründen größer als bei einem gemischten Betrieb in Gunstlage.

28

Ganz allgemein sind indessen die Bindungen und Schranken, die das unternehmerische Potential eines Landwirtes objektiv eingrenzen, vielfältiger und weitreichender als bei anderen Selbständigen, inssofern diese in der Landwirtschaft nicht nur betriebliche und marktliche Faktoren (Kapital, Absatzmöglichkeiten), sondern außerdem die Naturgrenze umfassen, deren unmittelbarer Einfluß in der gewerblichen Wirtschaft weitgehend ausgeschaltet ist: von naturräumlichen Standortfaktoren sowie von der Biologie von Pflanze und Tier gehen primäre, maßgebliche Beschränkungen aus. Doch auch marktliche Faktoren wirken einengend auf den unternehmerischen Spielraum in der Landwirtschaft: es bestehen nur geringe Chancen in der Bedarfs- und Absatzgestaltung, der Produktinnovation, der Erzeugung von Markenware (der Landwirt ist heute mehr denn je zu liefernder Rohstoffproduzent!), der quantitativen Absatzausweitung, bei inneragratischen Ausweichmöglichkeiten, und insbesondere besteht bei den preisgeregelten Hauptprodukten nach „oben“ praktisch kein preislicher Spielraum: wie immer sich die einzelnen Kosten-

elemente entwickeln — der einzelne landwirtschaftliche Betrieb kann dem Kalkulatorisch nicht Rechnung tragen, denn alle wichtigen Agrarpreise werden staatlicherseits nach „volkswirtschaftlichen“ Gesichtspunkten festgesetzt, ein in der gesamten Wirtschaftslandschaft einzigartiges Phänomen, das ein entscheidendes Element unternehmerischer Tätigkeit, das Preisfestsetzungrecht, außer Kraft setzt. Für den Selbständigen in der Landwirtschaft sind nicht erst heute die meisten Produktpreise der betrieblichen Kalkulation entzogen, sodaß er sich eigentlich nur auf der Aufwandsseite unternehmerisch betätigen kann — sicherlich immer noch ein beachtlicher Spielraum.

Einerseits die Forderung, der Bauer handle „unternehmerisch“, andererseits den Zwang, zu nicht kostenorientierten Preisen anzubieten — da stimmt etwas nicht, da besteht eine fundamentale Benachteiligung gegenüber anderen, noch dazu nicht naturabhängig produzierenden Wirtschaftstreibern. Im Gegensatz zu praktisch allen anderen Selbständigen ist der Bauer weiterhin mit einer Art „Versorgungspflicht“ belastet, er ist als Privatwirtschaftler zugleich öffentlicher Funktionsträger, doch — im Gegensatz etwa zu Ärzten oder Apothekern — ohne entsprechende Einkommensgarantie; er erhält in Form der staatlich festgesetzten Preise ein Art „Lohn“ zugeschrieben, der sich jedoch anders als bei Beamten grundsätzlich nicht an den Existenzbedürfnissen des Empfängers orientiert, sondern an allgemeinen volkswirtschaftlichen Größen, wie etwa an den der Wirtschaft „zumutbaren“ Lebenshaltungskosten, deren wesentlicher Bestandteil eben die Nahrungsmittelecken sind: hier hat ein Stück Mittelalter die Bauernbefreiung überlebt bzw. wurde paradoxe Weise durch die Hintertür des staatlichen Agrarschutzes neuerdings eingeführt. Daraus ergibt sich für den Bauern in besonderem Maße eine Verflechtung der **Nachteile** der Selbständigkeit mit jenen der Unselbständigkeit (Abhängigkeit). Daß dies möglich ist, ohne die Landwirtschaft zum Verschwinden zu bringen, verdanken wir einer weiteren grundlegenden Besonderheit der bäuerlichen Landwirtschaft, nämlich ihrer **familienbetrieblichen** Organisation, der personellen Identität von dispositiver und ausführender Tätigkeit, die den Bauernbetrieb zu einer durchaus **atypischen** Erscheinung in der Industriegesellschaft macht (natürlich gibt es diese Identität der Funktionen auch noch in Handel und Gewerbe, doch nur in der Landwirtschaft beherrscht sie das Bild). Der Bauer ist sein eigener Chef und Angestellter, Anschaffender und Ausführender und insofern ein atypischer, nicht einzuordnender Außensteiner des Industriesystems, der

nicht in die typischen Strukturen einer streng arbeitsteiligen, rollenmäßig differenzierten Gesellschaft und ebensowenig in das Konzept der Sozialpartnerschaft hineinpäßt.

Zusammenfassend sehen wir also den mitteleuropäischen Bauern in einer eigenartigen **Zwitterstellung** als Selbständigen („Unternehmer“) und Arbeiter, als eines Arbeitgebers, der nur sich selbst (und seine Familie) beschäftigt, eines harten Ausbeuters, der nur sich selbst ausbeutet (was ihm keine Arbeitsgesetzgebung und kein Kollektivvertrag verbietet), eines Selbständigen, dessen „Lohn“ wie der eines öffentlich Bediensteten von staatlichen Entscheidungen abhängt, eines Unternehmers, dessen Entscheidungsspielraum von naturräumlichem Standort, Markt und Agrarpolitik aufs äußerste eingeengt wird; eines Arbeiters schließlich ohne gewerkschaftlichen und vollen sozialrechtlichen Schutz — mit einem Wort als eine höchst atypische, beim besten Willen schwer zu „handhabende“ Erscheinung, deren Besonderheit, wie ich aus mancher Diskussion weiß, vielfach überhaupt nicht verstanden wird. Angesichts dessen erscheint es jedenfalls wenig sinnvoll, ihn aus ideologischen Gründen pauschal zum „Unternehmer“ zu erklären, der er sicherlich **auch** irgendwie ist, obwohl ihm hiezu meist nicht nur die subjektiven Persönlichkeitsmerkmale, sondern auch entscheidende objektive Voraussetzungen fehlen.

Bereiche unternehmerischen Spielraumes

Doch der Sinn dieses Vortrages kann nicht darin bestehen, „Bauernfreiheit“ schlechthin zu negieren und unsere Bauern als Sklaven der Natur, des Marktes und des Staates abzustempeln. Natürlich gibt es vielfältigen unternehmerischen Spielraum auch in unserer Landwirtschaft, wenn auch objektiv unterschiedlich stark eingeschränkt von Ressourcencausstattung, Betriebsgröße, Standortgunst und äußeren Rahmenbedingungen. Ausreichender Beweis hiefür ist die gewaltige Streuung der Betriebsergebnisse innerhalb ein und desselben Standorts und Betriebstyps und derselben Größenklasse: die Variable „**Mensch**“, eben die persönliche Seite des Unternehmertums, gibt hier den Ausschlag und realisiert Freiheitsgrade, die man angehts der bestehenden Begrenzungen gar nicht erwartet hätte! Unternehmerische Spielräume bieten sich weiterhin in der Betriebseinrichtung, in der betriebsgerechten Ausschöpfung technischer Fortschritte, in der Marktanpassung der Erzeugung, aber auch in der Vermarktung selbst (z. B. Erstellung von Spezialangeboten, neue Formen des Direktabsatzes, des vertraglichen Absatzes sowie der Gemeinschaftsver-

markung), in der Arbeitsgestaltung, der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung sowie in der zwischen- und überbetrieblichen Zusammenarbeit; ange-sichts des bestehenden „Agrarpresplafonds“ wird überhaupt die Kostensenkung allmählich zur wichtigsten landwirtschaftlichen Unternehmeraufgabe.

Der unternehmerische Spielraum des Bauern beschränkt sich indessen nicht auf die Landwirtschaft: vielen Landwirten mit unternehmerischer Initiative bietet der eigene, oftmals kleine Agrarbetrieb zu geringe Entfaltungsmöglichkeiten, anderseits aber doch eine Basis für selbständige Tätigkeit in anderen Bereichen, insoffern darin Ressourcen des landwirtschaftlichen Betriebes eingesetzt werden. Die Chancen hießt sind umso größer, je enger und vielfältiger die örtlichen Verflechtungen von Landwirtschaft und außerlandwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichen sind. Ein hervorragendes Beispiel für einen solchen außeragrarischen Einsatz betrieblicher Ressourcen durch initiative Bauernfamilien bietet gerade in unserem Lande der **Fremdenverkehr** am Bauernhof: gerade bei den auch finanziell erfolgreichsten bäuerlichen Tourismus-Unternehmern beschränkt sich die Teilnahme am Fremdenverkehr nicht auf eine eher phantasielose und ökonomisch nicht sehr ergiebige Zimmervermietung, sondern es werden neben der Beherbergung verschiedene Zusatzangebote erstellt, die nicht die gewerbliche Hotellerie zu kopieren suchen, sondern gerade die Besonderheiten und spezifischen Möglichkeiten eines bäuerlichen Familienbetriebes geschickt in den Dienst einer neuen, bodenunabhängigen Einkommensquelle stellen. Das reicht vom Direktabsatz vom am Hof erzeugten **und** womöglich zu Spezialitäten verarbeiteten Nahrungsmiteln bis zur „Animation“ der Gäste zu verschiedenen naturverbundenen Tätigkeiten, ihrer Einbeziehung in lebendiges Brauchtum, des Angebotes von Möglichkeiten zu einem Aktiv- oder Gesundheitsurlaub unter Einbezug landwirtschaftlicher Arbeit, der Ausgestaltung des Hofes in ein Kinderparadies, usw. Der Einfallsreichtum bäuerlicher Familien als Unternehmer auf dem immer noch wachsenden und sich auffächelnden „Freizeitsektor“ (oder quartären Sektor) ist manchmal erstaunlich, gerade auch bei der Lösung der nicht leichten Aufgabe, die menschlichen Interessen der Gäste und der bäuerlichen Familie in für beide Teile befriedigender Weise in Einklang zu bringen; jede gelungene Lösung in diesem Bereich stellt eine einmalige, maßgeschneiderte, in dieser Form un-wiederholbare Leistung dar, eine echte Alternative zum uniformierten, frustrierenden Massenbetrieb, der inssofern einen Beweis für die beachtlichen unternehmerischen Freiheitsgrade auch kleiner bärlicher Betriebe,

ebenso aber auch für die menschlichen Werte, die sich hier zugleich mit der wirtschaftlichen Initiative zu entfalten vermögen.

Mit solchen phantasievollen touristischen Initiativen sind die unternehmerischen Möglichkeiten bärlicher Familien außerhalb des engeren landwirtschaftlichen Betriebsbereiches selbstverständlich nicht erschöpft; die Unmöglichkeit einer einigermaßen vollständigen Aufzählung beweist die große Vielfalt der Chancen und ihrer Wahrnehmung durch unternehmerische Bauern. Denken wir beispielsweise nur daran, wie vielfältige Möglichkeiten sich bieten, den betriebeigenen Maschinenpark, der auf kleinen Höfen selten voll ausgelastet ist, außer- und/oder überbetrieblich einzusetzen, sei's in der Landwirtschaft, z. B. im Rahmen von Maschinenringen, sei's außerhalb derselben durch Angebot allgemeiner Transportbedingungen, Übernahme der Schneeräumung, Arbeit im Wegebau usw. Ebenso können die vorhandenen Familien-Arbeitskräfte, die der Betrieb nicht voll auszulasten vermag, in der vielfältigen Weise in agrarischer, agrarnaher oder nicht landwirtschaftlicher, selbständiger oder abhängiger Tätigkeit außerbetrieblich eingesetzt werden und so ein aus verschiedenen Quellen kombiniertes Gesamteinkommen erzielen, welches das zu niedrige landwirtschaftliche Einkommen kompensiert. Diese mit viel Einsatzbereitschaft, Phantasie und Initiative „kombinierten Existenz“ sind übrigens für die Bevölkerung unseres Alpenraumes in Anbetracht der geringen Tragfähigkeit der bergbäuerlichen Landwirtschaft seit jeher charakteristisch gewesen und bilden geradezu eine Überlebensbedingung des alpinen Menschen sowie in besonderem der Mehrzahl der Bergbauern: Land- und Forstwirtschaft, selbständiges außeragrarisches Unternehmertum in Fremdenverkehr, Transportdiensten u. dgl. sowie schließlich abhängige Nebenerwerbstätigkeit werden in allen Kombinationen und Übergängen oft von ein und derselben Person ausgeübt und beweisen ebensoviel Einfallsreichtum und Vielseitigkeit wie Leistungswillen und Arbeitsfreude — typische Unternehmer-eigenschaften, die jedoch beim bärlichen Menschen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Lebenswillen und den Existenzbedürfnissen der Familie stehen. (Ich habe in diesem Zusammenhang einmal vom „alpenländischen Universalisten“ gesprochen²⁹). Freilich setzt die Entfaltung solcher Eigenschaften eine gewisse Vielfalt der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Umwelt voraus: in einem ausgesprochenen Abwanderungsgebiet mit Landwirtschaft als „Restbereich“ muß unternehmerische Initiative außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebs fast

zwangsläufig zur Landflucht führen. Dieses Exkurs soll uns jedoch nicht zu dem Schluss führen, die unternehmerischen Kräfte des Bauerntums hätten sich heute in erster Linie außeragratisch zu betätigen. Auch der Bauer hat Anspruch darauf und die gesamte Volkswirtschaft ein Interesse daran, seine unternehmerischen Fähigkeiten in seinem spezifischen Beruf — eben in der Landwirtschaft — zu entfalten. In Anbetracht der oben dargelegten, großen objektiven und subjektiven Beschränkungen unternehmerischer Initiative im Agrarbereich hat der Bauer indessen ebenso sehr Anspruch auf existentielle Sicherheit. **Beiden** Anliegen, der Sicherung wie der unternehmerischen Initiative, hätte eine differenzierte Agrarpolitik durch ein entsprechendes Instrumentarium gleichermaßen Rechnung zu tragen. Der Entfaltung unternehmerischer Initiative dient einerseits das Betriebsberatung, welche die innerbetrieblichen Umstellungs- und Anpassungsmöglichkeiten aufzuzeigen hat, anderseits aber die Eröffnung neuer bzw. erweiterter Produktions- und/oder Absatzmöglichkeiten, deren sinnvolle Ausschöpfung auch im außerwirtschaftlichen Interess an einen künftigen Schwerpunkt der Agrarpolitik bilden muß. Der existentiellen Sicherung dagegen dienen sozial-politische Maßnahmen der Alters-, Kranken-, Unfalls- und Mutterschaftsfürsorge, die Förderung von Betriebs- und Haushaltshilfe (daneben sicherlich auch eine bärliche Unternehmeraufgabe im erweiterten, überbetrieblichen Bereich), ferner einkommensbezogene Ausgleichszahlungen, aber auch Absatzsicherung und Gewährleistung angemessener Preise für das marktwirtschaftlich erwünschte Angebot. Beide Gruppen von Maßnahmen sind einer grundsätzlich gleichwertig und ergänzen einander in vieler Beziehung, weil eben unternehmerische Initiative nicht aus einer marginalen Stellung heraus erfolgen kann, sondern eine existentielle Grundsicherung zur Voraussetzung hat.

Die bärliche Familie als Gestaltungsaufgabe

Die familienbetriebliche Organisation unserer bärlichen Landwirtschaft, die funktionale Einheit von Familie und Arbeitsmacht, von Haushalt und Betrieb erhebt indessen in ausgeprägtem Gegensatz zu der in der gewerblichen Wirtschaft vorherrschenden Trennung des produktiven vom konsumptiven Bereich die bärliche Familie selbst zu einer „Unternehmeraufgabe“, besser: Gestaltungsaufgabe ersten Ranges, mit einer letzten Ende rein menschlichen, in den Zwischenstufen dagegen durchaus auch ökonomischen Zielsetzung. Diese unabdingbare, unentrinnbare Verbindung von

Familie bzw. Haushalt und Betrieb ist für das Bauerntum Last und Chance zugleich:

Eine **Last**, weil hier erfahrungsgemäß die Gefahr der Selbstausbauung besteht und die betriebliche Anspannung unmittelbar in familiäre Anspannung umschlägt. Die Innenwelt der bäuerlichen Familienbetriebe ist als Folge der äußersten Reduktion des Arbeitskräftebestandes in allen Erwerbskategorien gerade **wegen** der rein familiären Arbeitsfassung nicht mehr „heil“: körperliche Dauerüberlastung, besonders auch der Frau, sowie psychische Anspannung (Angst vor dem Nicht-Fertigwerden, vor Krankheit als wirtschaftlicher Katastrophe...) führen nur allzu oft zu einer die Lebensfreude und Gesundheit gefährdenden **Streßsituation**, sicher ein „internes“ Hauptproblem für den Fortbestand eines gesunden Bauernstandes, dessen Lösung Vorrang vor manchen anderen Zielsetzungen haben sollte.

Dem steht nun als besondere **Chance** unseres Bauerntums die Integrationsmöglichkeit sonst getrenneter Bereiche gegenüber, die sich als familiäre Verbundenheit der Arbeit, als Bewirtschaftung eigenen Besitzes, als selbstbestimmte Arbeitsgestaltung, überhaupt als fehlende „Entfremdung“ im Arbeitsleben sowie schließlich als naturnaher, auch sozial offener Lebens- und Arbeitsraum darstellt und echte Möglichkeiten einer „ganzheitlichen“ Lebensform bietet. Während Natur und Technik, Produktion und Verbrauch, Haushalt und Betrieb, Familien- und Erwerbsleben, aber auch die Wirkungskreise von Mann und Frau heute normalerweise mehr und mehr auseinanderreten, zeigt uns das Bauerntum die Möglichkeit eines integrativen Zusammenschlusses aller dieser Bereiche.

Die Realisierung dieser zunächst zur **potentiellen** Werte — eben der von den Strukturen her offensichtlichen Chance — ist allerdings weniger denn je „automatisch“ zu erhoffen, sondern wird zu einer Aufgabe umfassender Lebensgestaltung, wobei die im Bauerntum vielfach vernachlässigte familiäre Lebensqualität als Hauptziel hervortritt, dem sich die bisher meist im Vordergrund stehenden betrieblichen Ziele als Mittel unterordnen: eine neue Hierarchie der Werte erfordert eine entsprechende Hierarchie der Ziele betrieblichen Handelns. Hiezu sind neben Anpassungen in der Agrar- und Gesellschaftspolitik, im Sinne einer vollen sozialpartnerschaftlichen Integration des Bauerntums, die enorm wichtig, jedoch nicht Thema dieses Vortrages sind, auch Anpassungen innerhalb der Bauernschaft selbst erforderlich; sie dienen alle dem Ziel, vermeidbare Belastungen abzubauen, das Wertesystem neu zu ordnen und damit letzten Endes den **menschlichen** „Betriebserfolg“ zu

steigern. Im Vordergrund steht dabei meiner Überzeugung nach der Abbau der belastenden Streß-Situation durch bestmögliches Betriebseinrichtung und Arbeitsgestaltung, über- und zwischenbetrieblichen Arbeitsausgleich, Betriebs- und Haushaltshilfe (dies ist natürlich auch eine agrar-soziale politische Aufgabe!) sowie eine bessere Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau auf dem Bauernhof. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Kaum minder wichtig erscheint mir indessen der Abbau von Prestigezielen auf Grund eines falschen „Paritäts“-Denkens, eine Neudefinition des Begriffs „Lebensqualität“ auch im Bauerntum, die Besinnung auf die eigenen, spezifischen Werte und Möglichkeiten im Hinblick auf eine echt bäuerliche Identitätsfindung, die es nicht mehr nötig hat, sich von außen „fremd-definieren“ zu lassen. Damit soll nicht einer billigen Philosophie des Verzichtes auf berechtigte materielle Ansprüche das Wort geredet werden, wohl aber der Wiedergewinnung eines gesundes Eigenständigkeitsgefühls — im Sinne einer positiven Deutung der bäuerlichen Minderheitsrolle. Etwas „Ideologie“ kann dabei gar nicht schaden; sie erscheint mir im Bauerntum begründeter als anderorts und jedenfalls besser als die manchmal geforderte Anpassung bis zur Selbstpreisgabe. Auf diese Weise können auch verlorene Freiheitsgrade zurückgewonnen werden, wenn auch „totale“ Freiheit Utopie bleibt.

Dabei wird sich zeigen, daß der Freiheitsbegriff seit den Tagen Hans Kudlichs auch für den Bauernstand sein Gesicht gewandelt hat: während im Nachklang der alten Grundherrschaft die „wirtschaftliche“ Freiheit (im Sinne von „Schrankenlosigkeit“) im Vordergrund des typischen bäuerlichen Selbstverständnisses stand, eine Haltung, die oft genug Anlaß war zu extremem Individualismus und eigensinniger Abkapselung, tritt nun insbesondere bei der jungen bäuerlichen Generation das **persönliche Freiheitsziel** mehr und mehr hervor, dessen kennzeichnendster Ausdruck das im Bauerntum einst unbekannte „Freizeit“-Bedürfnis ist. Dessen Realisierung bedingt indessen neben vielen anderen Anpassungen auch die Bauernschaft zu entlastender wirtschaftlicher Abhängigkeit, vor allem durch Teilnahme an Organisationsformen zwischen- und überbetrieblicher Zusammenarbeit und Arbeitsteilung: die ohnehin utopische, völlige „Autonomie“ des Hofes wird menschlich allzu teuer erkauft.

Ausblick

Angesichts vielfältiger Schwierigkeiten und Krisenerscheinungen in der Landwirtschaft der Welt, Europas und Österreichs soll abschließend klargestellt werden, daß Landwirtschaft

mehr denn je **hochmodern** ist, indem sie durch biologische Naturkräfte die unbegrenzt vorhandene Sonnenenergie bindet und sie dem Menschen nutzbar macht, und daß daher Landwirtschaft Zukunft hat, wenn überhaupt die Menschheit Zukunft haben soll.

Allerdings werden nicht allein objektive Entwicklungstendenzen, sondern ebenso sehr auch die Bedürfnisse, die Leistungsbereitschaft, die Leistungs- und Belastungsgrenzen sowie vor allem das Wertesystem der bäuerlichen Menschen selbst über die Zukunft unserer Landwirtschaft mitentscheiden. Das westliche Agrarsystem „lebt“ in gewissem Grad von der Bereitschaft eines Großteils der Bauern zu fortgesetzter Selbsterforderung — finanziell wie gesundheitlich und seelisch-geistig. Doch nicht nur in den Städten wächst inzwischen eine Generation heran, die nicht mehr bereit ist, sich bedingungslos mit dem Leistungsprinzip zu identifizieren. Hier kündigt sich eine gewisse Gegenläufigkeit an: einerseits steigern technischer Fortschritt und strukturelle Entwicklung (Einmannbetrieb) die Streßbelastung unserer Bauernschaft weiterhin: immer komplizierter, störungsanfälliger Maschinen, immer knappere Zeitspannen zur Arbeitserledigung, immer weniger Reserven, immer höherer finanzieller Einsatz, entsprechend steigendes Risiko — und immer mehr psychisch belastende Vergleiche mit anderen Berufsgruppen; auf der anderen Seite aber ein wachsendes Bedürfnis nach Muße und Daseinsgenuß und dementsprechend eine sinkende Bereitschaft, solche Belastungen auf die Dauer zu ertragen. Auch der junge Bauer möchte endlich das Leben um seiner selbst willen führen. Wie wird der Ausgleich zwischen diesen auseinanderstrebenden Tendenzen gelingen? Landwirtschaft muß sein, doch wer wird sie weiterhin betreiben wollen, es sei denn, man mache sie wiederum attraktiv? Wird „Bauer“ deinst die höchste bezahlte Beruf sein? Hier kommen auf längere Sicht Aufgaben auf die Gesellschaft zu, die sich heute noch kaum jemand träumen läßt.

1) Um 1971 gab es in Österreich laut Volkszählung 324.297 Haushalte, deren Vorstand „selbstständig“ erwerbstätig war; von diesen dürften etwa die Hälfte dem Bereich „Land- und Forstwirtschaft“ zuzurechnen gewesen sein.

2) In: Der Alpenraum als europäische Aufgabe und Herausforderung. Symposium der Öster. Ges. f. Land- u. Forstwissenschaftspol. 1974 in Mayerhofen, Wien; 1975.

WELTSITUATION DER ZWEI MILLIARDEN BAUERN

1

Mit Beginn dieses Jahres 1981 beherbergt unsere Welt, ein wunderschöner blauer Ball im Weltall, 4,250.000.000 Seelen. Die Zukunftsforschung kalkulierte für das Jahr 2000 die stattliche Zahl von 6,350.000.000.⁽¹⁾ 1980 verhungerten aber auch 12 Millionen Kinder; insgesamt zwischen 45 und 50 Millionen Menschen. Im selben Jahr gab es 16 Millionen überlebende Flüchtlinge. Es kann ruhig angenommen werden, daß mehr als die Hälfte jeder dieser Zahlen bürgerliche Menschen erfaßt.

Ja, die Bauern hungern, fliehen, sterben. Gerade 1980 wurde dieses grelle Paradox oftmals sichtbar: das Problem der ernährungsmäßigen Unterversorgung eines großen Teiles der Erdbevölkerung, darunter die Mehrzahl Bauern. Ja, etwa nur ein Zehntel der Erdbevölkerung hat eine Nahrungsmittelfersorgung, die ausgiebig und auf die Dauer gesichert erscheint. Unsere Heimat gehört nicht dazu; auch wenn wir Bevorratung besitzen würden. Bei jenem gesegneten Zehntel der Erdbevölkerung kommt es sogar zu gewaltigen Mengen hochwertiger Nahrungsmittel, die überproduziert werden, aus wirtschaftlichen Gründen der Preisgestaltung aufwendig gelagert und dann, um diesen Wahnsinn auch noch perfekt zu machen, oftmals wieder verfüttert, industriell verwertet oder sogar vernichtet werden. Muß also die Welt mit dem Hunger der Bauern leben? Gerechterweise sei hinzugefügt, auch mit dem Hunger der Bauern von gestern, die heute in den Stadtrandsiedlungen ein jämmerliches und verzweifeltes Leben fristen. Mexiko Stadt scheint auf 30 Millionen Einwohner hinzusteuren; Kalkutta auf 20, Bombay und Kairo auf 15...

All das ist nicht neu im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit. 1960 plädierte Paul G. Hoffman im Namen des Committee for International Economic Growth in USA⁽²⁾ für eine neue Wirtschaftspolitik für diese Ärmsten der Armen. Interessant ist die Tatsache, daß in der ganzen Studie die Bauern eigentlich namentlich nicht auftauchten. Ist das deswegen, weil im Schnitt in jenen Ländern etwa 10% der Bevölkerung 90% der nutzbaren Bodenfläche besitzen? Von den 2 Milliarden findet 1 Milliarde Menschen bei der Nahrungsmittelproduktion und in der Landwirtschaft gerade noch ein kärgliches Auskommen, Überleben genannt. Eine halbe Milliarde

ist sogar praktisch ohne Chance, das tägliche Brot zu erarbeiten. Daß „lediglich“ eine halbe Milliarde auskommt, aber stetig Opfer der industriellen-agrarischen Preisschere ist, ist wenig ermutigend. Es ist wert, sich immer wieder die Welt-Einkommenspyramide vor Augen zu halten, und dies nicht nur aus Solidarität mit den Bauern der Welt, sondern als lehrreiche ökonomische Übung. Sie hilft bei eigenen wirtschaftlichen Entscheidungen den Weg einzuschlagen, den wir hinausrufen als Forderung, Jahr auf Jahr: „Mehr Gerechtigkeit für die Bauern“.

Die „Reichen“ sind berechnet mit einem pro-Kopf-Einkommen von 8.000 Dollar pro Jahr; es ist bei zirka 400 Millionen Menschen (in Kuwait, Schweiz, Schweden, Dänemark, BR Deutschland, USA, Kanada, Niederlande, Frankreich und Saudiarabien) zu finden. Die „Wohlhabenden“ mit 3.500–8.000 Dollar machen zirka 600 Millionen aus (in CSSR, DDR, England, Italien, Japan, Österreich – 16. Weltrang! – Ungarn, Spanien, UdSSR). Der „Mittelstand“ mit 800 bis 3.500 umfaßt wieder zirka 600 Millionen (in Argentinien, Brasilien, Griechenland, Jugoslawien, Mexiko, Südafrika, Südkorea, Türkei). Die „Armen“ liegen zwischen 400 und 800 Dollar, zirka 1 Milliarde 300 Millionen (in Ägypten, China, Marokko, Nigeria, Philippinen, Kenia, Thailand usw.). Die „Ärmsten“, unter 400 Dollar umfassen zirka 1 Milliarde 350 Millionen und sind die am stärksten anwachsende Gruppe (in Afghanistan, Äthiopien, Bangladesch, Indien, Indonesien, Pakistan, Vietnam, Zaire usw. usw.).

Wieso ist das möglich in unserem Jahrhundert der zivilisatorischen Höchstleistungen? Eine jüngst erschienene Studie des Ökonomie-Professors an der Universität von Illinois, USA, Julian L. Simon, scheint mir dazu symptomatisch Aufklärung zu geben. Er versucht nämlich nachzuweisen, daß die Weltsituation gar nicht so schlimm sei. Pessimistische Prognosen seien eben Mode. Jedes Problem kann wissenschaftlich gelöst werden. Das Ackergelände der Welt steigt jährlich um etwa 1% (die FAO bestätigt, daß von 1975 und 1974 eine Zunahme von 1403 auf 1507 Millionen Hektar zu verzeichnen sei). Verstepfung und Verwüstung wird wettgemacht durch Entwässerung und Bewässerung. Zersiedlung der Landschaft wird durch Neuerschließungen wieder aufgehoben usw. usw.

Der Mangel an ökologischen Kriterien ist Schuld an jener Wissenschaftsgläubigkeit und technischem Machtbarkeitsrausch, der noch immer Entscheidungsbefugte in praktisch allen Regierungen der 153 Mitgliedsstaaten der UN befallen hat.

Der Mensch, besonders der bäuerliche Mensch, ist ein integraler Teil des ökologischen Weltsystems und seiner Bioteilsysteme. Die Ausübung jener ökologischen Verantwortungen war seit eh und je „vergesellschaftet“, „verstaatlicht“, von national-ökonomischen Gesichtspunkten beherrscht.

Kann es dann überhaupt eine Agrarpolitik geben, welche den Konsequenzen einer verschlampften Situation Herr werden kann?

2

Bevor wir uns einigen agrarpolitischen Modellen zuwenden, wollen wir eine Wanderung durch einige bäuerliche Lebenssysteme auf dieser Welt machen.

Steigen wir auf zum ekuarischen Andenbergdorf Vilcabamba, 1.500 m Seehöhe und ca. 400 Luft-km von Quito, der Hauptstadt entfernt, so treffen wir dort Mestizen (Spanisch-Inka Abstammung). Diese „campesinos“ sind Bergbauern, die fast ausschließlich für abwesende Landbesitzer deren „hacienda“ zu bearbeiten haben, dafür ein elendes Grundstück für Eigenversorgung betreuen dürfen. Kilometerlange Pfade führen zur täglichen Arbeit. Armseligste Lehmhütten gereichen Großfamilien zur spärlichen Unterkunft. Die Nahrungsweise ist einseitig, armselig, bestehend aus Getreide, Früchten, Obst, ganz wenig saurer Milch, an Festtagen Eier und Fleisch. Zucker, Salz, Fett sind absoluter Luxus und Mangelware. Geldwirtschaft gibt es nur in rudimentärster Form. So aber leben Millionen von Bergbauern in Südamerika. Licht, TV, Radio, Straßen usw. kennen sie nicht. Erstaunlich ist, daß dort Hundertjährige die Regel sind und eigentlich tiefer Frieden und tiefes Glück aus den Augen aller strahlt. „Etwas leidet muß man ja im Leben“ war die philosophische Antwort auf die aufgebrachte Frage eines „gringo“ (Ausländer). Erstaunlich ist nicht nur die Überlebenskunst, sondern auch die Vitalität des Bodens, die ökologischen Anbauweisungen und Praktiken. Der „patron“ dieses „peón“ hat eher Verachtung für diese primitiven Menschen. Jene wie-

der suchen beim „El Señor“ und bei „Maria“ ihre Zuflucht. Diese Situation ändert sich schlagartig mit Entwicklungshilfe, mit Kontakt mit der Welt, mit dem Kommen sozialistischer Ideen. Das Christentum hat die innere Würde dieser Menschen gestärkt und erhalten. Ihre Sozialisation kommt aber von antichristlichen Mächten. Gerae weil die gedrückten Massen der latein-amerikanischen Bauern in Bewegung geraten, wäre das Ziel und die Diktion so wichtig.

Das offiziöse Entwicklungsprogramm der Regierung für die Bauern in den philippinischen Inseln beinhaltet wohl Ziele und Richtung, läßt dabei aber gerade die bauerliche Problematik außer acht. Die Massen der Pächter leben seit eh und je in einem „Minimum-Standard“ des Überlebens. Die Abgaben waren immer und die 90% der Ernte. Wenn Land und Klima nicht fruchtbar wären, hätten sie oft nicht überleben können, was auch für viele andere asiatische Bauern zutrifft. Kein Wunder, daß 1946 ein Bauernkrieg entbrannte, dessen Flammen auch heute nicht ganz erloschen sind. Vielleicht noch mehr als in Latein-Amerika haben die Filipino-Bauern zur Bibel gegriffen, um sich ihre Überlebensrechte zu rechtfertigen. Sie stehen auch etwas bewußter auf dem Boden der ökologischen Landbauweise, der traditionellen Medizin, der naturgetreuen Lebensweise, nicht nur, weil es Überleben garantiert, sondern auch, weil sie den negativen Einfluß der grünen Revolution, der Monokultur, der Kommerzialisierung usw. stärker erleben.⁽⁹⁾

Die Entwicklung in China stellt ein eigenes, ja einzigartiges Phänomen dar. Es ist nicht nur das Land mit den meisten Bauern, sondern auch jenes, welches während seiner langen Geschichte einen bauerlichen Standestolz immer wieder entfachte. Als der junge Mao Tse-tung zum Kommunismus stieß, war er der Führer einer Bauernbewegung, die symbolisch einer roten Fahne mit einem goldenen Pflug darauf huldigte. Das Überleben jener chinesischen bauerlichen Massen war immer deswegen möglich, weil, trotz oft großer Erniedrigung und Unterdrückung und gegenseitigen Haßes, ein alternatives Leben nach ökologischen Prinzipien das ländliche Leben leitete.⁽¹⁰⁾

Da die Massen der bauerlichen Bevölkerung der Welt in Asien leben, nimmt es nicht Wunder, daß auch heute großes Interesse gerade jenen Völkern gilt.⁽¹¹⁾

Und dabei spielt Indien eine führende Rolle. Die indische Dorftradition wird seit Gandhi besonders gefördert. Bewußt nennt man dies die „Wiederherstellung des Bauerntums“.⁽¹²⁾

Nicht mittels einer gelenkten Wirtschaft, sondern mittels staatlicher Hilfe, auf genossenschaftlicher Basis,

kann sich ein armseliges Volk einem bewußten bauerlichen alternativen Lebensstil hingeben. Nicht durch Zufall wurden die ersten modernen Kompostversuche, wie auch ökologische Landwirtschaftsmethoden, gerade in Indien „entdeckt“ und weiter entwickelt. Die Biogasanlagen Indiens sind auch Modell für China geworden.⁽¹³⁾

Es sei aber ein weitgehend unbekanntes Beispiel in Asien herausgegriffen. Es handelt sich um das Bergbauernvolk der Hunza. Dort, wo Indien vormals, heute Pakistan (in Kashmir) zusammenstößt mit Afghanistan und China, liegt Hunzaland. Sein Swatthal entwässert zum Teil den Hindukush. Seine majestätische Isolierung trug besonders zur bauerlichen Überlebensstärke bei. Erst in diesem Jahrhundert wurde von den Engländern der Erdapfel dort eingeführt. Trotz der Höhe der Siedlungen, meist zwischen 2.000 bis 2.800 m, wächst Getreide, Gemüse und Obst so üppig, daß auch dieses Volk zu den gesündesten und langlebigsten der Welt zählt. Die Kompostkultur und, wie im Schweizer Wallis, die Bewässerung mit Gletscherwasser ermöglicht, die immerwährende Fruchtbarkeit der Böden zu erhalten. Auch ist jenes Volk seit urdunklichen Zeiten kein versklavtes, leibeigenes oder unterdrücktes Bergvolk, sondern Freisassen auf eigener Scholle in einem Königreich mit einfachen Lebensstil. Bemerkenswert ist auch die sprichwörtliche Gesundheit jener Bergbauern.⁽¹⁴⁾

Man soll nicht verallgemeinern. Trotzdem soll aus der Vielfalt des bauerlichen Lebens in Afrika nur ein Beispiel herausgegriffen werden, jenes gewisser Bergbauern in Kenia. Obwohl von 50 Entwicklungsländern akuter Hunger gemeldet wird, war bislang Kenia nicht auf dieser Liste. Nun ist dieses Land doch darauf gelandet. In Kenia sterben die alten Wälder, versiegen die Quellen, sterben die Tiere und vielleicht auch bald, wie in der Sahel-Zone — durch weitgehend von Menschen verschuldeten Dürrezeiten — auch Menschen. Vor einigen Jahren flog ich noch über die dicht bewaldeten Hänge des Mount Kenya Gebirges, Kreuz und quer über das Tal Kunati bei Meru. Wie Spielzeuge konnte man die Hütten der Bauern innerhalb der Brandrodung erblicken. Da und dort stieg bläulicher Rauch des typischen afrikanischen Brandrodungshackbaus auf. Heute ist dort nur mehr Kahlschlag mit riesigen Erosionen und vertriebenen Bauern. Die British American Tobacco (B.A.T. Kenya Limited) hat das Land übernommen. Nur vier Jahre benötigte die Abholzung der Steilhänge, Kukuruz, das Grundnahrungsmittel, welches diese Kleinbauern lieferten, ist aus den Geschäften verschwunden. Es muß importiert werden. Aber Tabak bringt viel mehr der kostbaren Devisen, als jener Mais Einkauf benötigt. Die

Kleinbauern, vormals „frei“, lassen sich nun versklaven, weil es die Erhöhung des käuflichen Lebensstandards (Konsumgesellschaft) ermöglicht, vor allem in den Neostaaten. Sie benötigen Devisen für Öl, Kunstdünger, Zement, Pestiziden usw.

3

Das Stichwort „frei“ ist gefallen. Einige historische Reminiszenzen meiner engeren Heimat, des Tales, wo ich auf der mittelalterlichen Doppelschwaige Gassen ein sehr bescheidenes Leben den Hängen abringe, beleuchten schlaglichtartig, daß es nichts Neues unter dem bauerlichen Himmel gibt. Grund und Boden als Grundbedingung der Siedlungsfähigkeit eines Gebietes, als Weide und Wald, Wiese und Acker, als Grundlage des menschlichen Lebens überhaupt, schlechthin als „Gut“ bezeichnet, war meist nie das Eigentum des auf dem Gute hausenden Bauern. Es war im Eigentum des Landesherrn, der getreuen Leute seiner Gefolgschaft oder der Einheimischen. Dieses Leihen machte den belehnten Bauern abhängig. In Tirol änderte sich dies langsam, über Jahrhunderte hinaus. In unserem Jahrhundert wurde die persönliche Freiheit und das persönliche Eigentum endlich errungen und gesichert, um sehr rasch zu einer „Sache“ zu werden.⁽¹⁵⁾

Diejenigen Bergbauern, die noch die Überlebenskunst, in Härte entwickelt, besitzen, können auch dem neuen Kolonialismus gestroßt entgegenblicken. Wird aber nicht die Mehrzahl unserer Bauern zu einem Kolonialvolk? Diese Frage muß man sich offen schon deswegen stellen, weil der heutige Sozialismus in all seinen Variationen, kein sozial-politisches Gespür für das Bauerntum hat.⁽¹⁶⁾

Dabei ist nicht zu übersehen, daß der vor-marxistische Sozialismus wohl über fruchtbare Traditionen gerade im gemeinschaftlich-genossenschaftlichen Bereich verfügte. Die Dorfgemeinschaft „Mir“ in Russland oder die „Zadruja“ in südlawischen Ländern, wie das Gedankengut von Kropotkin, beweisen dies zur Genüge. Jegliche Überschau der Lebens- und Produktionsweisen der bauerlichen Bevölkerung der Erde zeigt, welchen Ausnahmefall die europäische Entwicklung seit der französischen Revolution, geschweige schon der amerikanischen seit der Öffnung der Prärien, darstellt. Vielmehr, trotz tiefer Einschritte, ergibt sich in der ganzen Welt eine mehr oder weniger ökologische Landwirtschaft, fast eine Gartenkultur, als die überlebensfähige Agrikultur. Ja, man kann so weit gehen und beweisen, daß Krisen wie Hungersnot, Bevölkerungsanstauungen und Produktionsverschiebungen erst mit dem Kommen der Europäer in der ersten Phase der Weltübernahme, und durch

die Amerikaner in der zweiten Phase durch Multis und Agrarwissenschaft, auftreten. Obendrein wurde ein Modell der Agrarpolitik auf drei Säulen in diese numehrigen Entwicklungsgebiete exportiert, welches uns schon nicht mehr befriedigt. Es handelt sich um das Prinzip der Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen bei niedrigen Lebensmittelpreisen; Verbesserung der Inlandselbstversorgung; Rationalisierung in Form von Spezialisierung und Technisierung. Überwältigende Resultate sind die Verringerung des bäuerlichen Bevölkerungsanteils und ökologische Störungen. Zu letzteren gehören auch die zunehmenden Lasten der Mechanisierung.

Es ist total unerwartet, aber signifikant, daß gerade die USA, verantwortlich für die zweite Welle der Zerstörungsversuche des Weltbauerniums, sich heute an „bäuerlichen“, sprich ökologischen Grundsätzen selbst sanieren möchte. Man kann von einer Sternstunde für den ökologischen Landbau in den USA sprechen, seitdem das Landwirtschaftsministerium sich massiv für die Förderung jener Methoden, meist im Widerspruch zu den zünftigen Universitätslehrern und Forschungsvorhaben der chemischen Industrien, einsetzt, die alleine zu versprechen scheinen, jene Balance zwischen Mensch und Natur wieder herzustellen, auch bei steigenden Zahlen von Erdbewohnern. Die sogenannten „Hearings“ im amerikanischen Kongreß begannen 1978. Die Untersuchungen von Prof. Lockeretz (Washington University in St. Louis, Missouri) bewiesen, daß Maiskultur aufgebaut auf sogenannten biologischen Prinzipien ertragreicher und wirtschaftlicher war als jene auf den Prinzipien der grünen Revolution, hohem Energieeinsatz, Kunstdünger und Pestiziden aufgebaut. Viele andere Zeugen kommen in jedem 1427 Seiten starken Dokument zu Wort (Klepper, Roberts, Bergland usw.).⁽¹¹⁾

Zugleich erkannten aber auch verschiedene Gouverneure ländlicher Gebiete in den Vereinigten Staaten, daß jene Renaissance der Öko-Landwirtschaft eben nicht nur ein wissenschaftliches und wirtschaftliches Problem ist, sondern auch ein soziologisches. Der Staat Pennsylvania begann daher den Reigen zur finanziellen Förderung von sogenannten Familienfarmen, Betrieben, wo die Familienmitglieder auf der Scholle verbleiben, um eine intensivere ökologische Betreuung mit Mischkultur, gärtnerischen Einschlägen, Kompostveredelung und dergleichen vorzunehmen.

Das bringt mich, nach meiner Überzeugung, zur Kernfrage; die Liebe zum bäuerlichen Leben, mit all dem, was dazu gehört, von Kultur angefangen bis zu einer konservativen Sozialreform. Es ist signifikant, daß sogar in

einem so nüchternen Dokument, wie den 386-seitigen Hausmitteilungen über Landwirtschaft der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1974), betitelt „Ökologische Folgen der Anwendung moderner Produktionsmethoden in der Landwirtschaft“, sozialromantische Elemente zu finden sind!

Es ist nicht Romantik, wenn wir heute mit wissenschaftlichen Beweisen sagen können, daß bäuerliches Leben, auch unter den schrecklichsten Bedingungen der Unterdrückung, wie in den meisten Ländern, doch einen Grad an Selbstständigkeit hat, wie fast kein anderer Beruf einer technisierten Welt. Aus diesem Selbstständigkeitserlebnis quillt immer wieder der Born der Freiheit hervor und nicht umgekehrt, zuerst Freiheit, dann wird es mehr glückliche Bauern geben. Man lerne aus dem Freiheitsdrang der polnischen Bauern von heute! Man erinnere sich an die Bauernkriege, die daher die Botschaft Christi neu, unmittelbarer und tiefer verstehen konnten, als so manche Theologen und Kirchenmänner. Diese Selbstständigkeit kommt daher, daß der Bauer das Lebendige betreut, pflegt und behütet. Das Leben ist nämlich die größte und auch privilegierteste Aufgabe, die von einem Schöpfer-Gott jemals seinem Geschöpf Mensch anvertraut wurde! Pflege und Sorgfalt prägen den menschlichen Charakter! Jener formt sich zu einer Entscheidungsstärke, die den bäuerlichen Menschen immer in die Nähe des „Religiösen“ bringt, was immer die Kultur und konkrete Form dessen sein mag. Ja, die Kultur ist engst verbunden mit Agrikultur. Die Wohnkultur, die Sachkultur, die Musik- und Brauchtumskultur usw. sind ohne den bäuerlichen Menschen und seiner einmaligen Lebensweise undenkbar. Diese Kultur ist nämlich Trägerin des Alltags! Dabei darf die Bäuerin nicht vergessen werden: ohne ihren Beitrag gäbe es wahrscheinlich heute noch weit mehr die Nomaden- und Hirtenkultur als die Agrikultur. Darf ich mit einem biblischen Wort enden. Ich bin tief überzeugt, daß Gott den Menschen als Gärtner und nicht als Bauer schuf. Bauer wurde der Mensch erst außerhalb des Paradieses. Die Bürde, die damit auf uns gelegt wurde, kennen wir alle, die jenes Leben praktizieren. Und da wir nicht im gärtnerischen Paradies zur Zeit leben, wird das bäuerliche Leben auch immer seine Probleme haben; werden auch meine Ausführungen, die ich Ihnen ehrlich darbot, bei manchen auf Widerspruch stoßen; ja, kann uns überhaupt nur die gegenseitige menschliche Achtung und Liebe etwas weiterbringen. Endgültig löst sich die Fragestellung aber erst dann wieder, wenn die Menschen alle, wie es die Bibel voraussagt, jeder Mann mit seiner Familie in einem kleinen Haus mit

einem kleinen Garten leben wird. Das wird kommen. Vorher aber blühen uns noch die apokalyptischen Wolkenfälle, die der Mensch in seiner Hybris hochgehen lassen wird.

Anmerkungen:

- (1) USA Regierung „Global 2000“, 1980; Club of Rome, Integrated World Report“, 1971; UN, „World Model Report“, 1975.
- (2) Paul G. Hoffmann, One hundred countries, one and one quarter billion people, 1960.
- (3) Ein breites Publicationsprogramm diesbezüglich findet sich u. a. bei Farmers Assistance Board, 1428 Taft Ave., Manila, Philippinen.
- (4) Unter den vielen Schriften gerade über das bäuerliche Leben der Chinesen seien zwei vergleichbar klassiker empfohlen, Hisanori Fei und Chen Chia, Earthbound China, 1948 und Rudolf P. Hohenberg at Work, 1937.
- (5) Eine der fruchtbartesten Informationsquellen gerade für Europäer und Nordamerikaner findet sich in International Foundation for Development Alternatives Dossier, CH-1260 Nyon. Darin geben vor allem Wissenschaftler aus der bürgerlichen Dritten und Vierten Welt den entwickelten Ratschläge.
- (6) G. T. Wrench, M. D., The Restoration of the Peasantries, 1939.
- (7) Zwei klassische Schriften sind die, weitgehendst in Indien entstandenen Werke von Sir Albert Howard, An Agricultural Testament, 1940 und The Soil and Health, 1947.
- (8) G. T. Wrench, M. D., The Wheel of Health, 1938.
- (9) Osttiroler Heimatblätter, 48. Jahrgang/Nr. 12 (Dezember 1980).
- (10) Die klassische Arbeit von Davit Mitrany, Marx against the peasants, 1930 sollte wieder ins Gedächtnis gerufen werden!
- (11) USDA Study Team on Organic Farming in the United States, Report and Recommendations on Organic Farming, 1980.



IST DIE FAMILIE NOCH GEFRAGT?

Wie stellt man es an, wenn man eine solche Frage beantworten will? Es ist naheliegend, zunächst einmal die eigenen Erfahrungen zu überprüfen. Ja, und da fällt jedem bald auf, daß die Zahl der Ehen, in denen Gleichgültigkeit vorherrscht, schwere Probleme auftreten oder die geschieden werden, doch recht groß ist. Man registriert, daß die jungen Leute schon recht früh feste Bindungen — allerdings ohne Eheschließung — eingehen, daß es geradezu altmödisch geworden ist, sich gegen sexuelle Freizügigkeit zu äußern. Man stellt fest, daß immer mehr alte Menschen in die Altersheime abgeschoben werden, die Familien nur mehr zum Fernsehen zusammenkommen, man sich mit dem Gespräch schwer tut...

Daß all dies nicht nur subjektive Eindrücke sind, sondern daß wir es nach wie vor mit Auflösungserscheinungen der Familie zu tun haben, zeigt uns ein Blick auf die Statistik. Und zwar lassen all jene Daten, die die Entwicklung der Familie in Österreich im vergangenen Jahrzehnt beschreiben, erkennen, daß diese Grundform menschlichen Zusammenlebens zunehmend gefährdet ist und darauf dran ist, ihre Funktionsfähigkeit zu verlieren.

Als erstes fällt die weiterhin anhaltende Verkleinerung der Familieneinheiten auf. Wohl die wichtigste Ursache für diesen Trend ist der massive Rückgang der Kinderzahlen: Das gesamte letzte Jahrzehnt war durch stark sinkende Geburtenzahlen gekennzeichnet. Im Jahr 1979 erreichte die Reproduktionsrate (jene statistische Maßzahl, die angibt, wieviele weiblichen Nachkommen im Durchschnitt jede Frau das Leben schenkt) mit 0,77 einen Tiefpunkt (eine Reproduktionsrate von 1 würde anzeigen, daß die Bevölkerung weder wächst noch schrumpft). Damit weist Österreich im internationalen Vergleich nach der BRD weltweit die niedrigste Geburtenfreudigkeit auf!

Besonders auffallend ist der drastische Rückgang der hochrangigen Geburten. Das heißt, es gibt immer weniger Familien mit 4, 5 oder mehr Kindern. Zwischen 1967 und 1977 ist die Zahl der Drittgeborenen auf 52%, die der Fünftgeborenen auf 39% und die der Achtgeborenen auf 30% zurückgegangen. Man kann nicht einmal mehr davon sprechen, daß die Zwei-Kinder-Familie die Norm ist. Vielmehr gibt es bereits einen Trend zur Ein-Kind-Familie! Auch das Auseinanderfallen der Mehrgenerations-Familie hält an. Besonders kennzeichnend dafür ist der An-

stieg der Ein-Personen-Haushalte: Ihr Anteil stieg von rund 20% (1961) auf etwa 26% (1977). Allein in Wien waren schon 1971 35% aller Haushalte von nur einer Person bewohnt.

Hinter diesen nüchternen Zahlen steht vor allem das Problem des alten Menschen. Besonders betroffen sind die Frauen: Sie haben eine um rund 7 Jahre längere Lebenserwartung und sind im allgemeinen etwa drei Jahre jünger als ihr Partner bei der Eheschließung. Rechnet man diese Werte zusammen, so kann man leicht erkennen, daß Frauen im Durchschnitt 10 Jahre ihres Lebens als Witwe alleinstehend verbringen müssen.

Eine weitere auffallende Erscheinung ist die starke steigende Scheidungshäufigkeit. Wenn auch Österreich hier eine nicht ganz so dynamische Entwicklung durchmacht wie die westlichen Industrieländer (dort haben sich die Scheidungsziffern von 1960 bis 1977 etwa verdoppelt), so ist doch auch bei uns ein deutlicher Anstieg zu vermerken (1,14 Scheidungen auf 1000 Einwohner 1960 gegenüber 1,7 im Jahre 1979).

Stark steigend ist dementsprechend auch die Zahl der von Scheidungen betroffenen Kindern: Den 7300 Scheidungswaisen des Jahres 1966 stand 1979 bereits mehr als doppelt so viele, nämlich 14.967 gegenüber! Damit wird offenkundig, daß selbst das Standardmodell der Kernfamilie in sehr vielen Fällen nicht mehr gegeben ist. Derzeit wird etwa jede vierte Ehe geschieden und jedes zehnte Kind ist Scheidungswaise!

Auf die zunehmende Instabilität der Mann-Frau-Beziehungen machen auch die sinkenden Heiratsziffern aufmerksam. Die Heiratsquoten sind von 1964 bis 1979 um 25% gesunken. Immer mehr junge Menschen gehen ehelähnliche Beziehungen ohne Eheschließung ein. Partnerschaften werden eingegangen, ohne daß die Absicht besteht, sich lebenslänglich festzulegen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß die Zahl der unehelichen Geburten steigt: 1967 betrug ihr Anteil 11%, 1979 waren es bereits 16,5%. Auch diese Entwicklung bringt zum Ausdruck, daß immer häufiger nicht einmal mehr die Kernfamilie als Rahmen für das Zusammenleben genügt: Entweder leben auch hier Mütter mit ihren Kindern allein, oder die Kinder wechseln in einer Abfolge von Partnerschaften mehrmals den Vater.

Verlängert man die derzeit vorherrschenden Trends hunderte Jahre in die Zukunft, so entsteht das Bild einer Gesellschaft, in der die Familie kaum mehr ein tragendes Element des Zusammenlebens ist: Pro Familie gibt es

maximal nur mehr zwei, meistens aber nur ein Kind: die Reproduktionsrate sinkt auf einen Wert, der zum Ausdruck bringt, daß die Bevölkerung von einer Generation zur nächsten jeweils auf die Hälfte schrumpft; die Scheidungen werden so häufig, daß im Durchschnitt jedermann zweimal in seinem Leben geschieden wird (aber vielleicht heiratet man überhaupt nicht mehr!); die Haushalte mit fünf Personen sind bis dahin verschwunden; es gibt nur mehr Scheidungswaisen und die Überalterung der Bevölkerung ist enorm (fast jeder zweite ist älter als 65 Jahre).

Ein Blick auf die politischen Akzente, die in der letzten Dekade gesetzt wurden, belehrt uns, daß diese Entwicklung von der Gesetzgebung und der Imagebildung her durchaus begünstigt worden ist: Liberalisierung der Abtreibungs-, Ehestörungs-, Homosexualitäts- und Scheidungsgesetzgebung, praktische Freigabe der Pornographie, Einführung der Individualansteuerung der Haushaltsbesteuerung, Akzentverschiebung des Rollenbildes der Frau in den Schulbüchern (Leitbild von der außerhäuslich berufstätigen Frau). Auch die derzeitigen Versuche, das Wahlrecht zu ändern, haben eine familienfeindliche Tendenz.

Alles scheint somit darauf hinzudeuten, daß Familie nicht mehr gefragt ist. Allerdings muß dann die Frage gestellt werden, ob eine Gesellschaft überhaupt ohne funktionsfähige Familien existieren kann. Mit anderen Worten: Ist die Welt, die Aldous Huxley in „Brave New World“ entwirft und in der es nur mehr den Einzelmenschen auf der einen und die Gesellschaft auf der anderen Seite gibt, überhaupt realisierbar?

Daß dieses Konzept nicht zu verwirklichen ist, zeigen uns die Schlüssefolgerungen aus einem internationalen Vergleich der Situation der Familien in europäischen Ländern, den ich vor einigen Jahren im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung angestellt habe.

Aus dem Vergleich einer Fülle von statistischen Daten für die Jahre 1950 bis 1973 ließen sich folgende Zusammenhänge erkennen: Es gibt zwei Gruppen von Erscheinungen, die miteinander in Beziehung stehen:

1. Mittleres Heiratsalter, mittlere Kinderzahl in den Familien, Anteil der ledigen Personen an der Gesamtbevölkerung, durchschnittliche Haushaltsgroße und Häufigkeit von späten Geburten (sowohl in bezug auf die Ehedauer als auch im Verhältnis zum Alter der

Mutter) sind positiv korreliert. Das bedeutet, daß je stärker eine der Erscheinungen in einem Land ausgeprägt ist, umso größer sind auch die Werte dieses Landes bei den anderen Variablen. 2. Ebenfalls positiv korreliert sind: Die Zahl der vorehelich gezeugten und unehelichen Kinder, der Anteil der Geburten, der auf junge Frauen entfällt, die Scheidungshäufigkeit, die weibliche außerhäusliche Berufstätigkeit und die Häufigkeit, mit der Ehen schon nach kurzer Dauer geschieden werden. Auch hier ist es so, daß je höher z. B. die Scheidungshäufigkeit in einem Land ist, umso höher ist etwa auch im Durchschnitt die Zahl seiner unehelichen Geburten.

Interessant ist nun, daß die beiden Gruppen von Erscheinungen untereinander wieder in Beziehung stehen: Je höher die Werte der einen Gruppe in einem Land sind, umso niedriger sind die der anderen Gruppe und umgekehrt. Wir können hier von einer negativen Korrelation sprechen.

Zusammenfassend bedeutet das, daß all diese Variablen in Beziehung zueinander stehen und daß sie alle verschiedene Aspekte eines dahinterstehenden Grundphänomens, nämlich der Situation der Familie in den einzelnen Ländern widerspiegeln.

Entscheidend ist nun der folgende Hinweis: Versucht man das Klima des „Wohlbefindens“ in den Ländern datenmäßig zu erfassen, so kann man dies anhand von Maßgrößen wie Selbstmordhäufigkeit, Eigentumskriminalität und Mordhäufigkeit tun. Dabei stellt sich heraus, daß auch diese Größen untereinander in Beziehung stehen und gewissermaßen als Maßstab für den psychischen Zustand der Bevölkerung eines Landes angesehen werden können. Schließlich streben wir doch alle eine Gesellschaft an, in der es keine Selbstmorde gibt!

Nun zeigt eine Gegenüberstellung der Wohlbefindensindikatoren mit den Familienvariablen, daß zwischen Familie und Wohlbefinden ein Zusammenhang besteht, der in Abbildung 1 dargestellt ist und folgendermaßen beschrieben werden kann. Eine günstige Familiensituation, also eine Konstellation, die mit geringer sozialpsychologischer Belastung einhergeht, ist durch folgende Erscheinungen gekennzeichnet: — Das mittlere Heiratsalter ist eher hoch, — die Scheidungshäufigkeit gering, — der Anteil der Ehen, die nach kurzer Dauer geschieden werden, klein, — die Zahl der Kinder pro Familie ist relativ hoch, — der Anteil der Ledigen an der Bevölkerung ebenfalls, — die Haushalte sind eher groß, — die Zahl der vorehelich gezeugten und unehelichen Kinder ist relativ klein; — junge Frauen bekommen relativ sel-

tener Kinder und die außerhäusliche Berufstätigkeit der Frau ist relativ weniger bedeutend.

Nach dem Kriterium des möglichst geringen Auftretens von sozialpsychologischen Belastungsscheinungen läßt sich somit das traditionelle Familienleitbild als positiv bewerten, das Emanzipationsmodell als negativ. Das bedeutet konkret, daß wer die Familie zerstört, damit eine weit über die Familie hinausreichende negative Entwicklung begünstigt, nämlich die wachsende psychische Belastung der Bevölkerung sowie eine steigende Aggressivität.

Wir sollten daher die eingangs gestellte Frage umformulieren. Es geht eigentlich weniger darum, ob die Familie noch gefragt ist, sondern vielmehr um die Frage, ob wir ohne Familie überhaupt auskommen können. Zumindest, was das nicht materielle Wohlbefinden des Menschen anbelangt, scheint diese Frage beantwortet zu sein: Es geht offensichtlich nicht ohne Familie. Denn je schlechter die Familiensituation ist, umso schlechter ist auch das sozialpsychische Klima, umso unglücklicher der Mensch. Daß es ohne Familie nicht geht, wird aber noch zusätzlich dadurch bestätigt, daß selbst die wirtschaftliche und gesellschaftliche Leistung letztlich von halbwegs intakten Familienverhältnissen abhängt.

Wie einschlägige Untersuchungen zeigen, besteht ein enger Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Leistung eines Landes und den Werten und Einstellungen seiner Bevölkerung. Eine Schlüsselvariable für das Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Grad des Engagements der Bevölkerung, das Ausmaß ihrer Leistungsbereitschaft. Diese Größe läßt sich auch datenmäßig erfassen und wurde von dem amerikanischen Psychologen McClelland für die europäischen Länder erhoben.

Vergleicht man die Leistungsmotivation der Völker Europas in den späten zwanziger Jahren mit der wirtschaftlichen Leistung ihrer Länder in den frühen siebziger Jahren, so erkennt man deutlich, daß hier eine positive Beziehung besteht: Je höher die Leistungsmotivation, umso reicher das Land. Eine Gegenüberstellung dieser Motivationsvariablen mit dem Indikator für die Familienverhältnisse zeigt hingegen eine negative Beziehung: Je mehr sich die Menschen auf wirtschaftliches Engagement ausrichten, umso schlechter ist die Situation der Familie (auch bei diesem Vergleich wurde die Motivation in den zwanziger Jahren der Familienvariablen in den siebziger Jahren gegenübergestellt).

Offensichtlich hängt es von unseren Wertvorstellungen ab, was wir im Leben für wichtig erachten und wohin wir unsere Energien orientieren: Aus-

richtung auf wirtschaftlichen Erfolg gefährdet eben die Familie.

„Kann man eben nichts machen“, wird so mancher nun argumentieren. Alles habe eben seinen Preis. Und da wir Wirtschaftswachstum wollen, müssen wir nun einmal mit Einbußen bei der Familie rechnen.

Daß dieser Prozeß der einseitigen Ausrichtung auf wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg nicht beliebig fortgesetzt werden kann, darauf machen uns aber ebenfalls die Psychologen aufmerksam. Sie sind nämlich der Frage nachgegangen, wie denn diese so notwendige Leistungsmotivation überhaupt entsteht, welche Bedingungen in der Kindererziehung gegeben sein müssen, damit ein Kind überhaupt diese Eigenschaft entwickelt.

Und hier gelangen sie zu einem Ergebnis, das für unsere Fragestellung von entscheidender Bedeutung ist: Ein Kind wird leistungsmotiviert, wenn ihm in der Erziehung ein vernünftiges Maß an Freiheit für die Entfaltung seiner Persönlichkeit eingeräumt wird. Aber nur dann nützt dies etwas, wenn es gleichzeitig die Erfahrung einer liebevollen Zuwendung, insbesondere von Seiten seiner Mutter, macht.

Leistungsmotivierte Menschen wachsen also nur in intakten und stabilen Familienverhältnissen heran und zweifellos nicht in Anstalten der Kinderbewahrung, die letztlich die einzigen Alternativen zur Familie sind. Damit wird aber auch offenkundig, daß ein Prozeß der Ausrichtung auf gesellschaftliche Leistung auf Kosten der Familie nicht beliebig lang fortgesetzt werden kann. Wir brauchen vielmehr eine ausgewogene Ausrichtung, die Leistung weder vergötzt noch verachtet. Diese Ausgewogenheit ist aber auch notwendig, wenn es darum geht zu entscheiden, wieviel Anstrengungen für die Familie und wieviel für die Gesellschaft als ganzes gemacht werden sollen.

Langfristig können wir es uns auch wirtschaftlich nicht leisten, unsere Familie zugrunde zu richten. Und somit wird auch aus dieser Sicht erkennbar, daß die ursprünglich gestellte Frage neu formuliert werden muß.

Die Frage zum Schluß dieser Ausführungen müßte also lauten: Können wir ohne Familie überleben? Und die Antwort darauf ist klar und eindeutig: Ohne funktionierende Familie wird unsere Gesellschaft zusammenbrechen. Es geht nicht ohne Familie.

Nun lassen sich zweifellos zum Thema Familie die schönsten Theorien, Ideologien entwickeln und Festreden halten. Sicher bedarf es einer familienfreundlichen Politik in unserem Lande; diesbezüglich besteht kein Zweifel. Sicher kann man sich eine Reihe von Maßnahmen einfallen lassen, die in gewissen Einzelbereichen den Familien das Leben erleichtern. Wir sollten in

dieser Hinsicht nichts unversucht lassen.

Dabei sollten wir uns aber dessen bewußt bleiben, daß damit nicht die wesentlichsten Hebel bewegt worden sind. Denn, wenn es um ein erfülltes Familienleben geht, dann steht nicht die allgemeine Theorie im Vordergrund, sondern die eigene Praxis, meine und deine. Und hier möchte ich abschließend auf ein weites Betätigungs-feld hinweisen, das sich für jeden von uns in seiner eigenen Familie eröffnet. Sollten wir nicht — vor allem dann, wenn wir von der Überzeugung getragen sind, daß Familie wichtig ist — zunächst auf unsere eigene Familie achten? Wäre hier nicht Raum für weitere Verbesserungen — vor allem solcher, die von mir ausgehen sollten?

Trifft uns der Vorwurf vieler Jugendlicher, für die die Ehe ein antiquiertes Zwangskorsett ist, nicht ganz persönlich? Mangelt es nicht wirklich an Vorbildern für erfülltes Eheleben?

Ähnliche Fragen könnten wir uns selbstverständlich auch bezüglich der anderen Beziehungen in der Familie stellen — zu den Kindern, den Eltern. Wäre da nicht vieles verbesserungsfähig — in der eigenen Familie?

Eigentlich sollten uns diese Überlegungen mit Hoffnung erfüllen. Zeigen sie doch, daß jeder in seinem eigenen Bereich vielfältige Möglichkeiten hat — ganz ohne auf die Hilfe der hohen Politik angewiesen zu sein —, einen wesentlichen Beitrag für unser aller Zukunft zu leisten.

Hubert Herk

GEDANKEN ZUR BÄUERLICHEN FAMILIE

I ch möchte in diesem Artikel auf einige Probleme hinweisen, die für die bauerliche Familie bestehen.

In meinen Augen ist es ein Fehler, wenn man versucht, die bauerliche Lebensform mit der des Städtlers zu vergleichen. Natürlich sieht man dabei nur die Vorteile des anderen, und stellt diesen die eigenen Nachteile gegenüber. Ich glaube, daß man die beiden Lebensformen kaum vergleichen kann, da die Grundlagen einfach zu verschieden sind. Der Bauer arbeitet auf seinem eigenen Grund und Boden, zu dem er eine starke persönliche Bindung hat. Mit seiner Arbeit gestaltet er auch seine Umwelt, während der Arbeiter seinen Job ausübt, um sich mit dem dabei verdienten Geld in seiner Freizeit einen persönlichen Bereich zu schaffen. Die Arbeit auf dem Bauernhof fordert den Geist wie den Körper. Ich möchte sie daher als gesunder bezeichnen. Acht Stunden am Fließband zu stehen ist, so glaube ich, eine höhere Belastung, als sich zehn Stunden in der Landwirtschaft zu betätigen.

Warum sehen wir Unterschiede immer negativ? Ist die Verschiedenartigkeit nicht ein Garant für unsere persönliche Freiheit? Die Probleme des Bauernstandes kennen wir ohnehin zur Genüge. Denken wir doch auch einmal an die Vorteile, die uns die bauerliche Lebensform bietet.

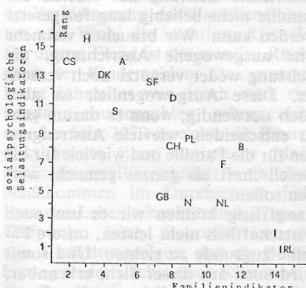
Ich würde es als eine wesentliche Einschränkung meiner persönlichen Freiheit betrachten, wenn ich nur mit Hilfe eines Parteibuches einen Posten bekäme. Es ist traurig, daß man als Arbeitnehmer trotz Tüchtigkeit auch oft noch einen kräftigen Schub benötigt, um beruflich etwas zu erreichen.

Um wieviel höher ist doch die Achtung des Sohnes vor dem Vater, wenn er sieht, mit wieviel Geschick und Können dieser seine Arbeit verrichtet. Die Erziehung ist dadurch viel problemloser, da der Sohn seinen Vater um vieles mehr schätzt, als wenn er diesen nur am Abend getrennt von seinem Arbeitsbereich erlebt. Auch die Ehegatten lernen einander besser schätzen und zu achten, wenn sie gemeinsam an einer Sache arbeiten, die noch dazu ihre eigene ist. Sicher treten dabei auch oft Probleme auf, aber haben gemeinsam bewältigte Schwierigkeiten nicht oft Menschen näher gebracht als drei Wochen Sonnenbad am Meer? Toleranz ist ein beliebtes Schlagwort unserer Zeit. Das Wort sozial scheint eine Erfindung des letzten Jahrzehnts

zu sein. Wo, so frage ich, kann man diese Tugenden leichter erlernen als in der bauerlichen Familie? In einer Familie, in der der Jugendliche lernt, Rücksicht zu nehmen auf alte und kranke Menschen. Wo der Enkel seine Oma pflegen hilft. Ich glaube nicht, daß in solchen Familienstrukturen einmal der Ruf nach Euthanasie laut wird.

Um wieviel verständlicher ist die Welt doch für einen Menschen, der mit Tieren lebt, der die vielen kleinen Wunder der Schöpfung erleben darf. Um wieviel leichter ist doch im Einklang mit der Natur die Frage nach Gott und dem Lebewesen zu beantworten. Unsere materialistische Wohlstandsgesellschaft hat diese Frage geflissenlich ausgeklammert. Ich glaube, daß die Wurzeln von Alkoholismus und Drogensucht gerade hier ihr Fundament haben. In den bauerlichen Familien sind Grundwerte (Glaube, Gefühl für die Natur, positive Einstellung zur Arbeit), die der Mensch einfach braucht, wenn viele sie scheinbar auch vergessen haben, noch vorhanden.

Es bleibt nur zu hoffen, daß in Zukunft die ohnehin bereits enorme wirtschaftliche Belastung der bauerlichen Familie nicht noch größer wird und diese dadurch schweren Schaden erleidet. Nur wenn diese Probleme bewältigt werden können, darf man erwarten, daß auch weiterhin junge Menschen bereit sind, diesen Beruf, der so viel Schönes bietet, zu erwählen.



Gegenüberstellung eines Indikators für Soziopsychologische Belastung und eines Indikators für die Situation der Familie: europäischer Querschnitt 1968–1970.

Quelle: UNO: Demographic Yearbook, New York; WHO: World Health Statistics Annual.



AUS DER SICHT EINES „STADTFLÜCHTLINGS“

In der Bundeshauptstadt geboren, in einem der inneren Bezirke aufgewachsen und in die Volks- und Mittelschule gegangen, anschließend an der TU Wien Architektur studiert und ein Jahr in einem Architekturbüro in unmittelbarer Nähe des Stadtzentrums gearbeitet, sind die knappest formulierten Ausgangsfakten zu diesem bruchstückhaften Erfahrungsbericht. Das macht in Summe 26,5 Jahre Großstadt — mit Ausnahme der obligaten Sommerferien während der Schulzeit — Sommerferien, die durchwegs auf Bauernhöfen verbracht wurden. Heu- und Erntearbeit, Hochalm, schlachten u.v.m. sind keine unbekannten Tätigkeiten und Begriffe. Diese ersten Kontakte mit dem Leben auf dem Land — in Urlaubsstimmung als Abenteuer und Abwechslung empfunden — wurden während des Studiums unterbrochen. Reisen in andere Länder und — vor allem in andere Großstädte ersetzten die jährlichen Sommeraufenthalte auf dem Land.

In der Großstadt rekrutieren sich die „Erfahrungen“ mit dem Grün (Grünflächen, Wiesen, Parks, Wald, Felder, Gärten u. a.) aus gelegentlicher unerlaubten Besuchen eines ca. 25 mal 50 m großen Schulgartens mit ca. 7—8 doch beachtlich großen Bäumen — daher auch Vögel — gegenüber dem Wohnhaus mit rund 12 Mietwohnungen und dem visuellen Kontakt mit einem Park hinter dem Wohnhaus, der mit einer rund 3 m hohen Mauer umgeben war. Bis 1955 war auch ein illegaler Besuch nicht ratsam, da der Park und das dazu gehörige Palais von einer Besatzungsmacht genutzt wurde; nach 1955 ersetzen ein Verwaltungsgebäude mit dazugehöriger PKW-Abstellfläche das Palais und den Park. Diese „Basisgrünerfahrungen“ wurden durch gelegentliche Streifzüge ergänzt, die hauptsächlich in den Prater — Entfernung von der Wohnung mindestens 3 km — führten.

Waren in der Volksschulzeit Kinder aus der unmittelbaren Umgebung, des gleichen Häuserblocks die Spielkollegen, so wuchsen die Entfernungen zu den Freunden und Bekannten mit der Anzahl der absolvierten Schul- und Studienjahre. Gegen Ende der Mittelschulzeit war ein großer Teil des Stadtgebietes zum Aktionsgebiet geworden. Die Teilnahme, aber auch das Interesse am Geschehen in der unmittelbaren Umgebung ging schrittweise zurück. An diesem Beziehungsmuster änderte

sich bis zum Ende der Großstadtzeit wenig.

Eine berufliche Veränderung brachte auch einen Wohnortwechsel mit sich, notwendigerweise. Die Großstadt wurde mit einer Stadt mittlerer Größe vertauscht. Die Einwohnerzahl des neuen Wohnorts beläuft sich auf jene von ca. 4 Stadtbezirken der „verlassenen“ Großstadt. Eines wird sehr rasch deutlich, die Überschaubarkeit des neuen Lebensbereiches. Gefördert durch den Beruf, wird der verlorene Freundeskreis durch eine Reihe neuer Kontakte ersetzt, die sich in kürzester Zeit verdichten. Zwar fehlt die gemeinsame Vergangenheit, aber die gleichartigen Interessen erweisen sich als tragfähiger Untergrund — auch für neue Freundschaften.

Anfangs wird die fehlende Anonymität als Nachteil empfunden, bei nahezu jeder Gelegenheit begegnet man jemanden aus einem anderen Lebensbereich, eine Erfahrung an die es sich zu gewöhnen gilt — und auf die auch mit einer Verhaltensänderung reagiert wird. Distanzen innerhalb der Stadtgrenzen — und sogar darüber hinaus — werden nicht als belastende Entfernung empfunden.

Das Verhältnis zum Grün — als einen der Schlüsselbegriffe zum Leben auf dem Land — bleibt unverändert. Nur mit dem Unterschied, daß es scheinbar in einem weitaus größerem Umfang vorhanden ist. Das hängt natürlich auch mit den geringeren Distanzen zusammen. Das Land ist näher bei der Stadt.

Völlig unerwartet ergibt sich die Möglichkeit mit der inzwischen auf vier Nassen angewachsenen Familien in eine Gemeinde im Umland der Landeshauptstadt mit ca. 2500 Einwohnern zu ziehen. Gewiß, die Entscheidung zugunsten des Umzugs wird durch die Besonderheiten der neuen Wohnsituation mit vielen ungewöhnlichen Vorteilen erleichtert. Vier neue Stadtflüchtlinge wurden geboren.

Der Wechsel der Wohngemeinde wurde diesmal nicht durch eine Veränderung im Berufsleben verursacht, sondern findet seine Begründung vornehmlich in der Erwartung, daß das Leben auf dem Land — in der neuen Gemeinde — Vorteile mit sich bringt — vor allem für die Kinder und ihre — aber auch die eigenen — Beziehungen zur Umwelt — dem „Grün“. Da das Entfernungsmuster der Geburtsstadt noch immer ausschlaggebend wirksam

ist, wird die Distanz zum Arbeitsplatz — knapp 15 km — nicht als Belastung empfunden. Zu gut sind noch die zeitraubenden Anfahrten in Erinnerung, die für die Überwindung weitaus geringerer Distanz in der Großstadt notwendig waren.

Von größerer Bedeutung war die „Stadtflucht“ für die Beziehungen zu den zurückgebliebenen Freunden und Bekannten. Zwar erfolgte der Wechsel diesmal nicht so radikal wie beim erstenmal, aber die Zeiträume zwischen gemeinsamen Aktivitäten und Treffen haben sich um einiges vergrößert; vor allem werden sie zusehends durch Beziehungen, die sich aus der neuen Wohnumgebung ergeben, überlagert. Anfangs war eine beachtliche Reserviertheit gegenüber den Neuankömmlingen zu spüren. Es stellt auch durchaus keine Seltenheit dar, daß „Zugewanderte“ gänzlich außerhalb des Lebens in der Gemeinde verbleiben, vielleicht auch verbleiben wollen, sozusagen die Anonymität der Großstadt auf dem Lande suchen.

Der Einstieg in die sozialen und gesellschaftlichen Beziehungen einer Gemeinde, die Beteiligung am kommunalen Leben einer Gemeinde ist verbunden mit einer erhöhten Aufmerksamkeit durch die kommunale Öffentlichkeit gegenüber den Neuankömmlingen. Aber auch der Zugewanderte muß lernen. Bisher geübte Verhaltensweisen rufen andere Reaktionen als in der Groß- und Mittelstadt hervor. Großstadt und eine Stadt mittlerer Größe haben wesentlich mehr Gemeinsamkeit als letztere mit einer kleineren Gemeinde.

Die neue Wohnsituation hat auch zu gänzlich neuen Erfahrungen mit dem Naturraum geführt. In der Stadt auf spärliche Rückzugsstellen (dem sogenannten Grün) in einer sonst gebauten Umwelt reduziert, präsentiert sich die, doch zum überwiegenden Teil ebenfalls von Menschenhand geformte Landschaft in der Gemeinde als dominierender und die Lebensabläufe bestimmender Faktor, vor allem natürlich für die, die mir ihr durch Arbeit verbunden sind. Für den „Stadtflüchtling“, der zu dem ihn umgebenden „Naturraum“ keine Beziehungen über seinen Beruf aufgenommen hat, ergibt sich die Situation eines quasi permanenten Urlaubs — zumindest was die visuelle Umwelt betrifft.

WERT UND UNWERT BÄUERLICHEN LEBENS

Die Lebensbedingungen im städtischen wie im ländlichen Raum unterliegen einem steten Wandel. Die Ziele, die für den einzelnen das Leben lebenswert machen, ändern sich dementsprechend. Sie sind abhängig von,
— ob er „Da“ oder „Dort“ lebt,
— wie stark er vom „Geist der Zeit“ geprägt ist,
— wie weit er im Spannungsfeld zwischen Tradition und Fortschritt seine Wünsche, Bedürfnisse, Ängste und Hoffnungen lebt und
— welche persönlichen Grundwerte für ihn zur Gestaltung des Lebens von Bedeutung sind.

Eine objektive und wertfreie Lebensgestaltung gibt es nicht. Sogenannte „wertfreie“ Erziehung ist genauso ein Verbrechen dem Menschen gegenüber wie ein totales Bestimmen des einzelnen Menschen durch eine ideologische oder politische Macht. Jeder Mensch als Kulturwesen gestaltet sein Leben nach persönlichen Zielen und Werten und/oder gesellschaftlichen Normen.

42 Unsere pluralistische Gesellschaft brachte allerdings auch die Relativierung und den Verlust der Glaubwürdigkeit der Werte.

Mit Prof. Heitger gesprochen, muß der einzelne wieder werten lernen, um — wie mir scheint — einer zunehmend „wertlosen“ Gesellschaft zu begegnen. Die Beurteilung bäuerlichen Lebens — ob durch den bäuerlichen Menschen im Sinne der Selbsteinschätzung, oder durch den Außenstehenden im Sinne der Fremdeinschätzung —, kann nur subjektiv sein. Wichtig ist die eigene „Wertordnung“ zu hinterfragen und mit anderen Lebensbereichen zu vergleichen, um

- Fehleinschätzungen der eigenen Lebenssituation zu vermeiden,
- Mißverständnisse zwischen den Lebensbereichen Stadt/Land auszuschalten und
- mißbräuchliche Machtansprüche wie z. B. Einverleibung der Individualität und Eigengesetzlichkeit bäuerlichen Lebens zu verhindern.

Aus Untersuchungen, Befragungen und Gesprächen sei zusammenfassend der Versuch unternommen, aus der Sicht der bäuerlichen Bevölkerung „Wert und Unwert“ bäuerlichen Lebens anzuführen.

Im Rahmen der landwirtschaftlichen Meisterkurse wurden mit einer Prioritätenmatrix die „Personlichen Ziele“ von etwa 250 Meisterinnen und Mei-

ster hinterfragt. Die Reihe der Ziele ergibt folgendes Bild:

1. Unabhängigkeit
2. Sicherheit
3. Zuneigung
4. Selbstverwirklichung
5. Fachwissen
6. Vergnügen
7. Dienst — dem anderen helfen
8. Führung
9. Reichtum
10. Pflicht
- Prestige

Bestimmend für dieses Ergebnis sind neben geschichtlichen Entwicklungen die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und persönlich-kulturellen Bedingungen für das Leben auf dem Lande. Und wie werden diese Bedingungen von den Betroffenen beurteilt? Einer österreichischen Landjugenduntersuchung ist zu entnehmen, daß ländliche Jugend Mängel am Land und in der Stadt folgend beurteilt:

Mängel am Land:

Berufsmöglichkeiten	59%
Ausbildungsmöglichkeiten	46%
Einkaufsmöglichkeiten	35%
Freizeit	34%
Schulen	21%
Finden von Freunden	17%
Sportstätten	12%
Medizinische Versorgung	12%

Mängel in der Stadt:

Gesunde Umwelt	91%
Leben in der Natur	88%
Nachbarschaft	70%
Möglichkeiten zur Eigeninitiative	30%
Sportmöglichkeiten	26%

(Quelle: Mobilitätsuntersuchung der Landjugend)

Dieses Ergebnis deckt sich weitgehend mit den von mir durchgeführten Befragungen und Arbeiten mit Mitgliedern des Bundes Steirischer Landjugend und mit Bäuerinnen im Rahmen von Kursen über das Thema: „Lebensvergleich Stadt/Land“. Die Ermittlung von „Werten, die das Leben lebenswert machen“ und die Beurteilung der „Lebarkeit“ dieser Werte im Vergleich bärlich/ländlicher zu städtisch/industriellem Bereich ergibt folgendes Bild:

A) wirtschaftlicher und arbeitsmäßiger Bereich:

Nachteile im ländlichen Leben:

schlechte Verdienstmöglichkeiten
Abhängigkeit von Natur und Tier
Marktwirtschaftliche Nachteile
Finanzielle Nachteile

Soziale Schlechterstellung
Infrastrukturelle Nachteile
Übergangsprobleme
Ausbildungsmöglichkeiten

Vorteile:

Krisensicherheit
Erzeugung der Nahrungsmittel
Abwechslungsreiche Arbeit
Entscheidungsfreiheit

B) gesellschaftlicher Bereich:

Nachteile:
Diskriminierung des Ansehens
Kulturelle Möglichkeiten

Vorteile:

Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit
Nachbarschaftshilfe
Brauchtumspflege
Kontakt mit Mitmenschen
Anerkennung

C) persönlicher Bereich:

Nachteile:
keine geregelte Freizeit
kein Urlaub
Belastung durch das Generationsproblem

Vorteile:

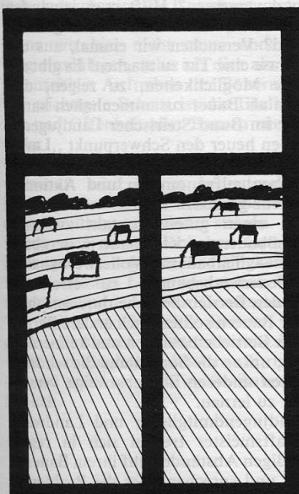
Unabhängigkeit und Selbständigkeit
Möglichkeiten der Selbstverwirklichung
Tätigkeit in der Natur
Möglichkeit der Gestaltung der Familie
Einheit von Lebens- und Arbeitsstätte
Gesunde Umwelt
Persönliche Entfaltungsmöglichkeit und Selbsterfahrung
Sinnfindung des Lebens
Beziehung zwischen Mensch, Tier und Natur
Aktive Freizeitgestaltung
Abwechslung der Arbeit.

Dies sind Beispiele der am häufigsten genannten Vor- bzw. Nachteile bärlich/ländlichen Lebens. Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die positiven Werte in immateriellen Lebensbereich überwiegen und die Belastungen im wirtschaftlichen gegeben sind. D. h. aber auch, daß, wenn die wirtschaftlichen und einkommensmäßigen Probleme der bärlichen Bevölkerung zum Aufbau einer materiell zufriedenstellenden Lebensbasis gelöst werden, ländliches Leben auf Grund der positiven Beurteilung der gesellschaftlichen und persönlichen Bereiche der Betroffenen an Wert gewinnt. Eines kann auf jeden Fall schon heute

— wie immer die Entwicklung sein wird — festgestellt werden, daß bürgerliches Leben weder schlechter noch besser als städtisch industrielles Leben ist, sondern einfach anders und eigenen Gesetzmäßigkeiten unterliegt.

Der vor 10 Jahren allzufrüh verstorbene Schriftsteller Herbert Zand schreibt: „Nirgends steht geschrieben, daß die Bauern die Letzten zu sein haben... Sie könnten begreifen und werden es auch tun, daß sie, jenseits aller muffig gewordenen bürgerlichen Romantik, an einem wichtigen und bevorzugten Platz in der Welt stehen, nämlich dort, wo es um das Leben geht, der Pflanze, des Tieres und des Menschen.“

Bürgerliches Leben scheint für alle an Bedeutung zu gewinnen, vielleicht wird es erstmals in der Geschichte für die Mehrheit der Bevölkerung in nicht allzuferne Zeit ein erstrebenswertes, werterfülltes Leben sein.



Andrea Nievoll

LEBEN AUF DEM LANDE

Straßenlärm, verpestete Luft, tauende Menschen, die aneinander vorbeihasten — das Bild einer Großstadt. Da hat keiner die Zeit oder besser gesagt, nimmt sich keiner die Zeit, mit dem „anderen“ ein paar Worte zu reden. Warum auch?

„Ich kenne diese Frau nicht, was interessieren mich ihre Probleme“, hört man immer wieder sagen.

Menschen, die Tür an Tür leben, wissen nicht viel voneinander. Sie kennen sich kaum. Jeder lebt ein Leben, in dem der Nächste, der Mitmensch keinen Platz hat.

Die Menschen auf dem Lande leben auch ihr eigenes Leben, jedoch ist hier der Nachbar kein „Fremder“.

In einem kleinen Dorf kennt jeder jeden. Im Gasthaus oder am Sonntag auf dem Kirchplatz werden wichtige Sachen ausgehandelt oder über Belangloses geplaudert. Kurz und gut, man trifft sich, um zu reden. Gerade durch das persönliche Gespräch zwischen den verschiedenen Berufsgruppen und zwischen jung und alt können bestehende Vorurteile abgebaut werden.

Auch die gemeinsamen Aktivitäten, die in einem Dorf abgehalten werden, tragen zur Hebung des Gemeinschaftsbewußtseins bei. Ich will hier ein Beispiel anführen:

Wenn in unserem Dorf ein Fest abgehalten wird, ist jeder Bewohner bemüht, sein Bestes zum Gelingen dieses Festes beizutragen. Dieses Zusammenhalten äußert sich nicht nur im Feiern von Festen, sondern auch darin, daß jeder dem anderen hilft, wenn er ihn braucht.

Dieses Miteinander im Dorf darf nicht hinwegtäuschen, daß es für die ländliche Jugend sehr schwer ist, Entscheidungen über ihre berufliche und persönliche Zukunft zu treffen. Die Weiterbildungsmöglichkeiten fehlen weitgehend am Land. Die Kinder müssen schon einen weiten Schulweg zurücklegen, um eine Grundschule zu besuchen. Allzu oft kommt es vor, daß Mädchen und Burschen ihren „Traumberuf“ nicht erlernen können, da die Ausbildungsmöglichkeiten nicht vorhanden sind. Sie üben einen Beruf aus, der ihnen gar nicht gefällt, dem sie nur nachgehen, um Geld zu verdienen. Meiner Meinung nach ist das auch ein wesentlicher Grund, weshalb die Jugendlichen unzufrieden sind. Sie machen ihre Arbeit nicht aus Freude, sondern nur, daß sie leben können.

Durch die Zentralisierung der Arbeitsplätze sind junge Leute gezwungen, zu ihren Arbeits- und Ausbildungsstätten zu pendeln.

Nicht nur in beruflicher, sondern auch in kultureller und sportlicher Hinsicht fehlen der ländlichen Bevölkerung die Möglichkeiten, sich zu betätigen.

Die Gemeinden sind vielfach nicht in der Lage, Geld z. B. für Sportanlagen auszugeben.

Der Jugendliche müßte in die nächstgrößere Stadt, hat aber oft wenige Chancen, den diversen Clubs beizutreten. Die Beiträge, mit denen die Verantwortlichen aufwarten, sind unerschwinglich. Als Alternative bietet sich ihm das Gasthaus.

Ich habe an und für sich nichts gegen Gasthäuser. Sie sind ein wichtiger Ort der Kommunikation und Aussprache. Am Land besteht aber die Gefahr, daß die ländliche Bevölkerung sich nicht bemüht, etwas anderes kennenzulernen. Tag für Tag sitzen die Burschen im Gasthaus, um zu trinken und Karten zu spielen. Dabei vergessen sie, daß es sinnvollere Möglichkeiten gibt, sich zu bestätigen.

Für viele ist ein Zeltfest Inbegriff von Dorfkultur, von negativer Dorfkultur, wo Betrunke und Raufereien im Vordergrund stehen.

Ein Fest, wie schon erwähnt, bietet aber auch die Möglichkeit, das Gemeinschaftsbewußtsein zu fördern.

Der Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln fehlt. Fast jede Familie muß ein Auto besitzen, damit der Mann zur Arbeit kommt, damit man zum Einkaufen kommt.

In der Stadt findet man das nächste Kaufhaus um die Ecke. Da auch die Frauen die Möglichkeit haben, einen Beruf auszuüben, ergeben sich weniger finanzielle Schwierigkeiten.

Sind diese Menschen mit ihrem Leben zufrieden?

Einem Leben in der Großstadt, das so aussieht: In der Früh aufstehen, zur Arbeit hasten, essen, den Abend im Freundekreis, sofern einer vorhanden ist, verbringen.

Ein Leben ohne Kinder. Kinder wären für diese „Familien“ nur eine Belastung.

Wie schön ist dagegen das Leben in einer Großfamilie am Lande. Das Kind wächst in einer echten Gemeinschaft auf, lernt von klein auf verzichten und zurückzustecken. Die Herzlichkeit und das freie Aufwachsen prägt das weitere Leben des einzelnen Menschen.

Die Eltern sollen ein offenes Bekennen zum Beruf ablegen und ihren Kindern geistigen und moralischen Rückhalt geben. Die Schwierigkeiten und Nachteile, die sich für den Jugendlichen am Lande ergeben, helfen ihm, schwierige Situationen zu meistern und ein eigenständiges Leben zu führen.

MORGEN BIN ICH BAUER

Ich soll Bauer sein? Ich werde Bauer sein? Viele Jugendliche, die vor der Wahl stehen, Bauer zu werden oder nicht, vergleichen und sagen: „Als Bauer habe ich keine geregelte Arbeitszeit, kein freies Wochenende. Ich kann nie zusperren und auf Urlaub fahren. Ich kann nicht an jedem 1. des Monats für meine Mühe und Plage einen entsprechenden Lohn abholen... Wie wird es mit dem Bauer werden? Wird man sie in Zukunft überhaupt noch brauchen? Soll ich nur Bauer werden, weil ich den Eltern das nicht antun kann, daß nun alles leersteht...? Ich bin doch ein freier Mensch!“

Gerade weil ich ein freier Mensch bin und bleiben will, habe ich mich entschieden, Bauer zu werden!

Was bedeutet Bauer sein überhaupt? Bauer sein ist eine Aufgabe — Bauer sein bedeutet einer qualifizierten Berufsgruppe angehören.

Wesentliche Faktoren eines Bauern sind:

- Gestaltung und Erhaltung der Kulturlandschaft
- Ernährungssicherung im eigenen Land
- Träger des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens zu sein.

Leider gibt es viele Verunsicherungen und negative Erscheinungen, doch Bauer sein bringt auch sehr viel Positives mit sich.

Vielelleicht kann man auf Grund bestimmter Vorteile die Nachteile in Kauf nehmen. Vielleicht kann jeder Einzelne etwas dazu beitragen, daß es sich in Zukunft noch lohnt, Bauer zu sein.

Der Bauer steht in der Früh auf und geht ein paar Schritte außer Haus und ist im Arbeitsbereich. Man kann sich die Zeit selbst einteilen, selbst Entscheidungen treffen, Pläne schmieden und muß natürlich auch selbst tätig sein. Es ist herrlich, sich mit der Natur zu beschäftigen und in der Natur zu arbeiten. Ein Bauer, der ein wenig Beobachtungsgabe hat, und der sich auch Zeit nimmt für Beobachtungen, der kann gerade dadurch die Schönheit der Natur erfassen.

Ich glaube, es gibt keinen anderen Beruf, der so oft von vorne beginnen muß. Naturereignisse, wie z. B. Hagel, Hochwasser usw., können den Großteil der gesamten Ernte und somit auch das Einkommen des Bauern zerstören. Doch der Bauer gibt nicht auf, denn er lebt und arbeitet im Rhythmus der Natur. Wenn er wieder sieht, wie alles wächst und gedeiht, wie z. B. das Samenkorn in der Erde stirbt, dann aber reiche Frucht bringt, freut er sich wieder. Ich glaube, wenn man diese Dinge be-

wußt sieht, wird man zufriedener. Man sollte dabei aber bedenken, daß nicht wir über die Natur verfügen können, sondern daß dies ein Geschenk Gottes ist.

Der Bauer muß eine positive Einstellung zum Beruf haben und diese den Kindern weitergeben.

Viele Eltern jammern ihren Kindern nur vor, wie schwer es ist, Bauer zu sein. Sie zeigen ihnen nur die Probleme und Nachteile. Ist es da verwunderlich, wenn diese Kinder keine Freude haben, einmal Bauer zu werden?

Es gibt aber auch Eltern, die den Beruf nur positiv darstellen. Diese Kinder werden später enttäuscht sein und sehr bald aufgeben.

Es ist daher wichtig, eine realistische Darstellung zu geben. Wenn ein Jungbauer den Betrieb seiner Eltern übernimmt, so übernimmt er nicht nur den Hof, das Gebäude, Grund und Boden, sondern auch den Stellenwert des Betriebes in der Dorfgemeinschaft, die Eigenart des Betriebes und der Betriebsführung.

Mit der Hofübernahme treten sehr oft auch Schwierigkeiten auf, speziell finanzielle. Es wird von keinen Seiten finanzielle Hilfestellung geboten.

Die wirtschaftliche Lage des Bauern ist nicht gerade „rosig“ und dazu kommt noch eine Verunsicherung: Worauf soll man sich spezialisieren? In welchen Betriebszweig soll man investieren?

Ein weiterer Punkt, der für den Bauern von morgen sehr wichtig sein wird: Ist es nicht so, daß Menschen nur dann zu Höchstleistungen fähig sind, wenn ihr Freiraum und ihre Selbständigkeit so groß wie möglich sind?

Ja, da ist es aber notwendig, alles zu unternehmen, um die Freiheit des Bauern zu gewährleisten. Es wird von verschiedenen Seiten versucht, den Bauern sowohl als möglich abhängig zu machen. In manchen Bereichen der Land- und Forstwirtschaft kommt es zur Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Natürlich sollten sich alle Bauern ein wirtschaftliches Ziel setzen. Sie sollten aber ihren Betrieb nur soweit ausweiten, daß er arbeitskräftemäßig leicht zu bewirtschaften ist und noch Zeit für sich selbst und für die Familie bleibt. Es gibt nämlich viele Bauern, die zwar ein Ziel haben, jedoch es alle Augenblicke höher stecken und sich somit abrackern, gleichzeitig aber jammern. Genau diese aber sind es, die andere Bauern wirtschaftlich ruinieren!

Hier bedarf es unbedingt einer Bewußtseinsumbildung. Man muß entscheiden: Arbeiten, um zu leben oder leben, um zu arbeiten!

Ich fordere daher die Festigung und Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes.

Auch auf Grund der arbeitsmarktwirtschaftlichen Situation ist es von großer Wichtigkeit, den bäuerlichen Familienbetrieb zu festigen.

Besonders hohe Produktions- und Mechanisierungskosten bedrohen sehr oft die Lebensfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des bäuerlichen Betriebes. Es muß versucht werden, durch Rationalisierungsmaßnahmen und durch verstärkten Maschinenringeinsatz, diese Kosten zu verringern.

Der Bauer darf natürlich nicht zum Sklaven der Technik werden. Der Maschinen- und Betriebshilferring soll durch verstärkten Ausbau Bäuerin und Bauer entlasten und so zur sozialen Besserstellung der bäuerlichen Berufsgruppe beitragen.

Die Medien sollten unbedingt eine wirklichkeitsgetreue Darstellung und Berichterstattung über den Beruf des Bauern bringen.

Noch etwas, was die Arbeit des Bauern erleichtern kann: Ein guter zukünftiger Bauer wird sich selbstverständlich auch entsprechend auf seinen Beruf vorbereiten.

Die Anforderungen sind heute sehr groß. Jeder Beruf muß gelernt sein. So muß es für alle Hofübernehmer eine Selbstverständlichkeit sein, die Fachschule zu besuchen, bzw. die Meisterprüfung abzulegen.

Jedoch soll eine bestimmte Ausbildung nicht bedeuten, daß man nun alles kann und auf andere nicht angewiesen ist.

Ist nicht die Nachbarschaftshilfe schon total vergessen? Hilft man jemanden nur dann, wenn man darum gebeten wird? Versuchen wir einmal, aus der Phrase eine Tat zu machen! Es gibt so viele Möglichkeiten, zu zeigen, daß man als Bauer zusammenhalten kann. Wir im Bund Steirischer Landjugend, haben heuer den Schwerpunkt „Landwirtschaft ist Leben“ in unser Programm aufgenommen und Aktionen hierfür gesetzt.

Um einen guten Kontakt zwischen Großbauern — Kleinbauern, Bergbauern — Talbauern, Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbauern zu erreichen, werden Betriebsbesuche durchgeführt. Wir Bauern sollten auch andere Berufe oder Betriebe besuchen und kennenlernen, um so die Sorgen und die schönen Seiten anderer Betriebszweige verstehen zu lernen.

Landjugendmitglieder und Landwirtschaftsmeister treffen sich in regelmäßigen Abständen auf ihrem Bauernhof und sprechen über die Probleme, den Erfolg und auch über persönliche

Dinge, um sich so gegenseitig weiterzuhelfen.

Auch die Einrichtung einer Hofwerkstatt ist eine weitere Aktion. Diese bringt viele Vorteile und Erleichterungen der Arbeiten auf dem Betrieb.

Für zukünftige Bäuerinnen und Bauern ist es von großem Vorteil, wenn sie dem Bund Steirischer Landjugend angehören und so mit allen Jugendlichen des ländlichen Raumes Kontakt haben. Gespräche in Jugendgruppen, gemeinsames Arbeiten und gemeinsame Erlebnisse sind sehr wertvoll.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es heute kein Dorf mehr gibt, in dem nur Bauern leben. In unseren Dörfern sind alle Berufssparten vertreten. Dies gibt uns die Möglichkeit, durch persönliches Gespräch zum besseren Verständnis zwischen den einzelnen Berufsgruppen beizutragen. Wir müssen uns aber auch bemühen, die leider nicht mehr vorhandene Dorfgemeinschaft zu beleben.

Um den Bauern und der ländlichen Bevölkerung noch bessere Bildungschancen einzuräumen, muß eine Öffnung der Schule als regionale Bildungs- und Kulturstätte gewährleistet werden.

Der Neidgedanke, der einen glauben läßt, der Nachbar hat es viel leichter, ist mehr und gilt mehr, und daß man ihn überbieten muß, wird in dieser materialistischen Welt immer stärker. Jeder will mehr haben als der andere und besser sein als die anderen.

Wenn einer eine neue Maschine hat, dann muß der Nachbar unbedingt mindestens die gleichgroße, wenn nicht eine größere Maschine anschaffen, auch wenn es die wirtschaftliche Situation nicht erfordert.

Das Prestigedenken bringt die Menschen zu immer brutalerem Handeln. Alle Menschen wollen nur mehr rücksichtslos fordern. Es gibt kein Verzichten, kein freiwilliges Geben mehr. Gerade dadurch wird die Unzufriedenheit immer größer.

Wenn wir hier nicht einen anderen Weg einschlagen, sehe ich dies als ein gegenseitiges Aufreihen der Bauern. Der wichtigste Schritt ist die Ehrlichkeit und Offenheit aller Bauern zueinander.

Unsere Verantwortung in der Landwirtschaft wird immer bedeutender. Das Selbstbewußtsein unserer bäuerlichen Familien muß wieder steigen.

Nützen wir die betrieblichen Grundhaltungen und geistigen Fähigkeiten für ein erfülltes Leben in unserem Berufsstand und in unserer Gesellschaft. Wir wollen und brauchen Bauern, die ohne Illusionen verantwortungsbewußt und überlegt, selbstbewußt, mutig und vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

Franz Patz

LAND UND STADT

Land und Stadt — zwei Lebensbereiche, in welchen Menschen versuchen, ihr Leben zu gestalten und Heimat zu finden. Zwischen beiden Bereichen gibt es sicherlich Übergänge, wie es auch das Stadtleben und das Landleben als starre Lebensweisen sicherlich nicht gibt.

Meine Heimat liegt in der südöstlichen Steiermark, wo meine Eltern einen Bauernhof besitzen, der als Vollerwerbslandwirtschaft geführt wird, und seinen Ertrag aus der Schweineproduktion abwirft.

Nach der Pflichtschule habe ich den landwirtschaftlichen Ausbildungsweg eingeschlagen und studiere nun nach fünf Jahren landwirtschaftlicher Mittelschule in Raumberg an der Hochschule für Bodenkultur.

Wir leben heute in einer Zeit, die nicht jenes Glück gebracht hat, das uns Fortschritt verbunden mit Technik versprochen hat. Sind wir nicht hochmütig geworden, wenn wir an unsere ausgebeutete Erde denken — eine Schöpfung, die wir verwalten dürfen?! Die Beziehung zum Brot, zum Wein, zum Wasser oder zum Tier ist uns dabei verloren gegangen. Im ländlichen Bereich, in der Landwirtschaft, fällt es uns nicht schwer jene Beziehung herzustellen, solange uns nicht die Preisentwicklung dazu zwingt, die Landwirtschaft noch mehr zu industrialisieren. Die Frage nach dem Bezug zu den Dingen pflanzt sich schließlich im Suchen nach Sinn des Lebens fort. Dieses Suchen wird leichter, wenn wir fest in dieser Erde stehen und damit meine ich den Gang der Sonne zu erleben, Wachsen und Sterben der Schöpfung mitzu vollziehen.

Wir haben selbst viele Möglichkeiten unser Leben selbst zu gestalten, um nicht von der Masse getrieben und vom Stress erfaßt zu werden.

Der ländliche Raum bleibt nur durch Gemeinschaft lebendig. Arbeitsplätze, Unglücksfälle, aber auch freudige Ereignisse erfordern Anteilnahme, die in den Dörfern auch gegeben ist. Ein samkeit finden wir sicherlich seltener als in der Stadt. Alte Menschen sind als Großeltern im Familienverband eingegliedert und erfüllen innerhalb dieser sozial ausgewogenen Gruppe wichtige Aufgaben.

Der Generationskonflikt kommt natürlich durch diese Situation stärker zum Tragen.

In bäuerlichen Familienbetrieben können Kinder wirklich neben den Eltern aufwachsen. Sie finden eine reichhaltige Umgebung vor, die das Schöpfungsche anregt und lernen spielerisch arbeiten.

Während der täglichen Mahlzeiten versammelt sich die ganze Familie um einen Tisch — ein Erlebnis, das vielen Familien in der Stadt fremd sein wird. In der Stadt ist sicherlich eine gewaltige Flut an Informationen zu bewältigen, was den Geist des Menschen oft mit unnötigen Dingen blockiert.

Isoliert sind wir im ländlichen Raum jedoch ebenso wenig, wie wir darauf angewiesen sind, daß Kultur aufs Land gebracht wird! Durch Zeitungen und Rundfunk mangelt es nicht an Informationen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Kunst. Im ländlichen Bereich finden wir eine eigene Volkskultur vor, die wir sicherlich mit mehr Selbstbewußtsein pflegen müssen. Dabei geht es nicht um Konservierung, sondern um neues Beleben, wie es im Volkstanz und Volkslied bereits geschehen ist.

Die Gesundheit der ländlichen Bevölkerung wird vielfach zu idealistisch gesehen. Es stimmt natürlich, daß der Lärmpegel in den Dörfern und Orten viel geringer ist als in der Stadt, und die Luft ist arm an schädlichen Gasen. Durch einseitige und überbelastende Arbeit verursacht finden wir jedoch einen schlechten Gesundheitszustand der ländlichen Bevölkerung vor.

Was nun die Arbeitssituation betrifft, so fehlt es im ländlichen Bereich an Arbeitsplätzen, weil sich Klein- und Mittelbetriebe, die dezentral liegen, oft finanziell nicht mehr halten können. Junge Menschen sind dadurch gezwungen, den Ort der Arbeit vom Ort des Lebens zu trennen, was Nachteile für die Familie bringt.

Der ländliche Raum stellt eine Umwelt, einen Lebensbereich dar, der Zukunft hat, weil in ihm Kinder zu gesunden Menschen heranwachsen und zu Persönlichkeiten reifen können.

Für viele Menschen wird er als Erholungsraum an Bedeutung zunehmen. Es besteht jedoch die Gefahr, daß durch wenig Selbstbewußtsein positive Werte, wie Familie, Beziehung zur Schöpfung und Gemeinschaft verloren gehen. Für junge Menschen besteht hier eine Chance sich zu verwirklichen — eine spannende Aufgabe.

VOM NIEDERGANG DER BIRNBAUMKULTUR

Vielelleicht gräbt in späteren Zeiten auf dem nackten Hügel einmal jemand in dem harten Boden, um dort in Anbetracht des atemberaubend zauberhaften Rundblicks ein Haus zu bauen oder, was weniger wahrscheinlich ist, um einen Baum zu pflanzen. Vielleicht wird dann ein einfacher Tonscherben zutage gefördert, der sich aus zerfallenden Erdschollen löst. Und der Mensch steht davor und denkt staunend und ergriffen, auf Spuren von Siedlern aus fernen, fernren Zeiten gestoßen zu sein — wahrscheinlich. Das verblaßte Schulwissen erhält plötzlich Leuchtkraft: die haben doch die Römer gesiedelt, die Slawen und Awaren, die Türken sind durchgezogen und die Kuruzzen. Und der Mensch schaut auf das dreckige Ding und im Herzen röhrt sich etwas: dieser schlichte Überrest eines Tongefäßes ist letztes sichtbares Zeugnis einer großen versunkenen Kultur dieser Landschaft. Fürwahr! Fürwahr!

Aber wozu muß der Mensch da bewegten Herzens an die Römer, Slawen und Awaren denken, an die Türken und Kuruzzen? Diese Kultur ist nicht niedergetampft worden in blutigen, grauslichen Kriegen. Sie ist nicht ausgelöscht worden, nachdem Pest und andere schreckliche Heimsuchungen diesen Landstrich entleert haben. Diese Kultur lebte, als auf dem jetzt so nackten Hügel die Birnbäume standen: mächtig und beherrschend, voll knorriger Schönheit, das Land und seine Menschen prägend. Jawohl: auch die Menschen prägend. Es ist also verständlich, wenn nachfolgend von Birnbaummenschen und von Birnbaumkultur die Rede ist, die durch ungezählte Generationen in Wechselbeziehung zu einander standen.

Die Birnbaummenschen lebten zwar zumeist im Tal, in den zu Dörfern zusammengedrängten Häusern, und sie gingen dort auch ihrer vorwiegend bäuerlichen Beschäftigung nach. Aber wenn sie müde waren und Sehnsucht nach dem Vergessen des schalen Alltags hatten, dann hoben sie ihren Blick. Nein, nicht ganz nach oben, um den Herrgott um Beistand und Tröstung zu bitten. Ihr Blick blieb vorerst am Hügel mit den Birnbäumen haften: von dort empfingen sie irdische Kraft, dort hatte sich ihre Fröhlichkeit ange-siedelt, dort leuchtete noch die Abendsonne auf, wenn ins Tal schon Dunkelheit gekommen war.

Manche von ihnen hatten sich oben sogar bescheidene Anwesen errichtet:



Keller aus Eichenholz und Lehm, sie waren in den Boden hinein versenkt, damit im Sommer nicht die Glut und im Winter nicht der Frost eindringt; Preßhäuser waren darangefügt, aus Baumstämmen grob zusammengezimmert, und ganz vorsorgliche Leute hatten auch ein kleineres Kämmerchen dazugebaut, in das man sich zurückziehen konnte, wenn das Wetter gräßlich war. Ein Dach überm Kopf haben, ein Dach aus grau verwittertem Stroh oder derb geformten rotbraunen Lehmziegeln, mit dunkelgrünen Moosfladen überzogen, gewann hier eine ganz eigene Bedeutung: man fühlte sich im Freien und war doch geborgen. Manche bewohnten herben ständig ein Anwesen, niedrige Keuschen, die sich kaum von den Preßhäusern und Kellern unterschieden. Aber diese Keuschler waren deshalb, weil sie gewissermaßen direkt im Schatten der Birnbäume seßhaft geworden waren, keine besseren Birnbaumenschen. Sie hatten unten auf der Ebene keinen Platz mehr gefunden und führten herben eigentlich ein abscheulich mühevolleres und karges Leben, was all ihr Gefühl für die Vorteile zerstörte, aus der Landschaft buchstäblich herausgehoben, dem Licht und der Fröhlichkeit ständig näher zu sein.

Wohl fühlten sie den Neid jener, die vom schalen Alltag und vom nassen, nebligen Tal herauftauchten, und das machte sie glücklich, das schaffte einen Ersatz für das von der Gewohnheit verdrängte Glück.

So ahnten auch alle jene, die im Tal hausten, daß es auf das Hinaufschauen, auf den sehnsgeschwollenen Blick auf den Hügel mit den großen und starken Birnbäumen ankommt, das gibt dem Leben in jeder Lage eine zuversichtliche Seite, und daß es auf das Hinauf-

wandern ankommt, weil ihm das Bewußtsein folgt, das Obensein auch verdient zu haben.

Die schönste Zeit auf dem Hügel war im Herbst, wenn von den Bäumen die runden Birnen ins welke, kurze Gras fielen und einen herb-süß Duft verbreiteten. Wenn der ganze Boden davon bedeckt war, rückte eine große Schar von Birnbaumenschen mit Weidenkörbchen an und bei lautem Geschrei aus überschwänglicher Erntefreude wurden die saftigen Früchte eingesammelt und ins Preßhaus gebracht. Darin knarrte und krachte es bis spät in die Nacht hinein und von der Presse sprang ein trüber gelblich-weißer Strahl in den Zuber. Und der zur innerlichen Größe gereifte Birnbaumensch stand daneben und schaute bei Petroleum- oder Kerzenschein in den matt schimmernden Strahl, horchte auf das melodische Plätschern im Zuber und dachte an dachtvol: Es war ein gutes Jahr.

Wenn sich dann die roten Blätter vom krausen Gezweig, das auch ein Sturm nicht zu schütteln vermochte, lösten und feierlich niederschwebten, da gab's in den Fässern ein Rauschen und in den Kellern einen aufregend wilden Geruch, und es war, als verbreite sich das Rauschen über den ganzen Hügel und sänke hinab ins Tal, als würde der Wind den Geruch über ganzes Land wehen. Dieser weckte in den Menschen einen Urtrieb, und sie folgten dem Geruch wie die Insekten dem Duft der Blüten, wie die Schwalben dem Licht der südlichen Sonne. Sie versammelten sich vor den Kellern, ließen sich unter den Birnbäumen nieder, und bald ging der Krug, der von derselben Erde stammte, aus der auch der Most gewachsen war, von Hand zu Hand, von Mund zu Mund. Man trank den Most

mit Andacht und Wollust, versuchte zunächst nicht zu ergründen, ob der neue Jahrgang im fertigen Zustande sauer oder süßig, reich oder mild werden wird. Und indessen tat das noch stille süße Teufelchen seine Wirkung auf die Menschen und setzte der Diskussion ein Ende: Aus Zuhörern wurden Geschichtenerzähler, Biedermänner wurden zu Aufschneidern, Duckmäuser zu Weiberhelden, und es gab ein Geschnatter und Geschrei, ein Singen und Johlen und Musizieren, während der Himmel schwarz wurde und der letzte Funken des Tages am Horizont verlosch. Freilich geschah es auch, daß aus friedfertigen Birnbaummenschen Streithanseln und Raufbolden wurden. Man wischte sich mit einer Handvoll Laub das Blut aus dem Gesicht, kühlte das Innere mit einem hastig genommenen Schluck Most ab und versöhnte sich mit ein paar derben Worten.

Spät am Abend, wenn die Kehlen trotz fortwährender Spülung heiser und die Beine zitterig waren, beschloß man, den Weg, der heimwärts und zugleich fortführte, zu suchen. Da entdeckte aber einen den Mond, der sich groß und rot zwischen den Birnbäumchen eines anderen Hügels erhob. Nein, jetzt noch nicht heimwärts, jetzt noch nicht fort! Zu einem anderen Keller ging's, wo verheißungsvoll die Eichen türe knarrte, wo aus dem Dunkel ein zuckendes Flämmchen dem Krug den Weg leuchtete. Als sie endlich gingen, streute der Mond schon weißes Licht über das Land. Manche blieben jedesmal zurück: sie schleppten sich auf die niedrigen Dachböden der Keller und verkrochen sich im Heu, das bitter nach Vergangenheit roch. Und was die Beurteilung des Jahrganges betrifft, so fiel nie ein abschließendes Wort. Es schien, als habe man Angst davor, durch ein solches Wort jede weitere Möglichkeit des Beisammenseins und Umtrunks zu verfeinern. Der Schnet kam und der Most wurde klar und stark und die Birnbaummenschen gingen auf den festgetretenen Pfaden höherwärts. Wenn es sehr kalt war, trugen sie den Most in verschließbaren Krügen nachhause. In den warmen Stuben war's zwar himmlich gemütlich, aber da wurden Stuhengespräche geführt, die von alten Zeiten, von Wilderern, Raubersleuten, Landstreichern und nicht anwesenden Nachbarn handelten. Es kam der Frühling, man ging auf den Hügel, um nach der Birnenblüte zu sehen, es kam der Sommer und der Most wurde zäh und sauer, man setzte sich in den Schatten der Birnbäume, umklammerte mit heißen Händen den kalten Krug, schaute empor und sagte, wenn der Wettergott nicht ungnädig dreinschläge, werde es wieder ein reicher Herbst werden.

So ging es Jahr für Jahr. Es waren Birnbaumjahre. Freilich gab es in ih-

nen nicht nur fröhliche, sondern auch grausame Geschehnisse. Einmal stürzte jemand, der hoch auf einem Baum ein Starenhäuschen anbringen wollte, herab und brach sich den Hals. Deshalb gab es allerdings kein großes Entsetzen, manche beneideten den Verunglückten sogar insgeheim: ein richtiger Birnbaumensch wird nicht von einem Pferd zu Tode getrampelt, fällt nicht im Suff in einen Bach und ertrinkt und wird auch nicht von einem umstürzenden Baum erschlagen, sondern er fällt von einem Birnbaum und bricht sich das Genick. Und einer, der sich auf einem Birnbaum erhängt hatte, erhielt sogar ein gewisses Maß an Zustimmung, soweit hier eine solche denkbar ist: Ein richtiger Birnbaumensch macht es, wenn die Todessiehsucht schon unbezwingbar ist, nicht in der Stube, nicht auf dem Heuboden und auch nicht irgendwo in der Fremdeheit des Waldes, sondern in der ins Unendliche weisenden Einsamkeit eines stets mit dem Leben verwobenen Birnbaumes.

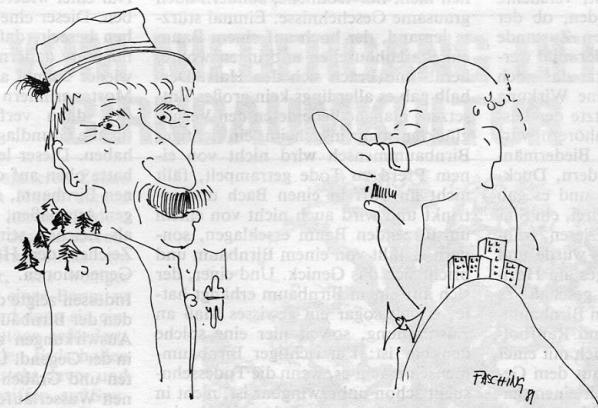
Die Zeitwende begann damit, daß einer, der sein Anwesen dicht am Fuße des Hügels hatte, eine kleine Gaststätte aufmachte. Er schenkte allerdings keinen Most aus, denn seine Birnbäume waren oft vom Nebel eingehüllt, wenn über dem Hügel ein klarer Himmel lag, und die Früchte blieben bitter, der Most wurde gräßlich herb und die Leute zogen in der Folge am Haus vorüber und hügelwärts.

Der solchermaßen gedemütigte und gekränkte Birnbaumensch rächte sich auf die Weise, daß er die Birnbäume umgrub und den Keller mit Bierfässern und -kisten anfüllte. Lange Zeit wurde er von den Einheimischen verachtet und gemieden, nur Fremde kehrten bei ihm zu. Doch der Abtrünnige wußte, daß die Zeit für ihn arbeitet. Zuerst schlichen die Einheimischen aus Neugierde und nur vereinzelt in die Schankstube, und je mehr sie dem Bier zusprachen, desto mehr löste sich in den Mostseelen die Verklemmung und man wandte sich den fremden Genüssen nobler Leute zu. Zuerst redete man sich noch etwas verschämt auf dem beschwerlichen Weg aus, der hinauf zu den Mostkellern führte. Aber viel schneller als sich sonst der Fortschritt den Weg zu bahnen vermag, machte sich in der wachsenden Bierfischunde ein Gesinnungswandel offen bemerkbar: Die Zeit des armseligen Mosttrinkers sei eigentlich vorüber. Der Gastwirt baute sein Lokal aus, auf dem Hügel verfielen die verlassenen Preßhäuser und Keller, ein verrückter Stadtmensch kaufte die letzte Baumpresse, mit der er irgendwo sein Landhaus dekorierte, die Holzhändler der Umgebung kauften die nutzlosen Birnbäume vom Stock, die, weil sie nur an die erbärmlichen Mostzeiten erinnert hatten, umgegraben worden waren.

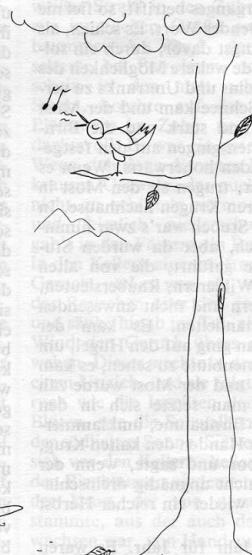
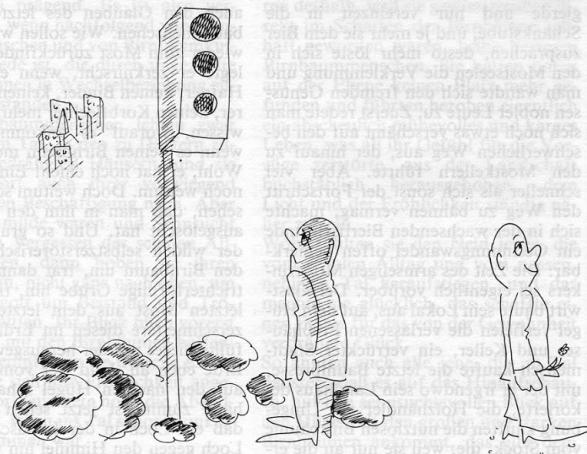
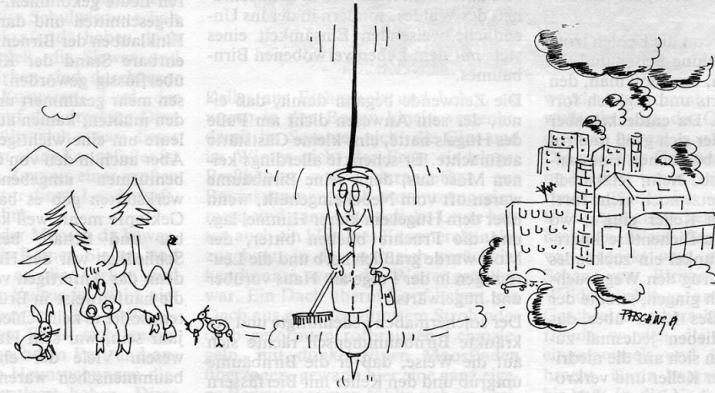
Nur einer widersetzt sich diesem Treiben. Dieser eine war vom tiefen Glauben beseelt, daß man sich nach dem nur kurz dauernden Modewahn schon wieder einmal an die Königlichkeit des Mostes erinnern werde und man werde sich dann verfluchen, so leichtfertig alle Grundlagen dafür vernichtet zu haben. Dieser letzte Birnbaumensch hatte oben auf der Höhe zwar nur einen Birnbaum, allerdings mit gewaltigen Ausmaßen, doch den bewahrte er als Zeichen seines Glaubens und als Zeichen der Hoffnung für künftige Generationen.

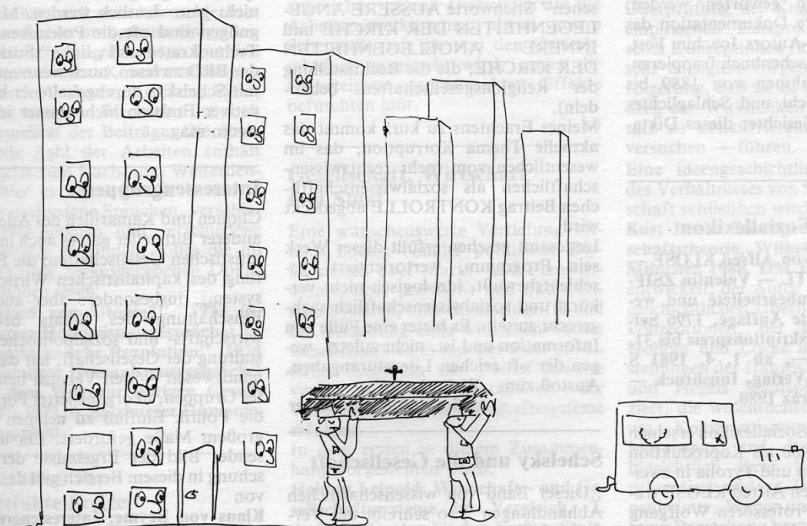
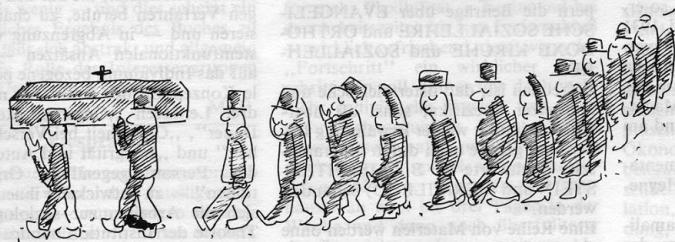
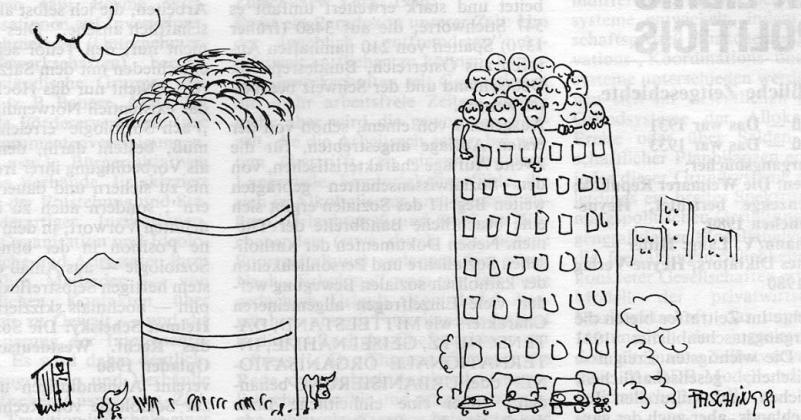
Indessen zeigte das grausame Hinmorden der Birnbäume aber weitreichende Auswirkungen auf das Erwerbsleben in der Gegend. Überall in den Schluchten und Gräben wuchsen an den kleinen Wasserläufen wie glühende Besen Weidenbüsche und im Spätherbst waren Leute gekommen, die hatten diese abgeschnitten und daraus Körbe zum Einklauben der Birnen geflochten. Der ehrbare Stand der Korbblecher war überflüssig geworden. Da keine Presen mehr gezimmert und erneuert werden mußten, kamen auch die Zimmerleute um eine wichtige Beschäftigung. Aber auch in den von den grauen Tauentürmen umgebenen Faßbinderverkästen gab es bald kein lustiges Geklopfe mehr, weil keine Fässer, Zuber und Schafe benötigt wurden. Schließlich war der Hafner arbeitslos, denn das Anfertigen von Mostkrügen, die haufenweise in Brüche gehen mußten, sollte es kein schlechtes Birnbaumjahr sein, war sein Hauptgeschäft gewesen. Viele der ehemaligen Birnbaumenschen waren also dazu gezwungen, auszuwandern und in der Fremde eine Arbeit und eine neue Heimat zu suchen.

Diese geradezu dramatischen Folgewirkungen, die das Lebensgefüge des Dorfes veränderten, erschütterte doch auch den Glauben des letzten Birnbaumenschen. Wie sollen wir jemals wieder zum Most zurückfinden, überlegte er zerknirscht, wenn es keinen Hafner, keinen Binder, keinen Zimmerer, keinen Korbblecher mehr gibt, die wissen, worauf es ankommt? Und wenn es keinen Birnbaum mehr gibt? Wohl, er hat noch einen! Einen gibt's noch weitum. Doch weitum soll man's sehen, daß man in ihm den Glauben ausgelöscht hat. Und so grub er mit der wilden selbstzerstörenden Lust den Birnbaum um, trat dann vor die trichterförmige Grube hin, trank den letzten Most aus dem letzten Krug, zerschmettere diesen im Erdloch und füllte dieses mit der herausgeworfenen Erde eben an. Und wer vom Tal her auf den nackten Hügel schaute, der hätte zumindest jetzt sehen müssen, daß ein Loch in der Landschaft, ein Loch gegen den Himmel hin war. Aber das sah niemand.



Fasching





FISCHINGER

Leichtfaßliche Zeitgeschichte

- Dieter Stoß — Das war 1931
Dieter Stoß — Das war 1933
Heyne-Jahrgangsbücher;
Egon Larsen: Die Weimarer Republik:
Ein Augenzeuge berichtet, Heyne-
Verlag München 1980;
Fest/Hofmann/V. Lang: Hitler —
Gesicht eines Diktators, Heyne-Verlag
München 1980

Zeitgeschichte im Zeitraffer bieten die Heyne-Jahrgangtaschenbücher 1931 und 1933. Die wichtigsten Ereignisse des politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Deutschlands, aber auch der ganzen Welt werden mit dokumentarischem Bildmaterial dargestellt. Ein wichtiges, leicht faßliches Nachschlagswerk mit erhellenden Fakten — so erfährt man, daß in Deutschland 1931 über 5 Millionen Arbeitslose zu verzeichnen sind, und es ist dann fast kein Wunder, daß die Dokumentation des Jahres 1933 vornehmlich der Machtübernahme Hitlers in Deutschland am 30. Jänner 1933 gewidmet ist.

In diese zeithistorischen Dokumentationen passen zwei weitere Heyne-Bücher:

- 50 Der Augenzeugenbericht des damaligen Berliner Korrespondenten der „Münchner Neuesten Nachrichten“ und der „New York Times“, Egon Larsen, über Ideen, Politik und Untergang der Weimarer Republik von 1918 bis 1933, wobei auch einige interessante Schlaglichter auf das geistige und kulturelle Leben geworfen werden. Und eine weitere Dokumentation des Hitler-Bestseller-Autors Joachim Fest, der in diesem Taschenbuch frappierende Hitler-Aufnahmen von 1889 bis 1945 veröffentlicht und Schlaglichter auf die vielen Gesichter dieses Diktators wirft.

Katholisches Soziallexikon

- Herausgegeben von Alfred KLOSE — Wolfgang MANTL — Valentin ZSIFKOVITS. 2. neubearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage. 1796 Seiten, Leinen, Subskriptionspreis bis 31. 3. 1981 S 980,—, ab 1. 4. 1981 S 1200,— Tyrolia-Verlag, Innsbruck — Styria-Verlag, Graz 1980.

Das Katholische Soziallexikon erschien im November 1980 als Koproduktion der Verlage Styria und Tyrolia in zweiter Auflage; neben Alfred KLOSE traten die Grazer Professoren Wolfgang MANTL und Valentin ZSIFKOVITS als Mitherausgeber. Gegenüber der er-

sten Auflage (1964) gänzlich überarbeitet und stark erweitert umfaßt es 547 Stichworte, die auf 3480 (früher 1370) Spalten von 210 namhaften Autoren aus Österreich, Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz bearbeitet werden.

Ausgehend von einem, schon von der ersten Auflage angestrebten, für die zweite Auflage charakteristischen, von den Sozialwissenschaften geprägten weiten Begriff des Sozialen ergibt sich eine beachtliche Bandbreite der Themen. Neben Dokumenten der Katholischen Soziallehre und Persönlichkeiten der katholisch-sozialen Bewegung werden viele Einzelfragen allgemeineren Charakters wie MITTELSTAND, DATENSCHUTZ, GEISELNAHME, INTERNATIONALE ORGANISATIONEN oder URBANISIERUNG behandelt, wobei eine einheitliche Linie durch eine bewußte Orientierung an der katholisch spezifizierten christlich-humanen Wertbasis stets präsent ist. Eine Öffnung zur Ökumene verkörpern die Beiträge über EVANGELISCHE SOZIALLEHRE und ORTHODOXE KIRCHE und SOZIALLEHRE.

Erfreulich ist, daß österreichische und Schweizer Spezifika, sonst oft übergegangen, immer wieder Erwähnung finden und gerade auch durch biographische Stichworte (z. B.: LIECHTENSTEIN und MERMILLOD) behandelt werden.

Eine Reihe von Materien werden ohne eigenes Stichwort (z. B. Föderalismus, Leistung, Nullwachstum, Radikalenerlässe) behandelt, wobei sich Beiträge glücklich ergänzen, aber vielleicht an das Vorverständnis des unbefangenen Lesers zu hohe Anforderungen stellen (hervorstechend sind hier die „juristischen“ Stichworte ÄUSSERE ANGEGENHEITEN DER KIRCHE und INNERE ANGEGENHEITEN DER KIRCHE, die die Rechtsstellung der Religionsgesellschaften behandeln).

Meines Erachtens zu kurz kommt das aktuelle Thema Korruption, das im wesentlichen vom mehr rechtswissenschaftlichen als sozialwissenschaftlichen Beitrag KONTROLLE abgedeckt wird.

Insgesamt gesehen erfüllt dieses Werk sein Programm, wertorientiert, geschichtsbewußt, ideologisch nicht verkürzt und sozialwissenschaftlich sachgerecht zu sein. Es bietet eine Fülle von Information und ist, nicht zuletzt, wegen der oft reichen Literaturangaben, Anstoß zum „Weiterlesen“.

Meinrad Handstanger

Schelsky und die Gesellschaft

„Dieser Band von wissenschaftlichen Abhandlungen“, so schreibt der Verfasser im Vorwort, „ist meinem eigenen Entschluß nach meine letzte, zu-

sammenfassende Veröffentlichung von Arbeiten, die ich selbst als fachwissenschaftlich ansehe.“ Dies veranlaßt ihn nicht nur, den Tenor seiner Arbeiten entschieden mit dem Satz zu formulieren: „Nicht nur das Höchste, sondern das existentiell Notwendigste, was das ‚Fach Soziologie‘ erreichen kann und muß, besteht darin, den Rechtsstaat als Vorbedingung ihrer freien Erkenntnis zu sichern und dauernd zu erneuern“, sondern auch zu einem ausgedehnten Vorwort, in dem er seine eigene Position in der bundesdeutschen Soziologie — aus Anlaß der seit neuem heftigen Selbstreflexion der Disziplin — nochmals skizziert. Das Buch Helmut Schelsky: **Die Soziologen und das Recht**. Westdeutscher Verlag, Opladen 1980

vereint Abhandlungen und Vorträge zur Soziologie von Recht, Institution und Planung. In den rechtssoziologischen Abhandlungen geht es Schelsky vor allem darum, das Wesen der juridischen Rationalität, die auf den jeweiligen Verfahren beruhe, zu charakterisieren und — in Abgrenzung von systemfunktionalen Ansätzen — seine auf das Individuum bezogene personale Konzeption des Rechts — mit den drei Leitideen „Gegenseitigkeit auf Dauer“, „Gleichheit bei Verschiedenheit“ und „Integrität und Autonomie der Person gegenüber Organisationen“ — zu entwickeln; ihnen fügen sich die Arbeiten zur soziologischen Theorie der Institution nahtlos an. In den Aufsätzen zur Planung in der modernen Gesellschaft schließlich werden Vorbehalte gegenüber den technokratisch maskierten Herrschaftsansprüchen angemeldet und ein institutioneller Planungsbegriff entwickelt, dessen spezifische Kennzeichen allerdings nicht ganz deutlich werden. Mit Vergnügen sind oft die Polemiken gegen Technokraten und „linke“ Soziologen der BRD zu lesen, auch wenn man sich mit Schelskys durchgehaltener konservativer Position nicht immer identifizieren mag.

M. P.

Interessengruppen

Cliquen und Kamarillen des Adels und anderer Bittsteller gab es auch in absolutistischen Gesellschaften; die Entfaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, insbesondere aber auch die Einschaltung des Staats bei der wirtschafts- und sozialpolitischen Gestaltung der Gesellschaft, hat das Verbundwesen — den Versuch bestimmter Gruppen, in organisierter Form auf die Politik Einfluß zu nehmen — in großem Maße gefördert. Ein umfassendes Bild der Ergebnisse der Forschung in diesem Bereich gibt das Buch von

Klaus von Beyme: **Interessengruppen in der Demokratie**. Piper Verlag, München 1980.

Unter den umfassenden Begriff der Interessengruppen faßt Beyme Wirtschaftsorganisationen auf Investitions- und Arbeitnehmerseite (Unternehmerverbände, Gewerkschaften), berufs- und erwerbsständische Gruppen des Mittelstandes (z. B. Bauern, Ärzte, Juristen), ideelle Fördererverbände (wie Kirchen, Konsumentenvereinigungen, Tierschützer usw.), Bürgerinitiativen und politische Verbände. Er skizziert die Probleme der Entstehung und Stabilisierung derartiger Institutionen, Fragen ihrer Organisation und Ideologie, die Bereiche und Adressaten ihres Einflusses, ihre Methoden — von freundschaftlichen Kontakten über Korruption bis zu Gewalt — und die Institutionalisierung der Interessenrepräsentation. Es wird dabei deutlich, daß Interessengruppen und Verbände in ihrer spezifischen Ausprägung, Zielrichtung und Tradition innerhalb einer bestimmten politischen Kultur und eines Systems von gegebenen Randbedingungen analysiert werden müssen; nur sehr wenig — und dies scheint ein wesentliches Ergebnis des Buches zu sein — läßt sich abstrakt und allgemein über die Rolle der Interessengruppen in der Demokratie sagen.

M. P.

Gespräche

Die Salzburger Humanismusgespräche sind — wie viele andere Intelligenzsammlungen — nur wenigen zugänglich. Daher sollten wir denen danken, die solche Gespräche dokumentieren und Interessierten zugänglich machen. Drei solcher Sammlungen, herausgegeben von Oskar Schatz, habe ich in den (immer zu kurzen) Urlaub mitgenommen. Diese Aufsatzsammlungen sind schon deswegen die geeignete Urlaubslektüre, weil man kein schlechtes Gewissen haben muß, wenn einige Seiten überblättert werden. Man liest sich mit wechselndem Konzentrationseinsatz durch Analysen, Kritiken, Visionen und Utopien. Wechselseit ist auch die Aktualität der Beiträge. Die überwiegende Zahl der Arbeiten enthält aber vieles zum Nach- und Weiterdenken. Wer es liebt, jeweils in einem Buch verschiedene Sprachen, verschiedene Philosophien und verschiedene Denkansätze zu finden, sollte die im *Styria-Verlag* herausgegebenen Dokumentationen lesen:

„Abschied von Utopia?“, 1977 (8. Salzburger Humanismusgespräche)
„Die elektronische Revolution“, 1975 (7. Salzburger Humanismusgespräche)
„Auf dem Weg zur hörigen Gesellschaft“, 1973 (6. Salzburger Humanismusgespräch).

Denkanstoß für sinnerfüllte Freizeit

Thomas Chorherr: *Der Freizeitschock. Das Leben in der Industriegesellschaft*.

Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich-New York, 1980.

Es ist ein Paradoxon unserer Zeit: Um der angeblich „entfremdeten“ Arbeitswelt entfliehen zu können, kämpfen Gewerkschaften seit Generationen um mehr arbeitsfreie Zeiten. Immer mehr aber wird die gewonnene Freizeit, die die Arbeitszeit schon bei weitem übertrifft, zu einem Problem: Langeweile, Sinnlosigkeit gefühle, die sich in Alkoholismus und Konsum äußern, Urlaubsstress und Stress an Wochenenden (etwa durch übertriebene Sportgestaltung) verlangen fast schon Nach-„Erholung“ vom als Erholung gedachten Urlaub. Von derlei Auswüchsen unserer Freizeitgesellschaft ist in diesem Buch des Chefredakteurs der „Presse“, Dr. Thomas Chorherr die Rede, der mit beeindruckender journalistischer Akribie und prägnanter Sprache zahlreiche Facetten beleuchtet und Möglichkeiten zu einer sinnerfüllten Freizeitgestaltung als Denkanstoß aufzeigt. In der Tat ist sein Plädoyer für mehr Flexibilität — beginnend bei den Arbeitszeiten bis zum Ladenschluß — wirklich erfrischend, denn wenn der „Fortschritt“ ein wirklicher Fortschritt sein soll, soll er uns doch wohl mehr individuelle Freizeit und auch mehr Lebensqualität bringen. Eine Freizeitgesellschaft um den Preis wachsender Sinnprobleme und einheitlich geschlossener Geschäfte und Gasthäuser an zwei bis drei Tagen in der Woche und dann noch überfüllterer Ausflugsziele — also ein weiteres Absinken der Lebensqualität wäre eine wahre Horrorvision. Mehr Freizeit sollte auch als Chance für mehr Eigenständigkeit vor allem in kultureller und bildungsmäßiger Hinsicht genutzt werden. Ein wichtiges Buch gerade auch angesichts weiterer Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung, deren starre Schematik, wie sie von den Gewerkschaften angestrebt wird, genau die aufgezeigten unerwünschten Effekte befürchteten läßt.

hö

Gesellschaft, Wirtschaft und Staat

Eine wünschenswerte Vertiefung oftmals höchst banaler politischer Diskussionen über Markt- und Planwirtschaft, über politische und ökonomische Systeme, über Staatseingriffe und die Gestaltung einer wünschenswerten Gesellschaft kann nur auf einer erweiterten Kenntnis der Funktionsweise von möglichen Alternativen der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme erfolgen.

In dem ersten in diesem Zusammenhang vorgestellten Buch:

Helmut Leipold: *Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich. 2. Auflage. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1980. DM 18,80*

werden zunächst Ansätze einer system-indifferenten Theorie der Wirtschaftssysteme entwickelt, indem im Wirtschaftsprozeß Entscheidungs-, Motivations-, Koordinations- und Kontrollsysteme unterschieden werden, aus denen sich im wesentlichen die beiden Grundsysteme der Allokation über Preise oder über Salden gärtnerwirtschaftlicher Planbilanzen ergeben; für jedes dieser Grundsysteme existiert allerdings ein breites Spektrum der ordnungspolitischen Gestaltung. Im Sinne generalisierter Modellanalysen werden die Gestaltungsmöglichkeiten anhand konkreter Gesellschaften erläutert: das Modell der privatwirtschaftlichen Marktwirtschaft, das ungarische Reformmodell, das jugoslawische Modell, alternative Selbstverwaltungsmodelle, das DDR-Modell und das rätedemokratische Modell.

Mit einer sehr grundlegenden Einführung in die marxistische Gesellschaftsbetrachtung befaßt sich Hans-Rudolf Peters: *Politische Ökonomie des Marxismus. Anspruch und Wirklichkeit. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1980. DM 17,80*.

Nach einer kurzen Schilderung der philosophischen und geschichtsphilosophischen Grundlagen des Marxismus präsentiert der Autor die „Politische Ökonomie des Kapitalismus“; an Arbeitswertlehre und Mehrwerttheorie schließen sich die Stichworte Akkumulation, Krise, Konzentration, Verelendung, Entfremdung an; auch ein Kapitel über die aktuelle Stamokap-Lehre wird geboten. Über die Perspektiven des Staates, die Gestalt der Arbeit und die Allokations- und Verteilungsmechanismen „nach der Revolution“ unterrichtet ein Abriß der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“. Eine Überprüfung der Konsistenz und der empirischen Entsprechung marxistischer Konzeptionen führt Peters zu der sehr engagiert vorgetragenen Schlüffolgerung, daß sie zu bloßen „Zerrbildern der Wirklichkeit“ — im Gegensatz zu konkurrierenden Erklärungsversuchen — führen.

Eine ideengeschichtliche Perspektive des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft schließlich wird in dem Buch Kurt Lenk: *Staatsgewalt und Gesellschaftstheorie. Wilhelm Fink Verlag, München 1980. DM 16,80*,

entwickelt; der Autor gibt einen ideengeschichtlichen Überblick über Staatskonzeptionen, der bei Macciavelli, Hobbes und Locke ansetzt, die Vorstellungen der französischen Aufklärer und Hegels Staatsphilosophie skizziert, die wesentlichsten Diskussionen um Konservatismus, Liberalismus, Marxismus und Reformsozialismus hinsichtlich ihrer Staatsbetrachtung präsentiert und zu Gumplowicz, Oppenheimer, Weber und Schmitt führt; seine Darstellung berücksichtigt zeitgeschichtliche Einflüsse, bezieht aber die

geschilderten sozialen Ideen nur ausnahmsweise auf Gegenwartsprobleme der modernen Staaten.

M. P.

Menschenproduktion

Es gibt jene Fälle, in denen das Zerstörfungspotential, das Wissenschaft und Technik dem Menschen im Verlauf der modernen Entwicklung in die Hand gegeben haben, offenkundig wird; man denke an die Waffenpotentiale oder die Atomkraftwerke. Nicht weniger bedeutsam sind jedoch jene schlechenden „Fortschritte“, die nahezu unmerklich unser Leben, unsere Orientierung, unsere Weltsicht umgestalten — und die uns oft vor atemberaubende Probleme und Gefahren stellen. Zu diesen letzteren gehört die rasante Entwicklung der modernen Biologie, wie sie beispielsweise in dem Buch:

Allen R. Utke: Der Bio-Schock. Neue Biologie im Verhörl. Kösel Verlag. München 1980

geschildert wird. Es beginnt mit der „Manipulation der Fortpflanzung“: Man denke an die bereits durchaus gängige künstliche Befruchtung von Frauen mittels tiefgekühlten aufbewahrten Spermias; an die künstliche Inovulation, bei der die außerhalb eines Mutterleibes befruchteten „Embryos“ in eine „Amme“ eingepflanzt werden, was bei Zuchttieren üblich zu werden beginnt; an die Versuche zur Aufzucht von Menschen in Nährösungen über-

haupt, die bislang (!) im 6. Monat der Kindesentwicklung immer abgebrochen wurden; an die bereits bei Fröschen und Mäusen erfolgreiche „Klonung“, d. h. die Erzeugung von vollständigen Ebenbildern existierender Individuen durch die hervorgerufene Spaltung von Körperzellen anstelle einer geschlechtlichen Fortpflanzung — die Möglichkeit zur Herstellung einer beliebigen Anzahl von „Kopien“ existierender Menschen wird von den Wissenschaftlern in einigen Jahrzehnten erwartet: Babyfabriken sind keine Utopie mehr, ihre technische Machbarkeit steht vor der Tür. Ähnliche „Fortschritte“ sind bei den „Körperingenieuren“ gang und gäbe; die Genchirurgie ändert die Programmierung der Zellen, künstliche und synthetische Pflanzen und Tiere, maßgeschneidert nach ihrer Verwendung und hergestellt am Fließband, werden möglich, ja noch mehr: Kreuzungen zwischen Mensch und Tier, Tier und Pflanze, Mensch und Pflanze. So ist es beispielsweise gelungen, menschliche Krebszellen und Karotten zu kombinieren: eine Pflanze, die in ihrer genetischen Ausstattung zu 2% auch Mensch ist. Die elektrische und chemische Kontrolle des Gehirns schreitet voran; Gehirne ohne Körper, transplantierte Köpfe, transplantierte Gehirne sind technisch bereits durchaus möglich und bei Affen und Hunden er-

folgreich erprobt worden; die Verbindung von Hirn und Rückenmark schreitet voran. Die Biologen spekulieren aber auch über Menschen-Maschinen-Kombinationen, etwa über den Einbau von Kleincomputern in das Gehirn, und erwarten, daß dies in 3 bis 4 Jahrzehnten möglich sein dürfte. Genug der „Erfolgsberichte“ — und zur bangen Frage, ob es sich um „Erfolge“ noch handelt. Welche Konsequenzen diese Entwicklungen für die Menschen haben können, scheint unabsehbar zu sein; und besonnene Wissenschaftler fordern ein Moratorium. Die Chancen dafür stehen allerdings nicht günstig: Es entwickeln sich zahlreiche Unternehmen, die sich auf die Nutzung der neuen Biologie spezialisieren, und chemische und pharmazeutische Konzerne steigen bereits massiv ins Geschäft ein. So erhält die moralische Frage, ob der Mensch alles das verwirklichen soll, was technisch möglich ist, auch Akzente der Machtproblematik. Daß es ein bitteres Erwachen geben kann, beschreibt das vorliegende Buch mit dem Begriff des drohenden Bio-Schocks.

M. P.

Bleibendes

Die Angst sitzt tief beim Beginnen, ein Werk Torbergs zu rezensieren. Er wird mir verzeihen, denn vielleicht wäre es noch schlimmer, es nicht zu tun. Im ersten Teil des Nachgelassenen — Kritischen und für die, die die Sprache lieben, Bleibenden im Sammelband „Apropos“ sucht der Dichter liebevoll nach fehlenden Beistrichen, streitet sich mit Grammatikern und beschäftigt sich sogar mit Schlagertexten. Im zweiten Teil läßt er eine Auswahl von österreichischen Literaten „auferstehen“. (Verzeichnung, verehrter Herr Torberg). Durchgehend bedient sich Torberg der Werke österreichischer Dichter und Literaten. Heiteres, das kritisiert, Heiteres, das betroffen macht, Heiteres, das zum Widerspruch reizt, wechselt mit Ernstem, das kritisiert, betroffen macht und ebenso zum Widerspruch reizt. Jedenfalls keine Abendlectüre, nach der das Gehirn und der Puls langsamer schlagen können, eher eine Morgenlectüre für solche, die Stiche (oder Sticheleien) zur schnelleren Entfaltung brauchen. Beschämt über mein sprachliches Unvermögen empfehle ich jedem eine geballte Ladung Torberg.

Friedrich Torberg: „Apropos — Nachgelassenes — Kritisches — Bleibendes“, Langen Müller, 1981.

lars „Manifest gegen die Herrschaft der Jungen“ — „alt“ (Herbig 1980), lesen.

Beeindruckend die offene Sprache, in der die Situation der „Alten“ und die Scheinheiligkeit der Beziehungen zwischen jung und alt beschrieben werden. Beeindruckend auch die kompromißlose Konsequenz, die im Manifest gefordert wird. Dazu geliefert wird auch eine Strategie für eine „neue“ Altenpolitik. Frau Vilar gründet im Buch auch eine neue Partei und fordert alle, auch die (heute noch) Jungen auf, der Partei beizutreten.

Das Dummste, was wir machen könnten, dieses Buch nicht ernst zu nehmen. In unserem Interesse. Weil wir auch alt werden. Und dann wertvoll sein wollen.

ka

Spekulation und Philosophie zwischen West und Ost

Die Krisenerscheinungen der letzten Jahre führen nicht nur zur Besinnung auf mancherlei übersehene Bestandteile des Menschseins, sondern auch zur Entwicklung antiaufklärerischer Tendenzen und zur Wiederbelebung mancher krauser Blüten der ideengeschichtlichen Entwicklung. Es handelt sich dabei häufig um Gesamtdeutungsversuche, denen allenfalls das umfassende Prädikat „kulturphilosophischer“ Erörterungen gerecht wird, um jene Gesamtschau, die den Alltagssterblichen weitgehend verschlossen bleibt, in ihm allenfalls — in einer wohlgesonnenen Stunde — die nachdenkliche Einsicht aufsteigen läßt, daß irgendwie etwas Wahres daran sein oder auf fruchtbare Weise herausinterpretiert werden könnte.

1938 wurde das Buch:

Walter Schubart: Europa und die Seele des Ostens. Neske Verlag. Pfullingen 1979

geschrieben, in dem der Autor — ausgehend von einer Äonenlehre — dem westlich-prometheischen Menschen der Neuzeit den östlich-johanneischen Zukunfts gegenüberstellt. Schubart — Rechtsanwalt, verheiratet mit einer russischen Aristokratin, Dozent an der lettischen Staatsuniversität, 1941 von der GPU mit seiner Frau nach Sibirien deportiert und seitdem verschollen — sieht die Einheit des Lebens durch die westliche Entwicklung zerbrochen: „Der Westen hat der Menschheit die durchdachtesten Formen der Technik, der Staatlichkeit und des Verkehrs geschenkt, aber er hat ihr die Seele geraubt. Es ist die Aufgabe Rußlands, sie dem Menschen zurückzugeben. Rußland besitzt gerade die Kräfte, die Europa verloren oder vernichtet hat.“ Derlei Sehnsucht nach der „russischen Seele“ ist uns — in meist verkitschter Form — nicht fremd. „Doch könnte sich“, so meint Heinrich Böll im Vor-

Manifest

„Wir sagen Euch den Kampf an. Wir erklären Euch den Krieg.“ Trotz dieses Umschlagtextes sollten Sie Esther Vi-

wort zu dem Band, „die Sehnsucht nach der eigenen, der verlorenen Seele hinter solchen Wünschen verborgen, in einer seelenlosen Welt, die täglich, ständig wiederholt, daß „alles Wirtschaftliche Vorrang hat“, wo sich Seele auf „Seele des Geschäfts“ reduzieren läßt.“ Das unbefangene Reden über Gefühle ist ja tatsächlich nicht modern in unserer Welt — abgesehen von „progressiven“ Unbeholfenheiten oder sektenähnlich wuchernden Irrationalismen. In diese Tiefen des einzelnen, gespiegelt in der Buntheit der Welt und ihrer Ereignisse, versucht ein Weltreisender unter dem Motto: „Der kürzeste Weg zu sich selbst führt um die Welt herum“ vorzudringen:

Graf Hermann Keyserling: Das Reisetagebuch eines Philosophen. Langen Müller Verlag. München und Wien 1980.

Es handelt sich um das erfolgreichste, erstmal 1919 erschienene Buch des bekannten Kulturphilosophen, der 1920 in Darmstadt die „Schule der Weisheit“ gründete, in der seine Philosophie des „Sinns“, die den Gegensatz zwischen Rationalismus und Irrationalismus zu überwinden suchte, gelehrt wurde. Keyserlings Absicht zielte auf die Erneuerung des modernen Lebens durch eine „neue Synthese von Geist und Seele“; er versucht zu zeigen, wie auch fremde Kulturen (Indien, China) für unser geistiges Sein fruchtbare gemacht werden können, wie ihre Weisheit mit dem europäischen Ideal der Autonomie verschmolzen werden kann. Auf dem Weg dahin geht es nicht ab ohne eine Unzahl von Verallgemeinerungen, deren Kühnheit Bewunderung erregt, und ohne spekulative Transformationen von Vorurteilen in philosophischen Tiefsinn; aber auch malerische Bilder, interessante Erfahrungen bei der Umrundung der Welt und letztlich kulturgechichtliche Einblicke vermittelt der gewichtige Band.

M.P.

Nachschlagewerk wissenschaftstheoretischer Begriffe die Grundbegriffe der Wissenschaftssprache definieren, ihre wichtigsten Bedeutungen in ihrer Genese und vor allem in ihrer gegenwärtigen Verwendung darstellen und gegeneinander abwägen sowie die besondere wissenschaftstheoretische Problematik von Einzelwissenschaften bzw. Gruppen von Einzelwissenschaften darstellen. Gerade hinsichtlich dieser letzten Absicht wird die — auch durch die Einbeziehung eigener Stichworte zu Anthropologie, Biologie, Chemie, Geschichte, Medizin, Literatur-, Rechts-, Religions-, Wirtschaftswissenschaft usw. dokumentierte — Tendenz sichtbar, von weitgehend abstrakt-philosophischen Erörterungen zur methodologischen Aufarbeitung der Probleme einzelwissenschaftlicher Forschung vorzustößen. Die Erwartung ist wohl nicht übertrieben, daß sich diese Bände zu einem Standardwerk für alle methodologisch Interessierten entwickeln werden.

M. P.

Panorama der europäischen Sozialgeschichte der beiden letzten Jahrhunderte.

M. P.

Utopie

Robert Havemann hat — „als Summe seines politischen Denkens und seiner Lebenserfahrung“ (Umschlagtext) — ein Buch über die bestehenden Gesellschaftssysteme geschrieben und seine Utopie eines besseren entwickelt:

Robert Havemann: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie. Piper. München 1980.

„Der Kapitalismus ist unfähig“, so meint er, „die herannahende — nein schon längst in Gang befindliche — große Krise zu meistern, weil diese Krise ja seine Krise ist, seine Endkrise, die nur gelöst werden kann, ohne daß die Menschheit dabei untergeht, wenn es uns gelingt, uns vom Kapitalismus zu lösen. Der reale Sozialismus wäre vielleicht fähig, den gegenwärtigen barbarischen Zustand der Welt einzufrieren in einem Polizeiystem à la Harich, wenn es ihm gelänge, sich die Welterrschaft anzueignen. Aber das wäre nicht die Lösung der Krise, sondern der Untergang in die Barbarei. Der einzige Weg, der durch das große uns naheende Unheil hindurchführt, ohne daß wir dabei untergehen müssen, ist der Weg eines wirklichen, freiheitlichen Sozialismus.“ Wie ein solcher aussieht, entwickelt Havemann — in Form einer 100-seitigen Erzählung — als Utopie, zu der — man kennt das ja — eine entfaltete Technik mit automatischer Produktion, haltbare Produkte, umweltfreundliche Energien und vor allem eine ganze Menge Kultur gehören, damit die Leute etwas zu tun haben.

Auf dem Weg zur Erlangung einer solchen Gesellschaft spielt — nach wie vor — der Kampf der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung eine wesentliche Rolle. Marx auf ökologisch: Ist es durch Naivität oder Informationsdefizit, durch Biographie oder Isolation zu erklären, daß Havemann solche Hoffnungen hegt?

M. P.

Soziale Klassen

Historische Materialien zum Klassenphänomen sind in dem Band

Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Klassen in der europäischen Sozialgeschichte. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 1979

versammelt — Ergebnisse eines Hamburger Historikertages, auf dem das Phänomen sozialer Ungleichheit in nationalgeschichtlich-komparativer Perspektive behandelt wurde. In den Vorerörterungen des Herausgebers, die als Problemkizze den Autoren der Einzelbeiträge zur Verfügung standen, werden drei systematische Gesichtspunkte angerissen, unter denen sich Ungleichheit und Klassenbildung analysieren lassen: Macht und Herrschaft, die ökonomische Lage und die kulturellen Deutungsmuster. Wehler vertritt die Meinung, daß monokausale Erklärungsversuche zum Scheitern verurteilt sind, auch wenn die drei Dimensionen der Ungleichheit Macht, Reichtum und Prestige zur Kristallisierung tendieren: „Sie bilden häufig einen sich wechselseitig bedingenden Komplex, wobei jeder einzelne Faktor die beiden anderen nach sich ziehen kann.“ Eine reichhaltige „Fragenliste“ bildet den Übergang zu den Länderberichten aus England, Frankreich, Deutschland, Italien und den USA, aus denen sich den im Vorwort geäußerten Intentionen zufolge Anhaltspunkte dazu ergeben sollen, ob die jeweiligen theoretischen Anläufe nur singuläre Phänomene beschreiben oder zu transnationalen Generalisierungen führen können. Abgesehen davon ergibt sich aus den Erörterungen des Wandels sozialer Ungleichheit, der Auflösung ständischer Gesellschaften und der Ausformung moderner Klassengesellschaften ein interessantes

Wissenschaftstheorie

Eine wesentliche Lücke im Bereich der Nachschlagewerke, die sich immer dann, wenn man eine prägnante Charakterisierung eines Begriffs, eine kurze Erinnerung an vergessene Zusammenhänge oder einen knappen Einstieg in ein Problem sucht, unangenehm bemerkbar macht, ist durch ein dreibändiges Werk in den UTB-Taschenbüchern geschlossen worden:

J. Speck (Hrsg.): Handbuch wissenschaftstheoretischer Begriffe. Band 1—3. (UTB 966-968). Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 1980.

Das Handbuch soll nach der Intention der Herausgeber, zu denen neben Josef Speck auch Karl Acham (Graz), Rudolf Haller (Graz), Lorenz Krüger (Bielefeld) und Paul Weingartner (Salzburg) gehören, als umfassendes

Recht

Rötter/Dux/Lautmann (Hrsg.): Rechtssociologie. Examinatorium. UTB 990. C. F. Müller Verlag. Heidelberg, Karlsruhe 1980.

Rechtssociologie ist in den meisten juristischen Studienordnungen der BRD verankert, in der österreichischen im Kommunen; für Rechtswissenschaftsstudierende ist auch dieser Band gedacht, der neben einer Einführung in Probleme der Rechtssociologie von Günter Dux didaktische Erläuterungen von Hubert Rottleuthner und eine Reihe

von — allerdings auf die deutsche Gesetzeslage bezogenen — Klausuren aus diesem Fach, die auch als exemplarische Erörterungen der Fragestellungen der Disziplin gelesen werden können, bietet.

M. P.

Wachstumsverlangsamung

Daß die fortgeschrittenen Industriestaaten in den nächsten Jahrzehnten mit einer beachtlichen Wachstumsreduzierung zu rechnen haben werden, dürfte mittlerweile politisches Allgemeingut geworden sein; dennoch begegnet man dieser Situation meist mit — „grünen“ oder andersfarbigen — Glaubenssätzen statt mit fundierten Analysen der sich daraus ergebenden Probleme. Umso interessanter sind daher Arbeiten, die sich mit den Konsequenzen einer langsam wachsenden Wirtschaft auseinandersetzen, wie dies das Sonderheft der Politischen Vierteljahrsschrift tut:

Peter Grottian (Hrsg.): Folgen reduzierten Wachstums für Politikfelder. Westdeutscher Verlag. Opladen 1980.

M. G. Schmidt kommt in einem sorgfältigen empirischen Ländervergleich zu dem interessanten Schluß, daß sich für eine entschlossene Vollbeschäftigungspolitik keine Unterschiede zwischen bürgerlich und sozialdemokratisch regierten Staaten feststellen lassen; der Hauptunterschied ergibt sich durch den Grad der sozialstaatlichen Flankierung der Wirtschaftspolitik. Während bei Heinze/Hohn/Olk „Arbeitszeitpolitik“ eher unter der Kategorie der „Machtfragen“ — unter Vernachlässigung mancher ökonomischer Gesichtspunkte — gesehen wird, werden einige der letzteren in einem Beitrag von Bolle-Dragendorf-Isensee-Salfer mit dem Ergebnis thematisiert, daß sich durch tarifliche Veränderungen sehr wohl das Niveau der effektiven Arbeitszeit beeinflussen lasse: Arbeitszeitverkürzung hat daher Arbeitsplatzeffekte. Jürgens-Dohse-Russig versuchen nachzuweisen, daß bei reduziertem Wachstum eine stärkere Selektion der Arbeitskräfte durch Unternehmen — im Sinne einer „präventiven“ Sozialpolitik — erfolgt; Wagner erläutert die Dominanz repressiver Funktionen der Sozialpolitik, Grottian weist nach, daß in Zeiten der Hochkonjunktur umverteilende Steuerreformen unwahrscheinlicher sind als in Krisenlagen.

Jänickes Anmerkungen zur „Theorie des Staatsversagens“ laufen darauf hinaus, daß gerade in Zeiten sinkender Wachstumsraten der Staat dazu tendiert, die Intervention in sozialproblematische Wachstumssektoren zu tabuisieren und stattdessen das zusätzliche Wachstum von „Sozialindustrien“ — mit teuren, langfristig unwirksamen und an Symptomen ansetzenden Maß-

nahmen — zu begünstigen. Ulrich und Strümpel weisen nach, daß bei den staatlichen Strategien zur Bewältigung des Energieproblems nach wie vor großtechnologische Lösungen dominieren; und Feick-Hucke skizzieren die (Abwärts)Entwicklung des bundesdeutschen Umweltschutzprogramms. Es ist überflüssig zu betonen, daß man nicht alle Schlußfolgerungen der Autoren teilen muß, wie auch, daß mehr solche Analysen manche Träumereien — aber auch verquere Traumdeutungen — auf das adäquate Maß reduzieren könnten.

M. P.

Ein gängiger Trend

Alan Watts: Die Illusion des Ich. Westliche Wissenschaft und Zivilisation in der Krise. Kösel-Verlag, München 1980.

Watts behauptet, die vorherrschende Meinung, der einzelne Mensch sei ein von den übrigen Dingen getrenntes Ich, beruhe auf einer Sinnestäuschung, stimme weder mit den westlichen Wissenschaften noch mit den Religionen des Ostens überein und stehe auch hinter dem Mißbrauch der Technik und der Zerstörung der Natur. Er plädiert für ein neues Verständnis unseres Ichs, indem er auf die hinduistische Vedanta-Lehre zurückgreift.

M. P.

Politik

Abgesehen von der Banalität, daß die Befassung mit politischen Phänomenen deshalb von Belang sei, weil diese besonders heute in alle Bereiche unseres Lebens wirken, ist ein Bemühen um das Verständnis sozialer Sachverhalte und politischer Institutionen und Prozesse schon deswegen erforderlich, weil unser Bildungssystem in diesem Bereich gravierende Defizite aufzuweisen hat. Ein Buch, das „problemorientierte Zugänge zur Politik“ auf exemplarische Weise zu vermitteln bemüht ist und damit eine Verbindung der Darstellung konkreter politischer Systeme mit der Erörterung theoretischer Konzeptionen soziologischer, ökonomischer und politikwissenschaftlicher Provenienz leistet, ist daher jedenfalls verdienstvoll:

Ackermann/Landfried/Wagner/Wehling: Politik. Ein einführendes Studienbuch. Hoffmann und Campe, Hamburg 1980.

Der Band konzentriert sich auf eine Analyse des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Systems der BRD und der DDR; die beiden Länder stehen für einen bestimmten Typ von politischem System und einer bestimmten Ländersuppe mit vergleichbaren Problemen. Die erörterten Fragen umfassen aber nicht nur die politischen Institutionen, organisierte Interessen, Parteien,

Wahlen, Massenmedien, das Rechts- und Bildungssystem, sondern auch geographische und demografische Bedingungen, historische Entwicklungen, Strukturprinzipien der Systeme, Sozialstruktur und politische Kultur sowie eine umfangreiche Einführung in die Wirtschaftswissenschaft und wirtschaftspolitische Probleme, Strukturen und Prozesse. Gegenüber diesen weitgespannten Vermittlungsabsichten fällt das folgende Kapitel über die politischen Probleme der Entwicklungsländer eher mager aus (mit nicht einmal 30 Seiten); ob zudem der Iran als Repräsentant der Dritten Welt als Fallbeispiel glücklich gewählt ist, läßt sich nicht nur unter den Gesichtspunkten aktueller Ereignisse bezeichnen.

Materialreicher wieder zeigt sich der vierte Teil des Buches, die internationale Politik; einige Imperialismus- und Entwicklungstheorien werden vorgestellt, internationale Organisationen und Prozesse — mit den Stichworten Integration, Konflikt und Entspannung — erörtert, Probleme der internationalen Politik unter dem Gesichtspunkt sich erschöpfender Ressourcen und einer sich abzeichnenden neuen Weltwirtschaftsordnung angeschnitten.

M. P.

Analysen und Aphorismen über uns

Es ist wahrlich ein unruhiges Jahrzehnt, das wir hinter uns gebracht haben; am Anfang gekennzeichnet von einer überschäumenden Hochkonjunktur, von Optimismus, von einer Herausforderung der Institutionen durch eine „neue Linke“, in der Mitte geprägt vom Zusammenbruch ökonomischer Trends und übersteigerter Hoffnungen, von Rezession und Krisen im Ökologie- und Energiebereich, von einer „Tendenzwende“ vielleicht sogar; am Ende stehen Verwirrungen, Besorgnis und Nüchternheit, theoretische Konzeptionen zerbröckeln, die blankpolierten Lösungen sind unter den Fingern zerrennen. Dies ist die große Zeit der „Macher“, der behutsamen „Pragmatiker“; aber auch die Periode der intellektuellen Nachdenklichkeit, der vorsichtigen Anläufe zu Interpretationen, Analysen, der tastenden Versuche neuer Orientierung. Zu Demokratie, Politik und Geschichte äußert sich in diesem Sinne Peter Graf Kielmansegg: Nachdenken über die Demokratie. Aufsätze aus einem unruhigen Jahrzehnt. Klett-Cotta, Stuttgart 1980.

Seine Position würde man als jene eines Liberal-Konservativen beschreiben, wiese er nicht gerade in diesem Buch nach, wie inhaltsleer das Gegen-satzpaar „fortschrittlich-konservativ“ geworden ist; allerdings fällt es ihm aus seiner Position heraus auch leicht

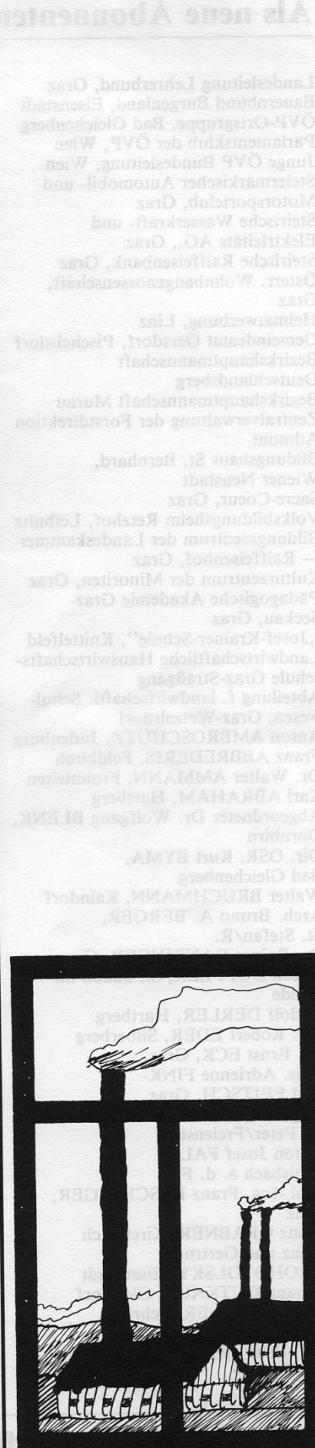
ter, solch angestaubte Worte wie „Tugend“ in den Mund zu nehmen, ihren Gehalt und ihre Beziehung zur Demokratie subtil zu untersuchen, auch beispielsweise das Leistungsprinzip zu analysieren und zu verteidigen. Für die Objektivität seines Nachdenkens spricht allerdings, daß er das ungelöste Umweltschutzproblem mit aller Klarheit als Versager der Wettbewerbsdemokratie etikettiert: Hier herrsche zwischen den Parteien ein „Einvernehmen von der Wiege bis zur Bahre“ darüber, wie wichtig es sei und daß man daraus keinerlei politische Konsequenzen ziehen dürfe. Eine Sorge, die in den Aufsätzen des Bandes immer wiederkehrt, zielt auf die grundlegenden Bindungen, auf den Wertkonsens der Gesellschaft: „Die Tendenzen der Auflösung überliefelter Geltungen“, so meint Graf Kielmansegg, „sind deutlich stärker als die Fähigkeit, neue Verbindlichkeiten zu stiften; oder, ganz einfach ausgedrückt: es versteht sich nichts mehr von selbst.“ Dies sei aber gerade angesichts der Tatsache, „daß die Entfaltung humander Qualitäten sich in Bindungen vollzieht“, bedenklich: „Verbindlichkeiten können (dann) nur noch durch politische Entscheidung begründet werden. Und das heißt wiederum: Politik ist hoffnungslos überfordert.“ Ähnliche Überlegungen finden sich bei Ralf Dahrendorf; gerade angesichts der notwendigen Bewahrung der Institutionen unter dem Druck säkularer Krisen, die wir haben, ist nach Kielmansegg Meinung allerdings eine Verständigung über Verfassung und Lebensform der Freiheit unabdingbar.

Bei derlei Erörterungen ist natürlich nicht immer klar, ob es sich um Tiefgründigkeit oder Banalität handelt; sicher ist, daß die Linienführung der Überlegungen auf analytische Absichten deutet — dies ist auf den ersten Blick ganz und gar nicht der Fall bei den Gross'schen Rückblicken auf das vergangene Jahrzehnt: **Johannes Gross: Unsere letzten Jahre. Fragmente aus Deutschland. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1980.**

Sie bestehen aus Glossen und Kommentaren, die zum Großteil bereits in der FAZ und in Capital erschienen sind, aus meistenteils kurzen Schlaglichtern, die mit Spott und Ironie, mit Treffsicherheit und sprachlicher Brillanz Zustände, Ereignisse und Personen der Gegenwart charakterisieren. Gross ist ideen- und realgeschichtlich belesen, vermeidet aber trockene Wissenschaftlichkeit wie auch Ausgewogenheit; seine Bemerkungen leben davon, daß hier „zugeschlagen“ wird, nicht brutal, sondern mit geistvollem Spott, nicht im Parteiengehader, sondern darüberstehend, auch überheblich. Auch wenn, den Aphorismen zuliebe, manche Differenzierungen unterbleiben, der Journalist der Faszina-

tion seiner eigenen Formulierungen manchmal erliegt, kann man sich des Gefühls, wie recht er dort und da doch habe, nicht erwehren. Seine scharftügigen und undisziplinierten, aber wohlgeschliffenen und originellen Gedanken brechen Denkgewohnheiten auf, lassen den Leser auf seinen intellektuellen Geleisen ins Schleudern geraten — und eröffnen so Einsichten in die Verhältnisse, die so und auch anders gesehen werden können, die uns einen Wohlstand sichern und Mißmut erzeugen, die uns stolz machen können und zugleich ausweglos sind. Einige Kostproben? Greifen wir wahllos heraus: Zur SPD: „Seit den zwanziger Jahren hat die SPD dreierlei miteinander versöhnen wollen — die Bewahrung einer revolutionären Tradition, die keine mehr war, die Abwehr des Kommunismus und die Rechtfertigung des Kompromisses mit der bürgerlichen Gesellschaft. Das war ihr unmöglich.“ Andererseits hat die Strategie Erfolg: „Solange ein sozialdemokratischer Bundeskanzler keine sozialdemokratische Politik macht, weiß niemand einen Grund, weshalb er nicht fortfahren sollte.“ Das hat zur Folge: „Opposition bleibt Opposition.“ Wie steht es mit der Weltpolitik? „Die westliche Welt wird von relativ jungen und physisch stabilen Personen regiert, die dennoch einer politischen Gerontokratie angehören. Kein neuer Gedanke zur inneren Ordnung ihrer Staaten, zur Besserung des Loses der Menschheit hat sie je angewandt. Alles geht auf Besitzstandswahrung, Risikominderung, auf Stabilität, die eben mit Vorsicht allein nicht zu stabilisieren ist.“ Zur Medienpolitik: „Einem politisch naiven Publikum wird eingeredet, die Herrschenden nähmen ein Interesse daran, die Chance der Kritik an ihnen selbst zu erhalten . . .“ Über die „Misere der öffentlichen Gefühle“: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein übelgelauftes Land, aber ihre Einwohner sind glücklich und zufrieden.“ Und: „Unsere Miesmacher, oder höflicher und genauer gesagt, die Produzenten der öffentlichen Übeläunigkeit, sind es als Inhaber einer öffentlichen Funktion — als Privatpersonen sind sie, je nach Temperament, der Lebenslust und dem Frohsinn so zugetan wie das Gros ihrer nichtprominenten Landsleute.“ Und schließlich: „Trübsinn würzt den Genuß des Wohlstandes.“ Aber Gross schwindelt sich nicht über die Zukunftsprobleme hinweg: „Es gibt Gründe zur Verzweiflung, nur sind es eben nicht die, die die zeitgenössische Literatur vorführt; es gibt Gründe für den schwärzesten Kummer, doch kommen sie in Bundestagsreden, Parteiprogrammen und im Fernsehen nicht vor.“

M. P.



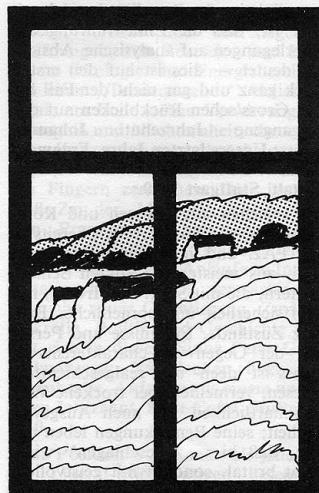
Als neue Abonnenten begrüßen wir:

Landesleitung Lehrerbund, Graz
Bauernbund Burgenland, Eisenstadt
ÖVP-Ortsgruppe, Bad Gleichenberg
Parlamentsclub der ÖVP, Wien
Junge ÖVP Bundesleitung, Wien
Steiermärkischer Automobil- und
Motorsportclub, Graz
Steirische Wasserkraft- und
Elektrizitäts AG., Graz
Steirische Raiffeisenbank, Graz
Österr. Wohnbaugenossenschaft,
Graz
Heimatwerbung, Linz
Gemeindeamt Gersdorf, Pischelsdorf
Bezirkshauptmannschaft
Deutschlandsberg
Bezirkshauptmannschaft Murau
Zentralverwaltung der Forstdirektion
Admont
Bildungshaus St. Bernhard,
Wiener Neustadt
Sacre-Coeur, Graz
Volksbildungsheim Retzhof, Leibnitz
Bildungszentrum der Landeskammer
— Raiffeisenhof, Graz
Kulturzentrum der Minoriten, Graz
Pädagogische Akademie Graz-
Seckau, Graz
„Josef-Krainer-Schule“, Knittelfeld
Landwirtschaftliche Hauswirtschaftsschule Graz-Straßgang
Abteilung f. landwirtschaftl. Schul-
wesen, Graz-Wetzelsdorf

56 Anton AMBROSCHÜTZ, Judenburg
Franz ABBREDERIS, Feldkirch
Dr. Walter AMMANN, Fronleiten
Karl ABRAHAM, Hartberg
Abgeordneter Dr. Wolfgang BLENK,
Dornbirn
Dir. OSR. Kurt BYMA,
Bad Gleichenberg
Walter BRUCHMANN, Kaindorf
Arch. Bruno A. BERGER,
St. Stefan/R.
Dr. Rainer DANZINGER, Graz
Anton DOPPLER, St. Jakob im
Walde
Rudolf DERLER, Hartberg
Dir. Robert EDER, Silberberg
Dr. Ernst ECK, Graz
Präs. Adrienne FINK-
ULLEPITSCH, Graz
Hugo FREIMANN,
St. Peter/Freienstein
Anton Josef FALK,
Kroisbach a. d. F.
Dipl.-Ing. Franz FASCHINGER,
Graz
Franz GRABNER, Kirchbach
Ignaz und Gertrude
GROHOTOLSKY, Eisenstadt
Johann GUTKAUF, Gleisdorf
Josef GARTNER, Fehring
Martha HAUER, Graz
Ing. Peter HOCHEGGER,
Kapfenberg

Dipl.-Kfm. Josef HAMBERGER,
Wien
LAbg. Präsident Dr. Helmut
HEIDINGER, Kaindorf b. Leibnitz
Gerhard HARTLIEB, Heimschuh
Dir. Rudolf HOTTER, Graz
Hans HABERNIG, Graz
Präs. Comm. Dr. Ernst HÖLLER,
Graz
Dr. Erwin HIMMEL, Leibnitz
Oberst Viktor HUBER, Graz
August JOST, Spielberg
Hedwig JOCHYM, Fürstenfeld
Bernd JÄGER, Graz
Komm.-Rat Josef KOMPACHER,
Graz
Peter KLACHEL, Pernegg
Franz KETTELE, Feldbach
Ludowika KASZYCA, Leibnitz
Dir. Hermann KIRSCHENHOFER,
Kalsdorf
Gottfried KNEIFL, Linz
Mag. Hans Werner KALLER, Liezen
Mag. Max KOPPACHER, Graz
Jürgen LABAN, Graz
Ing. Hans LÖCKER,
Haussmannstätten
Kurt LINZER, Wien
Franz LENHART, Graz
Bgm. Anton LIENHART, Hengsberg
Rupert LEGERER, Kriegelach
Dipl.-Ing. Norbert MUTAUER, Graz
Johann MEIER, Graz
Peter MÜHLBACHER, Murau
Annemarie MEIER, Bruck
Alfons MAYER, Anger
G. MUHR, Bad Aussee
Hans MAIERHOFER, Wenigzell
Kurt MAYER, Birkfeld
Komm.-Rat Rudolf MOSER,
Kärnten
Vinzenz MEIXNER, Hitzendorf
Dr. Johann NEUBAUER, Stainz
Dr. Alois OSWALD, Wies
Josef PAULITSCHTA, Grafendorf
Gottfried POTTLER, Hartberg
Kurt PFEIFFER, Graz
Dipl.-Ing. Norbert PERNER, Graz
Alois PACK, Hartberg
Alfred PETAUTSCHNIG,
Hitzendorf
PARKHOTEL, Graz
Josef PAYERL, Graz
Josef PEINHOPF, Gleisdorf
Georg PAMMER, Salzburg
Hans PUCHER, Graz
Komm.-Rat Hans ROTH, Gnas
Dir. F. RUBEL, Mödling
Almut RIEKEN, Wagna
F. ROHSMANN, Donnersbach
Vinzenz SACKL, Stallhofen
F. SEMMERNEGG, Wies
Siegfried STABER, Pöllau
NRAbg. Maria STANGL, Preding
Dr. Med. Peter STEINKELLNER,
Graz

Anton STRABLEGG, Narrath
Siegfried STALZER, Pöllau
Dieter STRAKA, Graz
Alois STERN, Graz
Univ.-Prof. DDR. Gerald
SCHÖPFER, Graz
Dr. Helge SCHWAB, Graz
Friedrich SCHAUER, Graz
NRAbg. J. TICHY-SCHREDER,
Wien
THALIA (Kommanditgesellschaft),
Graz
Wolfgang ÜBERBACHER, Liezen
Gustav VETTER, Gmünd
Bezirkshauptmann Hofrat Dr. Erwin
VOLLMANN, Judenburg
Dr. Hans VALENT, Mürrzzuschlag
Bgm. Anton WILD, Passail
Dr. Paul E. WEDRAC, Leoben
Karl QUITT, Strab
Peter ZOHRER, Graz
Dipl.-Ing. Gerald ZUDER, Trofaiach
Johann ZACH, Fehring



Wir danken herzlich für die großzügigen Spenden.